

## PROTOKOLL Nr. 6

über die 6. Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Scheifling am Donnerstag, dem 17. Dezember 2015, mit dem Beginn um 18.30 Uhr und dem Ende um 22.20 Uhr.

### Ort der Sitzung:

Marktgemeindeamt Scheifling, Sitzungssaal

### Anwesende Gemeinderäte (14):

Bürgermeister	Reif Gottfried
Vizebürgermeister	Grogger Hannes, Mag.
Gemeindekassier	Helmut Weilharter
Gemeinderäte:	Auer Peter
	Auer Thomas
	Fritz Erich, Mag.
	Fussi Barbara
	Fussi Barbara Anna
	Gradischnig Erich
	Hansmann Kornelia
	Prieler Werner
	Rathschüller Harald, Ing.
	Schlager Rudolf
	Setznagel Thomas, Dipl.-Ing.

### Anmerkungen:

### Protokollführer:

Gemeindesekretär Vb. Franz Fixl

### Zuhörer beim öffentlichen Teil der Sitzung:

4

### Entschuldigt abwesend (1):

Gemeinderat: Kaltenbacher Johann

Bürgermeister Gottfried Reif übernimmt den Vorsitz, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einberufung zu dieser Gemeinderatssitzung gemäß § 51 der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 (GemO.), LGBl. Nr. 115 idGF, ordnungsgemäß durch rechtzeitige Zustellung einer Tagesordnung – die zusätzlich am 09.12.2015 öffentlich an den Amtstafeln der Marktgemeinde Scheifling angeschlagen wurde – erfolgte.

Im Anschluss daran wird von Bürgermeister Gottfried Reif die Tagesordnung – wobei er insbesondere auf die nicht öffentliche Beratung und Beschlussfassung der Tagesordnungspunkte 18. und 19. hinweist – verlesen.

## Tagesordnung

### I. Die Beratung und Beschlussfassung der folgenden Tagesordnungspunkte erfolgt öffentlich:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bericht des Bürgermeisters
3. Fragestunde
4. Sitzungsprotokoll Nr. 5 über die Sitzung des Gemeinderates am 19. November 2015, allfällige Beratung und Beschlussfassung

5. Sitzungsplan des Gemeinderates für das Jahr 2016
6. Prüfungsausschuss: Berichte und allfällige Anträge über:
  - a) Kassen- und Rechnungsprüfung
  - b) Bilanz Bio-Wärme Scheifling GmbH Geschäftsjahr 2014 / 2015
7. Fachausschuss für Bau und Gemeindeumwelt: Bericht und Beschlussfassung über:
  - a) Kauf einer Teilfläche vom Grundstück Nr. 38/2 der KG Scheifling
  - b) Einwendungen zur 3. Änderung „Bebauungsplan Oberfeld“
  - c) Kauf Kommunalfahrzeug(e)
  - d) Verordnung Wintersport auf Straßen (Murwaldweg)
  - e) Löschung Wiederkaufsrecht Grundstück Nr. 20/7, EZ 135 der KG 65317 St. Lorenzen
8. Beschlussfassung über die Erlassung einer neuen
  - a) Kanalabgabenordnung
  - b) Wassergebührenverordnung
  - c) Wasserleitungsordnung
  - d) Abfallabfuhrordnung
  - e) Friedhofsgebührenordnung
  - f) Hundeabgabenordnung
  - g) Lustbarkeitsabgabenordnung
9. Beschlussfassung über neue Satzungen für die Führung als Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit für die:
  - a) Wasserversorgung
  - b) Abwasserbeseitigung
  - c) Müllbeseitigung
  - d) Wohn- und Geschäftsgebäude
10. Übertragungsverordnung an den Gemeindevorstand und Bürgermeister vom 13. Mai 2015, Beschlussfassung über die Änderung von § 2
11. Beratung und Beschlussfassung über folgende Subventionen für Privathaushalte:
  - a) Solaranlagen
  - b) Photovoltaikanlagen
  - c) Heizkostenzuschuss für Mindestpensionisten
  - d) Gemeindeabgabenzuschuss für Mindestpensionisten
  - e) Gemeindeabgabenzuschuss für Jungfamilien
  - f) Biomasse- und Kleinfeuerungsanlagen
  - g) Fernwärmeanschluss
  - h) Hofzufahrten
  - i) Besamungszuschüsse
  - j) Geburt eines Kindes
  - k) Neubau und Zubau Eigenheim
  - l) Studienbeihilfe
  - m) Babyschwimmkurs
  - n) Schulfahrtenbeihilfe
  - o) Fahrtkostenbeihilfe Studierende
  - p) Fahrtkostenbeihilfe Kindergartenkinder
  - q) Fahrsicherheitstraining
  - r) Restmüllsäcke Inkontinenz
  - s) Musikschüler
12. Beratung und Beschlussfassung über Wirtschaftsförderungen für:
  - a) Betriebsansiedelungen
  - b) Lehrlingsausbildung
13. Übertragung der Leistung „Sammlung und Behandlung des Bioabfalls“ an den Abfallwirtschaftsverband Murau
14. Beratung und Beschlussfassung über eine Vereinbarung zwischen der Marktgemeinde Scheifling, der ÖWGES und der Miteinander leben – Organisation für betreutes Wohnen GmbH

15. Bericht des Bürgermeisters über Tätigkeiten der Verbände gemäß § 54 Abs. 5 Stmk GemO, und zwar:
  - a) Sozialhilfeverband Murau
  - b) Abfallwirtschaftsverband Murau
  - c) Tourismusverband Scheiffling
16. Beratung und Beschlussfassung über den Voranschlag 2016:
  - a) Festsetzung des Voranschlages im ordentlichen und außerordentlich Haushalt
  - b) Festsetzung der Steuerhebesätze
  - c) Festsetzung des Gesamtbetrages der Kassenkredite
  - d) Festsetzung der Gesamtsumme der aufzunehmenden Darlehen
  - e) Festsetzung des Dienstpostenplanes
  - f) Mittelfristiger Finanzplan
17. Allfälliges

## II. Die Beratung und Beschlussfassung der folgenden Tagesordnungspunkte erfolgt nicht öffentlich:

18. Beratung und Beschlussfassung über Berufungen gegen Bescheide vom 20.07.2015, mit denen Wasser-, Kanal und Müllgebühren ab 01.01.2015 festgesetzt wurden
19. Beratung und Beschlussfassung über Personalangelegenheiten

Gegen die Zusammensetzung der Tagesordnung wird kein Einwand erhoben. Die Abstimmung über die zu fassenden Beschlüsse erfolgt durch Handzeichen, der Vorsitz wird von Bürgermeister Gottfried Reif geführt.

### DURCHFÜHRUNG UND BESCHLÜSSE

#### Tagesordnungspunkt 1.

Bürgermeister Gottfried Reif begrüßt die Anwesenden – insbesondere die 4 Zuhörer – und stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit aufgrund der Anwesenheit von 14 der 15 Gemeinderäte gegeben ist.

#### Tagesordnungspunkt 2.

Bürgermeister Gottfried Reif berichtet über nachstehende wesentliche Termine und Aktivitäten seit der letzten Gemeinderatssitzung:

Müllbeseitigung nach Veranstaltungen:

- Kontaktaufnahme mit den Veranstaltern des Landjugendfestes aufgrund der von Gemeinkassier Helmut Weilharter in der letzten Gemeinderatssitzung gestellten Anfrage – ihrer Ansicht nach wurde der Außenbereich vor dem Festsaal nach dem Fest gereinigt verlassen. Selbstverständlich sind auch bei Veranstaltungen im Außenbereich (z. B. vor dem NMS-Festsaal, auf Straßen und Plätzen) vom Veranstalter entsprechende Reinigungsarbeiten durchzuführen.

Termin	Thema
25.11.	<u>Landesverwaltungsgericht Steiermark, Verhandlung:</u> Verhandlung in Graz über ein anhängiges Bauverfahren, Nachbarschaftsprobleme sollten bereits vor bzw. bei der Bauverhandlung mit einem intensiven Ermittlungsverfahren gelöst werden

Termin	Thema
26.11.	<u>EDV-Umstellung, Forderungen Fa. Community:</u> Verhandlung im Gemeindeamt über die Bezahlung der noch ausständigen Forderung über € 17.000,-, noch keine Lösung
27.11.	<u>EDV-Umstellung, Forderungen Fa. PSC:</u> Verhandlung im Gemeindeamt über Stundensätze für Leistungen, einvernehmliche Lösung bezüglich Reduzierung von Rechnungen aufgrund von Stundensätzen für Fahrtzeiten
28.11.	<u>Pfeifenmuseum, Begehung:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Besichtigung mit Vertretern des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung (Kulturabteilung),</li> <li>■ Adaptierungen für eine bessere Präsentation werden empfohlen</li> </ul>
30.11. (Vormittag)	<u>Bedarfszuweisungsmittel 2016, Verhandlung:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Verhandlung in Graz, positives Ergebnis, Marktplatzgestaltung und Sanierung NMS Scheifling werden noch geprüft (Besichtigung mit Vertretern des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung)</li> <li>■ Bedarfszuweisungsmittel werden nicht mehr pro Jahr, sondern pro Projekt vergeben (z. B. für den Ziegelstadtlweg)</li> <li>■ Bericht im Rahmen der Beschlussfassung für den Voranschlag 2016 unter Tagesordnungspunkt 16.</li> </ul>
30.11. (Nachmittag)	<u>Sozialhilfeverband Murau, Sitzung:</u> Voranschlag 2016 wurde nicht genehmigt, Bericht unter Tagesordnungspunkt 15. a)

#### Sonstiges:

- Schulbus-Probleme konnten aufgrund einer Besprechung mit Frau Simbürger gelöst werden
- Gemeinde-App (Gemeinde24) sollte ab der zweiten Jännerhälfte in Betrieb genommen werden

### Tagesordnungspunkt 3.

#### I. **Anfrage Gemeindegassier Helmut Weilharter an Bürgermeister Gottfried Reif:**

[Privatunterricht Musikschullehrer]

Welche Musikschullehrer erteilen im Probelokal des Musikvereines Scheifling-St. Lorenzen Privatunterricht?

#### **Antwort Bürgermeister Gottfried Reif:**

Der Privatunterricht von Musikschullehrern in Räumlichkeiten der Marktgemeinde Scheifling wird abgeklärt.

### Tagesordnungspunkt 4.

Da keine Einwendungen zum ordnungsgemäß verfassten und übermittelten Protokoll des öffentlichen Teiles der 5. Sitzung des Gemeinderates vom 19. November 2015 erhoben werden, stellt Bürgermeister Gottfried Reif die Genehmigung im Sinne des § 60 Abs. 6 der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 (GemO.), LGBl. Nr. 115 idGF fest.

### Tagesordnungspunkt 5.

Der von Bürgermeister Gottfried Reif gestellte Antrag, der Gemeinderat möge nachstehenden Sitzungsplan für das Jahr 2016 beschließen und auf der Gemeinde-Homepage zu veröffentlichen:

	Nr.	Datum	Tag	Uhrzeit	Ort
1.	7	25. Februar	Donnerstag	19.30 Uhr	Marktgemeindeamt - Sitzungssaal
2.	8	28. April	Donnerstag	19.30 Uhr	Marktgemeindeamt - Sitzungssaal
3.	9	30. Juni	Donnerstag	19.30 Uhr	Marktgemeindeamt - Sitzungssaal
4.	10	22. September	Donnerstag	19.30 Uhr	Marktgemeindeamt - Sitzungssaal
5.	11	17. November	Donnerstag	19.30 Uhr	Marktgemeindeamt - Sitzungssaal
6.	12	15. Dezember	Donnerstag	19.30 Uhr	Marktgemeindeamt - Sitzungssaal

Anmerkung:

Wenn es von wenigstens einem Drittel der Gemeinderatsmitglieder oder von der Aufsichtsbehörde schriftlich unter Bekanntgabe mindestens eines Tagesordnungspunktes verlangt wird oder im Fall besonderer Dringlichkeit ist eine Abweichung vom Sitzungsplan oder der Einschub von notwendigen Sitzungen zulässig.

wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 6.**

Der Obmann des Prüfungsausschusses, Gemeinderat Werner Prieler, teilt mit, dass von den 4 anwesenden Ausschussmitgliedern (Gemeinderat Dipl.-Ing. Thomas Setznagel war dienstlich verhindert) am 15.12.2015 eine Prüfungsausschusssitzung stattgefunden hat. Ergebnis:

**a) Kassen und Rechnungsprüfung:**

- Die Belege des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts sowie der durchlaufenden Gebarung wurde vom 23. April bis 31. Oktober 2015 nach den geführten Journalen der EDV-Anlage überprüft
- Die Überprüfung anhand der vorgelegten Unterlagen ergab keine Unstimmigkeiten
- Sämtliche Belege wurden verbucht vorgefunden – lediglich einige Auszahlungsanordnungen sind noch von Bürgermeister und Gemeindegassier zu unterzeichnen
- Von den 86 Mietern bezahlen über 90 % die Miete ordnungsgemäß – Mieter mit Zahlungsrückständen sollten an den Rechtsanwalt übergeben werden
- Der Kassenbestand (Istbestand) per 31.10.2015 wurde wie folgt festgestellt:

	31.10.2015	Anmerkungen
Bargeld	€ +50,00	
Girokonto Raiffeisenbank	€ -1.134.743,96	AT18 3840 2000 0000 9944
Girokonto Steiermärkische	€ +530,35	AT49 2081 5161 0000 0666
Girokonto BAWAG-PSK	€ -7.552,12	AT44 6000 0005 1011 0137
<b>Kassenbestand</b>	<b>€ -1.141.715,73</b>	<b>Überziehung*)</b>

\*) Der negative Kassenstand ist darauf zurückzuführen, dass nachstehende Einnahmen für bereits getätigte Ausgaben erst einlangen:

Darlehen € 828.200,-- für

1. Amtshaus (Gemeindeamt)	€ 250.000,00
2. Amtshaus (Polizeiinspektion)	€ 85.000,00
3. Amtshaus (Wohnungen)	€ 80.000,00
4. Wasserversorgungsanlage	€ 300.000,00
5. Feßnachbachverbauung (Talweg)	€ 30.400,00
6. Steinschlagschutz Lind	€ 82.800,00

Bedarfszuweisungen € 191.100,-- für

1. Amtshaus (Gemeindeamt)	€ 85.000,00
2. Volksschule	€ 81.000,00
3. Tribünen Sportplatz	€ 7.000,00
4. Straßensanierungen	€ 12.000,00
5. Straßenbeleuchtung	€ 6.100,00

**zusammen € 1.019.300,00**

**b) Bilanz Bio-Wärme Scheifling GmbH Geschäftsjahr 2014 / 2015:**

Die Überprüfung der Bilanz der Bio-Wärme Scheifling GmbH von 01.09.2014 bis 31.08.2015 ergab folgende Kennzahlen:

Erfolgsvergleich (GuV)	2014 / 2015 [€]	2013 / 2014 [€]
Umsatzerlöse	290.742,00	274.666,00
Wareneinsatz	130.100,00	156.381,00
Leasingkosten	124.324,00	125.289,00
Jahresgewinn (buchmäßig)	65.197,00	46.656,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	110.047,00	57.210,00

Insbesondere wurde festgestellt, dass mit der Bio-Wärme Scheifling GmbH am 12.11.2015 ein Darlehensvertrag über € 240.000,-- lt. Gemeinderatsbeschluss vom 24.09.2015 mit nachstehenden Eckpunkten abgeschlossen wurde:

Kreditgegenstand	Abdeckung des jährlichen Fehlbetrages gemäß Prognoserechnung der murtax Steuerberatungs GmbH vom 08.07.2015
Auszahlung	6 Teilbeiträge in der Höhe von jährlich € 40.000,-- für 6 Geschäftsjahre ab 09/2014 bis 08/2015 im Nachhinein nach schriftlicher Zuzahlungsaufforderung durch die Bio-Wärme Scheifling GmbH unter Anschluss des Gesellschafterbeschlusses über den jeweils genehmigten Jahresabschluss (Bilanz) und einer Prognoserechnung über den Fortbestand der Gesellschaft
Verzinsung	1 % p. a., jährliche Zahlung
Rückzahlung	3 Raten (am 31.08.2021 € 100.000,--, am 31.08.2022 € 100.000,-- und am 31.08.2023 € 40.000,--), bei nicht zeitgerechter Zahlung der Raten ist die Marktgemeinde Scheifling berechtigt, den Zahlungsrückstand von den ab September 2021 zu zahlenden Heizkosten einzubehalten

Bürgermeister Gottfried Reif bedankt sich für den Prüfbericht und gibt ergänzend bekannt, dass

- Mietrückstände erst vor kurzem – nachdem sämtliche Belege verbucht waren – festgestellt werden konnten,
- aufgrund des neuen EDV-Programmes jetzt wieder jeder Beleg von Bürgermeister und Gemeindegassier zu unterschreiben ist und diese Vorgangsweise noch überdacht werden muss (bei der EDV der Community wurden die zu zahlenden Rechnungen bis Mitte Juni 2015 direkt im Programm von Bürgermeister und Gemeindegassier gemeinsam freigegeben) und
- Darlehensaufnahmen von der Aufsichtsbehörde (Abteilung 7 beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung) genau überprüft werden und daher erst nach einigen Monaten durchgeführt werden können.

**Zustimmend zur Kenntnis genommen**

**Tagesordnungspunkt 7.**

**a) Kauf einer Teilfläche vom Grundstück Nr. 38/2 der KG Scheifling**

Bürgermeister Gottfried Reif gibt bekannt, dass sich der Fachausschuss für Bau und Gemeindeumwelt in seiner Sitzung vom 14. Dezember 2015 ausführlich mit diesem Grundstücksankauf neben dem Gemeindeamt befasst hat.

Der danach von Bürgermeister Gottfried Reif gestellte Antrag (den er gemeinsam mit der Grundeigentümerin Gabriele Leitner ausgearbeitet hat), der Gemeinderat möge beschließen, lt. vorliegendem Teilungsplan GZ: 5987-1 der Vermessung Lessing ZT GmbH, 8750 Judenburg, vom 28.10.2015,

- von Frau Gabriele Leitner nur eine Teilfläche vom Grundstück Nr. 38/2 neben dem Gemeindegarten im Ausmaß von 387 m² zum Preis von € 60,-- je m² = € 23.220,-- zu erwerben und gleichzeitig
- mit Frau Gabriele Leitner einen Servitutsvertrag (Wegedienstbarkeit) für die Nutzung des erworbenen Grundstückes abzuschließen (147 m²),

wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

**b) Einwendungen zur 3. Änderung „Bebauungsplan Oberfeld“:**

Der Antrag von Bürgermeister Gottfried Reif, der Gemeinderat möge beschließen, dass aufgrund der gegen die 3. Änderung „Bebauungsplan Oberfeld“ während der Auflagefrist eingelangten Einwendungen mit den Anrainern am 26. Jänner 2016 eine Besprechung stattfindet, wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

**c) Kauf Kommunalfahrzeug(e):**

Bürgermeister Gottfried Reif gibt bekannt, dass

- sich die Fuhrparkumstellung aufgrund des nicht mehr lange einsetzbaren 18 Jahre alten Traktors und des geplanten Fastrac-Verkaufs – notwendig aufgrund des zu gering erforderlichen Einsatzes im Winterdienst – und der Anschaffung eines großen und kleine neuen Traktors für den Sommerdienst sehr schwierig gestaltete,
- 3 Angebote eingeholt wurden (Fa. Rosenkranz, Fa. Lindner und Fa. Landforst), die sich vergleichbar in derselben finanziellen Größenordnung bewegten, jedoch
- lediglich die Fa. Landforst bereit ist, den Fastrac zurückzunehmen.

An der darauffolgenden Diskussion über Ausstattung, Preise sowie Vor- und Nachteile von landwirtschaftlichen Traktoren beteiligten sich insbesondere die Gemeinderäte Auer Thomas, Mag. Erich Fritz und Werner Prieler.

Schließlich wird der Antrag von Bürgermeister Gottfried Reif, der Gemeinderat möge beschließen, bei der Landforst 8850 Murau nachstehende Kommunalfahrzeuge anzuschaffen (keine Kommunalbereifung, Schneepflug und Streugerät fehlen noch):

Angebot vom	Artikel	Leistung / Ausstattung	Preis Brutto [€]
09.11.2015	Kommunalfahrzeug „John Deere 2027“ R Snow Fox	27 [PS], 22 km/h Dieselmotor mit 1331 cm³ Hydrostatischer Fahrtrieb Hubkraft 650 kg Komfortkabine Fronthydraulik Mähwerk 140 cm Aufsattelcontainer 850 Liter Schneeketten vorne und hinten	46.380,--
15.12.2015	Kommunalfahrzeug „Lindner Geo 94“ EP	102 [PS], 40 km/h Dieselmotor mit 3400 cm³ Lastschaltbare Wendeschaltung Elektronische Hubwerksregelung Fronthubwerk mit 4 Leitungen Frontgeräteplatte Frontlader Schnee- und Leichtgutschaufel Schneeketten vorne und hinten	96.719,--
<b>Gesamtkosten max.</b>			<b>143.099,--</b>

und wie folgt zu finanzieren:

- Verkauf Allradtraktor Fastrac JCB 2140 Kommunal, Baujahr 2006, Leistung [PS] 167, 5500 Betriebsstunden, Frontlader, Schneepflug, Kommunal-Streugerät, an Landforst (Rücknahme) 55.000,--
- Bedarfszuweisung vom Land Steiermark 40.000,--
- Darlehensaufnahme (voraussichtlich) 48.099,--

wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

**d) Verordnung Wintersport auf Straßen (Murwaldweg)**

Bürgermeister Gottfried Reif gibt bekannt, dass die Erlassung einer Verordnung „Wintersport auf Straßen“ nicht notwendig ist, da Wintersportaktivitäten (Rodeln, Schlittenfahren usw.) auf Privatgründen im Einvernehmen mit den Grundbesitzern durchgeführt werden sollen.

**Zustimmend zur Kenntnis genommen**

**e) Löschung Wiederkaufsrecht Grundstück Nr. 20/7, EZ 135 der KG 65317 St. Lorenzen:**

Der Antrag von Bürgermeister Gottfried Reif, der Gemeinderat möge beschließen, dass

- die Marktgemeinde Scheifling als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde St. Lorenzen bei Scheifling erklärt, auf das ob der Liegenschaft EZ 135, KG St. Lorenzen bei Scheifling zugunsten der Gemeinde St. Lorenzen bei Scheifling einverleibte Wiederkaufsrecht gemäß Punkt 6 des Kaufvertrages vom 17.02.1984 vorbehaltlos und unwiderruflich zu verzichten und ausdrücklich ohne ihr weiteres Wissen und Einvernehmen, jedoch nicht auf ihre Kosten, der Löschung dieses Wiederkaufrechtes zustimmt (Löschungserklärung),

wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 8.**

**a) Kanalabgabenordnung**

Gemäß § 71 GemO haben Gemeinden öffentliche Einrichtungen, Anlagen, wirtschaftliche Unternehmungen und Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit, nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu führen.

Für die Benützung ihrer öffentlichen Einrichtungen und Anlagen sind Gemeinden ermächtigt, Gebühren zu erheben, die grundsätzlich kostendeckend festzusetzen sind. Diese Gebühren können bis zu einem Ausmaß beschlossen werden, bei dem der mutmaßliche Jahresertrag der Gebühren das doppelte Jahreserfordernis für die Erhaltung und den Betrieb der Einrichtung oder Anlage sowie für die Verzinsung und Tilgung der Errichtungskosten nicht übersteigt.

Derzeit gelten die Kanalabgabenordnungen der ursprünglichen Gemeinden Scheifling vom 13.11.2014 und St. Lorenzen bei Scheifling vom 16.12.2014, für die neue Marktgemeinde Scheifling in Geltung gesetzt durch Überleitung des Regierungskommissärs vom 02.01.2015.

**Gebühren-Änderungen gegenüber der bisherigen Kanalabgabenordnung:**

- Für unbebaute Grundstücke werden keine Pauschalgebühren mehr eingehoben
- Erhöhung der Grundgebühr um € 40,-- von € 94,48 jährlich auf € 134,48, damit die vom Land Steiermark für den Erhalt von Förderungsmittel vorgeschriebenen Mindestgebühren von € 2,10 je m<sup>3</sup> erreicht werden (alle Beträge Netto exkl. derzeit 10 % Umsatzsteuer, trotzdem sind die derzeitigen Kanalgebühren nicht kostendeckend):

Angaben	Berechnungswert	Einheit	Einheitssatz	Gebühr (exkl. USt)
3 Personen	3	E		
Wasserverbrauch von 120 Liter pro Person und Tag	131,5	m <sup>3</sup> / a	1,09 €	143,34 €
Grundgebühr	1	1	134,48 €	134,48 €
Laufende Gebührenbelastung eines Musterhaushaltes pro Jahr in EURO netto				277,82 €
das sind je m <sup>3</sup> bei 131,5 m <sup>3</sup> Wasserverbrauch jährlich				2,11 €

Der von Bürgermeister Gottfried Reif gestellte Antrag, der Gemeinderat möge gemäß § 7 Kanalabgabengesetz 1955, LGBI. Nr. 71, in der letzten Fassung LGBI. Nr. 87/2013 die nachstehende

**Kanalabgabenordnung 2015**

beschließen:

## **§ 1 Abgabeberechtigung**

Für die öffentliche Kanalanlage der Marktgemeinde Scheifling werden aufgrund der Ermächtigung des § 8 Abs. 5 Finanzverfassungsgesetzes 1948, BGBl. Nr. 45, und aufgrund des Kanalabgabengesetzes 1955 Kanalisationsbeiträge und Kanalbenützungsgebühren nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Verordnung erhoben.

## **§ 2 Kanalisationsbeitrag**

Für die Entstehung des Abgabeananspruches, die Ermittlung der Bemessungsgrundlage, die Höhe der Abgabe, die Inanspruchnahme des Abgabepflichtigen sowie die Haftung und die Strafen gelten die Bestimmungen des Kanalabgabengesetzes 1955.

## **§ 3 Höhe des Einheitssatzes**

- (1) Die Höhe des Einheitssatzes gemäß § 4 Abs. 2 des Kanalabgabengesetzes 1955 für die Berechnung des Kanalisationsbeitrages beträgt 6,46 % (höchstens 7,5 %) der durchschnittlichen ortsüblichen Baukosten je Laufmeter der öffentlichen Kanalanlage, somit für Schmutzwasserkanäle € 9,45.
- (2) Dieser Festsetzung liegen Gesamtbaukosten von € 7.035.680,00, vermindert um die aus Bundes- und Landesmitteln in Höhe von € 944.194,00 gewährten Beiträge und Zuschüsse und eine Gesamtlänge des öffentlichen Kanals von 41.649 m zugrunde.
- (3) Für Hofflächen, das sind ganz- oder teilweise von Baulichkeiten umschlossene Grundflächen (in Quadratmetern), deren Entwässerung durch die Kanalanlage erfolgt, wird die Hälfte des Einheitssatzes in Anrechnung gebracht.
- (4) Für unbebaute Flächen (in Quadratmetern) mit künstlicher Entwässerung in die öffentliche Kanalanlage werden 10 % des Einheitssatzes in Anrechnung gebracht.

## **§ 4 Kanalbenützungsgebühr**

- (1) Die jährliche Kanalbenützungsgebühr (§ 6 Kanalabgabengesetz 1955) setzt sich zusammen aus einer Grundgebühr und einer variablen Gebühr und ist für alle im Gemeindegebiet gelegenen Liegenschaften bzw. Nutzungseinheiten zu leisten, die an den öffentlichen Kanal angeschlossen sind.
- (2) Unter Nutzungseinheiten sind Wohnungen und sonstige Nutzungseinheiten gemäß § 2 Gebäude- und Wohnungsregister-Gesetz, BGBl. I Nr. 9/2004 idF. BGBl. Nr. 1/2013 zu verstehen.
- (3) Als Grundlage zur Berechnung der jährlichen Kanalbenützungs-Grundgebühr dient die Anzahl der Nutzungseinheiten, die einer Liegenschaft zuzurechnen sind. Die Zurechnung erfolgt nach Einwohnergleichwerten (EGW), wobei folgende Ansätze einem EGW bzw. anteiligem EGW (2 Nachkommastellen) entsprechen:

1. Für Liegenschaften mit Wohnnutzung:

[Nutzungseinheiten]	[Einwohnergleichwerte]
je Wohnung	1,00 EGW

Die Kanalbenützungs-Grundgebühr pro EGW und Jahr beträgt € 134,48.

Befreit davon sind:

1. Wohnungen, die nicht der Mindestausstattung (1 WC, 1 Küche und 1 Zimmer) entsprechen;
2. Wohnungen im Wohnhaus des Abgabepflichtigen, die zwar der Mindestausstattung entsprechen, jedoch von Familienangehörigen des Abgabepflichtigen bewohnt werden;

2. Für Betriebe, Anstalten und sonstige Einrichtungen:

[Nutzungseinheiten]	[Einwohnergleichwerte]	
je Arbeitsstätte	1,00	EGW
je Büro	1,00	EGW
je Kultureinrichtung	1,00	EGW
je Freizeiteinrichtung	1,00	EGW
je Ferienhaus	1,00	EGW
je Wochenendhaus	1,00	EGW
je sonstigem Gebäude	1,00	EGW
je Baugrund	1,00	EGW
je unbebauter Liegenschaft	1,00	EGW

Die Kanalbenützungs-Grundgebühr pro EGW und Jahr beträgt € 134,48.

Befreit davon sind:

1. Stallgebäude und sonstige, unbewohnte landwirtschaftliche Gebäude;
2. Arbeitsstätten und Büros, deren Standort sich im Wohnhaus des Abgabepflichtigen befinden,
  - a) wenn der / die Abgabepflichtige für den gleichen Gewerbebetrieb aufgrund eines weiteren Betriebsstandortes im Entsorgungsbereich mindestens eine Kanalbenützungs-Grundgebühr entrichtet oder
  - b) wenn die Räumlichkeiten, in denen das Gewerbe ausgeübt wird, nicht mit eigenem WC oder eigener Waschgelegenheit ausgestattet sind.

- (4) Die jährliche variable Kanalbenützungsgebühr wird nach dem ermittelten Wasserverbrauch berechnet und ergibt sich aus der Vervielfachung des ermittelten Wasserverbrauches in Kubikmeter mit dem Gebührensatz:

[Gebührensatz]	[je Kubikmeter]
je m³ Wasserverbrauch	€ 1,09

- (5) Durch Einbau von Subwasserzählern kann jener Wasserverbrauch ermittelt werden, welcher nicht in die Kanalisationsanlage gelangt. Die Anerkennung der Verbrauchsermittlung von Subwasserzählern obliegt der Marktgemeinde Scheifling.
- (6) Ist der Einbau von Wasserzählern nicht möglich, wird eine jährliche Pauschalgebühr eingehoben. Als Grundlage der Berechnung dienen die Anzahl der Personen, die auf einer Liegenschaft gemäß den melderechtlichen Bestimmungen gemeldet sind. Die Zurechnung der Personenzahl erfolgt nach Einwohnergleichwerten (EGW), wobei folgende Ansätze einem EGW bzw. anteiligem EGW (2 Nachkommastellen) entsprechen:

[Pauschalgebühren pro Jahr]	[Einwohnergleichwerte]
je Person	1,00 EGW

Die Pauschalgebühr pro EGW und Jahr beträgt € 47,74.

- (7) Die Zurechnung der Personenanzahl einer Liegenschaft für die Pauschalgebühren nach Abs. 6 erfolgt nach den melderechtlichen Bestimmungen und entspricht der Summe der Einwohner / Einwohnerinnen mit Hauptwohnsitz oder Nebenwohnsitz. Eine bloße Anmeldung als Nebenwohnsitz begründet keine Ausnahme oder Verringerung der Grundgebühr.
- (8) Für die im Entsorgungsbereich liegenden Ferienhäuser, Wochenendhäuser, Zweitwohnungen, Milchkammern und dergleichen, werden nachstehende Pauschalgebühren zur Verrechnung gebracht, wenn eine Zurechnung nach Abs. 7 nicht möglich ist:

[Pauschalgebühren pro Jahr]	[Einwohnergleichwerte]
je Ferienhaus	1,00 EGW
je Wochenendhaus	1,00 EGW
je Zweitwohnung	1,00 EGW
je Milchkammer	1,30 EGW

Die Pauschalgebühr pro EGW und Jahr beträgt € 47,74.

- (9) Stichtag für die Ermittlung der Personenanzahl bzw. EGW-Anzahl ist der Erste jenes Quartals, das dem Quartal folgt, in dem die Person melderechtlich oder arbeitsrechtlich angemeldet wird bzw. der Letzte jenes Quartals, in dem die Person melderechtlich oder arbeitsrechtlich abgemeldet wird bzw. in dem die räumlichen Voraussetzungen in Benützung gehen. Der Gebührenanspruch je Person bzw. EGW endet mit dem Letzten jenes Quartals, in dem die Person melderechtlich oder arbeitsrechtlich abgemeldet wird bzw. in dem die räumlichen Voraussetzungen wegfallen.

## **§ 5**

### **Gebührenpflicht, Entstehung des Gebührenanspruches, Fälligkeit**

- (1) Zur Entrichtung der Kanalbenützungsgebühren ist der Eigentümer der an die öffentliche Kanalanlage angeschlossenen Liegenschaft, sofern dieser aber mit dem Bauwerkseigentümer nicht identisch ist, der Eigentümer der an die öffentliche Kanalanlage angeschlossenen Baulichkeit verpflichtet.
- (2) Der Gebührenanspruch entsteht ab dem Ersten jenes Quartals, das dem Quartal folgt, in dem die Liegenschaft an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen wird und endet mit dem Letzten jenes Quartals, in dem das Gebäude abgebrochen wird.
- (3) Die jährliche Kanalbenützungs-Grundgebühr ist in vier Teilbeträgen und zwar jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig.
- (4) Die variable Kanalbenützungsgebühr wird mittels Jahresabrechnung am 15. November jeden Jahres fällig und unter Berücksichtigung der Teilzahlungen mit einer Jahresabrechnung festgesetzt.
- (5) Aufgrund der vorausgegangenen Jahresabrechnung werden Teilzahlungen für die variable Kanalbenützungsgebühr jeweils zum 15. Februar, 15. Mai und 15. August fällig.
- (6) Der Liegenschaftseigentümer oder der Bauwerkseigentümer zum Zeitpunkt der Jahresabrechnung schuldet die Gebühr über den gesamten Abrechnungszeitraum.
- (7) Jahresabrechnungen zu anderen Terminen werden nicht vorgenommen.

## **§ 6**

### **Umsatzsteuer**

Allen vorgenannten Beiträgen und Gebühren ist die gesetzliche Umsatzsteuer hinzuzurechnen.

## **§ 7**

### **Veränderungsanzeige**

Treten nach Zustellung des Abgabenbescheides derartige Veränderungen ein, dass die demselben zugrunde gelegenen Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, so hat der Abgabepflichtige diese Veränderungen binnen 4 Wochen nach ihrem Eintritt oder Bekanntwerden der Marktgemeinde Scheifling schriftlich anzuzeigen.

## **§ 8**

### **Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

- (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2016 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten die Kanalabgabenordnungen der ursprünglichen Gemeinden Scheifling vom 13.11.2014 und St. Lorenzen bei Scheifling vom 16.12.2014, für die neue Marktgemeinde Scheifling in Geltung gesetzt durch Überleitung des Regierungskommissärs vom 02.01.2015, außer Kraft.

wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

**b) Wassergebührenverordnung**

Gemäß § 71 GemO haben Gemeinden öffentliche Einrichtungen, Anlagen, wirtschaftliche Unternehmungen und Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit, nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu führen.

Für die Benützung ihrer öffentlichen Einrichtungen und Anlagen sind Gemeinden ermächtigt, Gebühren zu erheben, die grundsätzlich kostendeckend festzusetzen sind. Diese Gebühren können bis zu einem Ausmaß beschlossen werden, bei dem der mutmaßliche Jahresertrag der Gebühren das doppelte Jahreserfordernis für die Erhaltung und den Betrieb der Einrichtung oder Anlage sowie für die Verzinsung und Tilgung der Errichtungskosten nicht übersteigt.

Derzeit gelten die Wassergebührenverordnungen der ursprünglichen Gemeinden Scheifling vom 13.11.2014 und St. Lorenzen bei Scheifling vom 16.12.2014, für die neue Marktgemeinde Scheifling in Geltung gesetzt durch Überleitung des Regierungskommissärs vom 02.01.2015.

**Gebühren-Änderungen gegenüber der bisherigen Wassergebührenverordnung:**

- Wenn die Installierung eines Wasserzählers technisch nicht möglich ist, werden Pauschalgebühren in der Höhe von jährlich € 47,74 Netto exkl. derzeit 10 % Umsatzsteuer je Person (43,8 m<sup>3</sup> bzw. 120 Liter täglich) eingehoben

Der von Bürgermeister Gottfried Reif gestellte Antrag, der Gemeinderat möge gemäß § 6 des Wasserleitungsbeitragsgesetzes, LGBl. Nr. 137/1962 in der Fassung der Novelle LGBl.Nr.87/2013, und gemäß § 6 des Steiermärkischen Gemeindewasserleitungsgesetzes 1971, LGBl. Nr. 42 in der Fassung LGBl. Nr. 7/2002 die nachstehende

**Wassergebührenverordnung 2015**

beschließen:

**§ 1**

Für die öffentliche Wasserversorgungsanlage der Marktgemeinde Scheifling wird ein Wasserleitungsbeitrag nach § 1 des Wasserleitungsbeitragsgesetzes erhoben.

**§ 2**

Die Höhe der vollen Baukosten für die gesamte Wasserversorgungsanlage (§ 4 Abs. 5 Wasserleitungsbeitragsgesetz) beträgt € 2.951.039,00.

**§ 3**

Die Höhe der zur Finanzierung der Baukosten aus Bundes- und Landesmitteln gewährten Darlehen beträgt € 1.092.200,00, die der nicht rückzahlbaren Beiträge sowie der allenfalls angesammelten Wasserleitungsbeiträge (§ 4 Abs. 5 Wasserleitungsbeitragsgesetz) € 214.124,00.

**§ 4**

Die Höhe der der Ermittlung des Einheitssatzes zugrunde zu legenden Baukosten nach § 4 Abs. 5 des Wasserleitungsbeitragsgesetzes (Baukosten abzüglich Zuschüsse zur Gänze und Darlehen aus Bundes- und Landesmitteln zur Hälfte) beträgt € 2.190.815,00.

**§ 5**

Die Gesamtlänge des Rohrnetzes (§ 4 Abs. 5 Wasserleitungsbeitragsgesetz) beträgt 21.206 lfm.

**§ 6**

Die Höhe der aus den §§ 4 und 5 dieser Verordnung ermittelten durchschnittlichen Kosten je Laufmeter der öffentlichen Wasserversorgungsanlage (§ 4 Abs. 5 Wasserleitungsbeitragsgesetz) beträgt € 103,31.

**§ 7**

**Einheitssatz**

Die Höhe des Einheitssatzes (§ 4 Abs. 5 Wasserleitungsbeitragsgesetz) beträgt 4,57 % (höchstens 5 %) der Kosten je Laufmeter (§ 6 dieser Verordnung), somit € 4,72.

## **§ 8 Anschlussgebühr**

Für die Herstellung der Anschlussleitung von der Versorgungsleitung der öffentlichen Wasserleitung zur Hausleitung wird gemäß § 5 Abs. 1 des Steiermärkischen Gemeindewasserleitungsgesetzes 1971 eine einmalige Abgabe bis zur Höhe der tatsächlichen Herstellungskosten der Anschlussleitung erhoben.

## **§ 9 Wasserzähler-Ablesezeitpunkt**

Als Ablesezeitpunkt wird der 01.10. festgesetzt. Die Ermittlung des Zählerstandes wird um den Ablesezeitpunkt entweder von den befugten Organen oder durch Selbstablesung vorgenommen. Die Aufforderung zur Bekanntgabe des Zählerstandes mittels Selbstablesung ist innerhalb der Ablesefrist Folge zu leisten.

## **§ 10 Wasserzählergebühr**

Für die gemäß § 7 Abs. 2 des Steiermärkischen Gemeindewasserleitungsgesetzes 1971 aufgestellten Wasserzähler wird eine Wasserzählergebühr erhoben (§ 5 Abs. 2 des Steiermärkischen Gemeindewasserleitungsgesetzes 1971). Die jährliche Wasserzählergebühr ergibt sich aus der Nenn-durchflussmenge je Stunde des Wasserzählers und beträgt:

[Durchflussmenge]	[je Zähler pro Jahr]
3 m <sup>3</sup> Zähler	€ 20,92
7 m <sup>3</sup> Zähler	€ 27,92

## **§ 11 Beginn und Ende der Wasserzählergebühr**

- (1) Zur Entrichtung der Wasserzählergebühren ist der Eigentümer der an die öffentliche Kanalanlage angeschlossenen Liegenschaft, sofern dieser aber mit dem Bauwerkseigentümer nicht identisch ist, der Eigentümer der an die öffentliche Kanalanlage angeschlossenen Baulichkeit verpflichtet.
- (2) Der Gebührenanspruch je Wasserzähler entsteht ab dem Ersten jenes Quartals, das dem Quartal folgt, in dem der Wasserzähleranschluss hergestellt wird und endet mit dem Letzten jenes Quartals, in dem der Anschluss von der Wasserversorgungseinheit genommen wird.
- (3) Die jährliche Wasserzählergebühr ist in vier Teilbeträgen und zwar jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig.

## **§ 12 Bereitstellungsgebühr je Liegenschaft bzw. Nutzungseinheit**

- (1) Für die Bereitstellung und für die Möglichkeit der Benützung der Wasserversorgungsanlage ist eine Bereitstellungsgebühr für alle im Gemeindegebiet gelegenen Liegenschaften bzw. Nutzungseinheiten zu leisten, die an die öffentliche Wasserversorgungsanlage angeschlossen sind.
- (2) Unter Nutzungseinheiten sind Wohnungen und sonstige Nutzungseinheiten gemäß § 2 Gebäude- und Wohnungsregister-Gesetz, BGBl. I Nr. 9/2004 idF. BGBl. Nr. 1/2013 zu verstehen.
- (3) Als Grundlage zur Berechnung der jährlichen Bereitstellungsgebühr dient die Anzahl der Nutzungseinheiten, die einer Liegenschaft zuzurechnen sind. Die Zurechnung erfolgt nach Einwohnergleichwerten (EGW), wobei folgende Ansätze einem EGW bzw. anteiligem EGW (2 Nachkommastellen) entsprechen:

1. Für Liegenschaften mit Wohnnutzung:

[Wohnung]	[Einwohnergleichwerte]	
bis 1 Person	0,66	EGW
2 Personen	0,83	EGW
ab 3 Personen	1,00	EGW

Die Bereitstellungsgebühr pro EGW und Jahr beträgt € 94,48.

Befreit davon sind:

1. Wohnungen, die nicht der Mindestausstattung (1 WC, 1 Küche und 1 Zimmer) entsprechen;
2. Wohnungen im Wohnhaus des Abgabepflichtigen, die zwar der Mindestausstattung entsprechen, jedoch von Familienangehörigen des Abgabepflichtigen bewohnt werden;

2. Für Betriebe, Anstalten und sonstige Einrichtungen:

[Nutzungseinheiten]	[Einwohnergleichwerte]	
je Arbeitsstätte	1,00	EGW
je Büro	1,00	EGW
je Kultureinrichtung	1,00	EGW
je Freizeiteinrichtung	1,00	EGW
je Ferienhaus	1,00	EGW
je Wochenendhaus	1,00	EGW
je sonstigem Gebäude	1,00	EGW
je Baugrund	1,00	EGW
je unbebauter Liegenschaft	1,00	EGW

Die Bereitstellungsgebühr pro EGW und Jahr beträgt € 94,48.

Befreit davon sind:

1. Stallgebäude und sonstige, unbewohnte landwirtschaftliche Gebäude;
2. Arbeitsstätten und Büros, deren Standort sich im Wohnhaus des Abgabepflichtigen befinden,
  - a) wenn der / die Abgabepflichtige für den gleichen Gewerbebetrieb aufgrund eines weiteren Betriebsstandortes im Versorgungsbereich mindestens eine Bereitstellungsgebühr entrichtet oder
  - b) wenn die Räumlichkeiten, in denen das Gewerbe ausgeübt wird, nicht mit eigenem WC oder eigener Waschelegenheit ausgestattet sind.

- (4) Die Zurechnung der Personenanzahl einer Liegenschaft mit Wohnnutzung erfolgt nach den melderechtlichen Bestimmungen und entspricht der Summe der Einwohner/Einwohnerinnen mit Hauptwohnsitz oder Nebenwohnsitz. Eine bloße Anmeldung als Nebenwohnsitz begründet keine Ausnahme oder Verringerung der Grundgebühr.

### § 13

#### Beginn und Ende der Bereitstellungsgebühr

- (1) Zur Entrichtung der Bereitstellungsgebühren ist der Eigentümer der an die öffentliche Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Liegenschaft, sofern dieser aber mit dem Bauwerkseigentümer nicht identisch ist, der Eigentümer der an die öffentliche Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Baulichkeit verpflichtet.
- (2) Der Gebührenanspruch für die Bereitstellungsgebühr entsteht ab dem Ersten jenes Quartals, das dem Quartal folgt, in dem der Wasserzähleranschluss hergestellt wird und endet mit dem Letzten jenes Quartals, in dem der Anschluss von der Wasserversorgungseinheit genommen wird.
- (3) Die jährliche Bereitstellungsgebühr ist in vier Teilbeträgen und zwar jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig.

### § 14

#### Ermittlung des Wasserverbrauchs

- (1) Der Wasserverbrauch wird durch geeichte Wasserzähler zum Ablesetermin ermittelt.

- (2) Der Wasserverbrauch ist zu schätzen, wenn
  1. der Zutritt zum Wasserzähler oder dessen Ablesung nicht ermöglicht wird, oder
  2. sich konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Wasserzähler den tatsächlichen Wasserverbrauch nicht angibt oder
  3. der Wasserzähler auf Verlangen (Selbstablesung) nicht fristgerecht abgelesen wird.
- (3) Geschätzte Zählerstände, ausgenommen Abs. 2 (2.), bleiben in ihrer Höhe so lange aufrecht, solange diese Zählerstände nicht durch nachfolgende Ablesungen zu den Stichtagen übertroffen werden.

## § 15 Höhe der Wasserverbrauchsgebühr

Die jährliche Wasserbezugsgebühr wird nach dem ermittelten Wasserverbrauch berechnet. Die Wasserbezugsgebühr ergibt sich aus der Vervielfachung des ermittelten Wasserverbrauches in Kubikmeter mit dem Gebührensatz:

[Gebührensatz]	[je Kubikmeter]
je m <sup>3</sup> Wasserverbrauch	€ 1,09

## § 16 Festsetzung der Wasserverbrauchsgebühr

- (1) Die Wasserbezugsgebühr wird am 15. November jeden Jahres fällig und aufgrund des zum Ablesezeitpunkts ermittelten Wasserverbrauches unter Berücksichtigung der Teilzahlungen mit einer Jahresabrechnung festgesetzt.
- (2) Aufgrund der vorausgegangenen Jahresabrechnung werden vorläufige Abgabenteilzahlungen, jeweils zum 15. Februar, 15. Mai und 15. August fällig.
- (3) Der Liegenschaftseigentümer oder der Bauwerkeigentümer zum Zeitpunkt der Jahresabrechnung schuldet die Gebühr über den gesamten Abrechnungszeitraum.
- (4) Jahresabrechnungen zu anderen Ableseterminen werden nicht vorgenommen.

## § 17 Pauschalgebühren

- (1) Bei Errichtung eines Gebäudes werden bis zur Installierung eines Wasserzählers jährlich nachstehende Pauschalgebühren eingehoben:

[Pauschalgebühr]	[pro Jahr]
je Baugrund	€ 42,72

- (2) Der Gebührenanspruch für das Bauwasser entsteht ab dem Ersten jenes Quartals, das dem Quartal folgt, in dem der Wasserzähleranschluss hergestellt wird und endet mit dem Letzten jenes Quartals, in dem ein Wasserzähler installiert wird.
- (3) Die jährliche Pauschalgebühr für Bauwasser ist in vier Teilbeträgen und zwar jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig.
- (4) Ist der Einbau von Wasserzählern nicht möglich, wird eine jährliche Pauschalgebühr eingehoben. Als Grundlage der Berechnung dienen die Anzahl der Personen, die auf einer Liegenschaft gemäß den melderechtlichen Bestimmungen gemeldet sind. Die Zurechnung der Personenzahl erfolgt nach Einwohnergleichwerten (EGW), wobei folgende Ansätze einem EGW bzw. anteiligem EGW (2 Nachkommastellen) entsprechen:

[Pauschalgebühren pro Jahr]	[Einwohnergleichwerte]
je Person	1,00 EGW

Die Pauschalgebühr pro EGW und Jahr beträgt € 47,74.

- (5) Die Zurechnung der Personenanzahl einer Liegenschaft für die Pauschalgebühren nach Abs. 4 erfolgt nach den melderechtlichen Bestimmungen und entspricht der Summe der Einwohner / Einwohnerinnen mit Hauptwohnsitz oder Nebenwohnsitz. Eine bloße Anmeldung als Nebenwohnsitz begründet keine Ausnahme oder Verringerung der Grundgebühr.

- (6) Stichtag für die Ermittlung der Personenanzahl bzw. EGW-Anzahl ist der Erste jenes Quartals, das dem Quartal folgt, in dem die Person melderechtlich oder arbeitsrechtlich angemeldet wird bzw. der Letzte jenes Quartals, in dem die Person melderechtlich oder arbeitsrechtlich abgemeldet wird bzw. in dem die räumlichen Voraussetzungen in Benützung gehen. Der Gebührenanspruch je Person bzw. EGW endet mit dem Letzten jenes Quartals, in dem die Person melderechtlich oder arbeitsrechtlich abgemeldet wird bzw. in dem die räumlichen Voraussetzungen wegfallen.

## **§ 18** **Umsatzsteuer**

Allen vorgenannten Beiträgen und Gebühren ist die gesetzliche Umsatzsteuer hinzuzurechnen.

## **§ 19** **Veränderungsanzeige**

Treten nach Zustellung des Abgabenbescheides derartige Veränderungen ein, dass die demselben zugrunde gelegenen Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, so hat der Abgabepflichtige diese Veränderungen binnen 4 Wochen nach ihrem Eintritt oder Bekanntwerden der Marktgemeinde Scheifling schriftlich anzuzeigen.

## **§ 20** **Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

- (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2016 in Kraft.  
(2) Gleichzeitig treten die Wassergebührenverordnungen der ursprünglichen Gemeinden Scheifling vom 13.11.2014 und St. Lorenzen bei Scheifling vom 16.12.2014, für die neue Marktgemeinde Scheifling in Geltung gesetzt durch Überleitung des Regierungskommissärs vom 02.01.2015, außer Kraft.

wird angenommen.

**Beschlussergebnis:** einstimmig

### **c) Wasserleitungsordnung**

Derzeit gilt die Wasserleitungsordnung der ursprünglichen Gemeinde Scheifling vom 04.11.1982, für die neue Marktgemeinde Scheifling in Geltung gesetzt durch Überleitung des Regierungskommissärs vom 02.01.2015.

Durch die neue Wasserleitungsordnung werden ergänzend zur Gebührenordnung der laufende Betrieb und die technische Umsetzung geregelt.

#### **Die Wasserleitungsordnung regelt:**

- Anschlusspflicht, Ausnahmen von der Anschlusspflicht, Eigenversorgungsanlagen, Anmeldung zum Wasserbezug,
- Anschlussleitungen, Wasserzähler, Verbrauchsanlagen, technische Vorschriften, Wasserbezug, Einschränkungen und Unterbrechungen der Wasserlieferung, Hydranten und öffentliche Auslaufbrunnen

Der von Bürgermeister Gottfried Reif gestellte Antrag, der Gemeinderat möge gemäß § 9 des Steiermärkischen Gemeindewasserleitungsgesetzes 1971, LGBl. Nr. 42, hinsichtlich der §§ 1 bis 4 und 9 bis 14 die nachstehende

## **Wasserleitungsordnung 2015**

beschließen:

## § 1 Anschlusspflicht

- (1) Im Versorgungsbereich besteht Anschlusspflicht. Der Trinkwasserbedarf des zu versorgenden Grundstückes ist ausschließlich durch die Marktgemeinde Scheifling zu decken, sofern nicht eine Ausnahme nach § 2 gegeben ist.
- (2) Als Grundstück ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jede bebaute und unbebaute Liegenschaft anzusehen, die eine wirtschaftliche Einheit bildet.

## § 2 Ausnahmen von der Anschlusspflicht

Anschlusspflicht besteht nicht für:

- (1) Gebäude, bei denen die kürzeste Verbindung zu einer Wasserversorgungsleitung mehr als 150 m beträgt;
- (2) Grundstücke, deren Anschluss aus technischen Gründen nicht möglich ist oder nur mit unzumutbar hohen Kosten hergestellt werden kann;
- (3) Grundstücke mit gewerblichen oder industriellen Anlagen, Bergbauanlagen, landwirtschaftlichen Betrieben oder mit Anlagen, die von einer Gebietskörperschaft betrieben werden, wenn durch deren Belieferung der Wasserbedarf der anderen Grundstücke unter Bedachtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Wasserversorgungsanlage der Marktgemeinde Scheifling nicht mehr gedeckt werden kann;
- (4) Grundstücke, deren Wasserbedarf durch eine im Zeitpunkt der Inbetriebnahme der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bereits bestehende eigene Anlage gedeckt wird, solange deren Weiterbenützung die Gesundheit von Mensch und Tier nicht gefährden kann. Der Nachweis der einwandfreien Wasserqualität ist in angemessenen Zeitabschnitten, die von der Behörde festgelegt werden, zu erbringen.
- (5) Ein Antrag auf Befreiung von der Anschlusspflicht ist innerhalb von **6 Monaten** nach Verständigung vom Wirksamwerden der Anschlusspflicht unter Angabe der Gründe bei der Marktgemeinde Scheifling schriftlich einzureichen.

## § 3 Eigenversorgungsanlagen

- (1) Auf Grundstücken, die an die öffentliche Wasserleitung angeschlossen sind, ist der Betrieb einer Eigenversorgungsanlage für Trinkwasser unzulässig.
- (2) Wenn Eigenversorgungsanlagen betrieben werden, müssen alle Auslässe dieser Anlagen mit der Aufschrift „Kein Trinkwasser“ gekennzeichnet werden (siehe ÖNORM B 2531 Teil 1, Abschnitt 4.1).
- (3) Zwischen der Eigenversorgungsanlage und den an die öffentliche Wasserleitung angeschlossenen Verbraucheranlagen darf keine körperliche und hydraulisch wirksame Verbindung bestehen (ÖNORM B 2531 Teil 1, Abschnitt 4.2).

## § 4 Anmeldung zum Wasserbezug

- (1) Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer, für die Anschlusspflicht besteht, sind verpflichtet, die Errichtung, Erweiterung und Abänderung von Hausleitungen mindestens vier Wochen vor Baubeginn der Arbeiten der Gemeinde schriftlich anzuzeigen (laut Anmeldebogen Anhang I). Gleichzeitig ist der Zeitpunkt des beabsichtigten Wasserbezuges bekannt zu geben.
- (2) Diese Anzeigen gelten von der Gemeinde als zur Kenntnis genommen, wenn nicht innerhalb von vier Wochen die Arbeiten zur Herstellung oder Abänderung des Hausanschlusses untersagt oder Vorschriften hierfür erlassen werden.
- (3) Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer, für die die Anschlusspflicht nicht besteht, können einen schriftlichen Antrag auf Anschluss an die Wasserleitung einbringen.
- (4) Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer, die bis zur Verlautbarung dieser Wasserleitungsordnung einen Anschluss erhalten oder Wassergebühren laufend entrichtet haben, gelten auch weiterhin als anschluss- und wasserbezugspflichtig.

- (5) Weder bei der Anmeldung noch im Laufe der Belieferung können seitens der Wasserbezieher hinsichtlich einer besonderen Beschaffenheit des Wassers, die über die gesetzlich geregelten Grenzwerte für Trinkwasser hinausgeht, oder hinsichtlich eines gewünschten Wasserdruckes Ansprüche geltend gemacht werden.

## **§ 5** **Anschlussleitungen**

- (1) Die Anschlussleitung ist die Verbindung zwischen der Versorgungsleitung und der Verbrauchsanlage des Wasserabnehmers. Sie endet mit dem Absperrventil unmittelbar nach dem Wasserzähler oder an einer einvernehmlich festzulegenden Übergabestelle. Sie erhält vor der Grundstücksgrenze eine Absperrvorrichtung.
- (2) Die Lichtweite der Anschlussleitung wird von der Marktgemeinde Scheifling entsprechend dem genehmigten Wasserbezug festgelegt und ist gemäß ÖNORM B 2538 zu bemessen. Sie sollte nicht kleiner sein als DN 25.
- (3) Für ein Grundstück ist in der Regel nur eine Anschlussleitung zu verlegen.
- (4) Über Antrag des Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümers können jedoch in begründeten Fällen, insbesondere aus Sicherheitsgründen, weitere Anschlüsse von der Marktgemeinde Scheifling genehmigt werden.
- (5) Bei Grundstücksteilungen ist jeder Grundstückseigentümer verpflichtet, auf seine Kosten für jedes neu entstandene anschlusspflichtige Grundstück einen Anschluss herstellen zu lassen.
- (6) Die Aufstellung grundstückseigener Hydranten ist im Allgemeinen zu vermeiden. Sollte in Sonderfällen eine Aufstellung dennoch erforderlich sein, ist die Installation so auszuführen, dass die Durchströmung der Anschlussleitung gewährleistet ist. Der möglichst kurz zu haltende Anschluss des Hydranten muss mindestens DN 80 haben und ist mit einem Rohrtrenner (oder einer gleichwertigen technischen Einrichtung) und unmittelbar davor und dahinter angeordneten Absperrvorrichtungen zu versehen.
- (7) Die Herstellung, Änderung oder Auflassung der Anschlussleitung erfolgt durch die Marktgemeinde Scheifling auf Kosten des Wasserabnehmer- bzw. pflichtigen. Die Marktgemeinde Scheifling kann sich hierfür Befugter bedienen (Baufirmen, Installateure). Die Marktgemeinde Scheifling kann auf Antrag Erdarbeiten für die Verlegung, Änderung oder Auflassung der Anschlussleitung durch den Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer genehmigen. Dieser haftet dann auch für die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften.
- (8) Wenn für Grundstücke keine Anschlusspflicht besteht, ist die Auflassung von Anschlüssen dann zulässig, wenn der Anschluss schriftlich gekündigt wurde oder wenn durch **3 Jahre** kein Wasser bezogen wurde. Die Kosten für die Auflassung des Anschlusses hat der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer oder dessen Rechtsnachfolger zu tragen. Bei Grundstücken (Gebäude, Betriebe und Anlagen), die durchgehend länger als **1 Jahr** unbenutzt bleiben und somit weder Trink- noch Nutzwasser benötigt wird, kann über Ansuchen des Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümers der Anschluss für diese Zeit auf seine Kosten durch die Marktgemeinde Scheifling stillgelegt werden.
- (9) Die Durchführung der Anbohrung und Montage der Absperrvorrichtung, der Einbau eines Abzweigstückes mit Absperrvorrichtung und die Herstellung der Anschlussleitung nach ÖNORM B 2538 obliegt der Marktgemeinde Scheifling. Sollte in noch zu erlassenden Gemeindewasserleitungsgesetzen eine rechtliche Teilung der Anschlussleitung in einen Teil bis zur Grundstücksgrenze und in einen Teil auf dem Grundstück vorgesehen sein, so gelten die Bestimmungen des § 5 für beide Teilstücke der Anschlussleitung.
- (10) Die Absperrvorrichtung in der Anschlussleitung darf nur von Bediensteten der Marktgemeinde Scheifling oder dessen Beauftragten bedient werden.
- (11) Die Instandhaltung der Anschlussleitung obliegt der Marktgemeinde Scheifling.
- (12) Bei Instandhaltungsarbeiten an Anschlussleitungen ist die Marktgemeinde Scheifling nicht an die Zustimmung des Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümers gebunden. Es genügt eine Mitteilung an diesen oder an dessen Bevollmächtigten. Im Falle der Dringlichkeit (Rohrbruch) genügt die nachträgliche Mitteilung.
- (13) Die Anbringung von Hinweisschildern für Armaturen, Hydranten und dergleichen auf Anlagen, Zäunen und Objekten des Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümers ist von diesem unentgeltlich zu gestatten.
- (14) Soweit die Anschlussleitung auf dem Grundstück des Grundstückseigentümers liegt, hat er die Obsorge für diesen Teil zu übernehmen. Er ist verpflichtet, sie vor jeder Beschädigung, insbesondere Frost, zu schützen. Die Trasse darf weder verbaut noch überbaut werden, noch dürfen Bäume oder Sträucher näher als 1 m beiderseits der Trasse gesetzt werden.

Der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer darf keinerlei schädigende Einwirkungen auf die Anschlussleitung vornehmen oder zulassen. Er muss jeden Schaden und jeden Wasseraustritt sofort der Marktgemeinde Scheifling melden. Der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer hat für alle Schäden aufzukommen, die der Marktgemeinde Scheifling oder Dritten durch eine Vernachlässigung dieser pflichtgemäßen Obsorge entstehen.

- (15) Maßnahmen, die den Zustand im Bereich der Anschlussleitung gegenüber dem Zeitpunkt der Bewilligung verändern, bedürfen der Zustimmung der Marktgemeinde Scheifling. Wird eine solche nicht eingeholt, haftet die Marktgemeinde Scheifling weder für Schäden infolge Gebrechens noch für Schäden, die infolge von Instandsetzungsarbeiten an der Anschlussleitung entstehen.
- (16) Die Benützung der Anschlussleitung als Schutzerder für elektrische Anlagen und Geräte ist unzulässig (die Marktgemeinde Scheifling verwendet in zunehmenden Maße Rohrmaterialien und Rohrverbindungen, die elektrisch nicht leitend sind).

## **§ 6 Wasserzähler**

- (1) Wasser wird ausschließlich über Wasserzähler abgegeben. Die Marktgemeinde Scheifling stellt für jede Anschlussleitung eine Wasserzähleranlage zur Ermittlung des Gesamtverbrauches des Wasserabnehmers zur Verfügung. Die Wasserzähleranlage wird von der Marktgemeinde Scheifling beigestellt und eingebaut. Sie bleibt im Eigentum der Marktgemeinde Scheifling. Die Kosten für den erstmaligen Einbau trägt der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer. Der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer ist auch verpflichtet, die erforderlichen Arbeiten zu dulden und die zum Schutz der Wasserzähleranlage erforderlichen Einrichtungen auf seine Kosten dauernd instand zu halten. Die Beistellung und Instandhaltung der Wasserzähleranlage erfolgt zu den jeweils gültigen Tarifen.
- (2) Größe, Art und Anzahl der Wasserzähler werden von der Marktgemeinde Scheifling bestimmt.
- (3) Die Marktgemeinde Scheifling ist berechtigt intelligente Zähler (Smart Meter) einzubauen und damit eine Ermittlung des Zählerstandes für die Verbrauchsabrechnung ohne Zutritt in die Gebäude vorzunehmen. Dem Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer ist es untersagt die Umgebung der Funkwasserzähler derart auszugestalten, dass eine Fernablesung behindert wird.
- (4) Der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer hat für die Unterbringung des Wasserzählers nach Anordnung der Marktgemeinde Scheifling einen verschließbaren Schacht, eine Mauernische oder in einen anderen geeigneten Raum kostenlos zur Verfügung zu stellen. Der Wasserzähler ist vom Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer gegen Beschädigungen, Verschmutzung, Frost und andere schädliche Einwirkungen zu schützen. Der Wasserzähler muss jederzeit ohne Schwierigkeiten abgelesen und ausgewechselt werden können. Ist der Zutritt oder die Ablesung nicht möglich, kann die Marktgemeinde Scheifling einen geschätzten Verbrauch bis zur Beendigung der Behinderung durch den Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer annehmen.  
Der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer haftet für alle durch äußere Einwirkungen an der Wasserzähleranlage (Zähler, Absperrvorrichtung, Sicherung gegen Rückfluss) entstandene Schäden, für die er zivilrechtlich einzustehen hat.  
Die Marktgemeinde Scheifling ist befugt im Bereich des Wasserzählers Anlagen-Kennzeichnungsmerkmale anzubringen. Der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer hat sicherzustellen, dass diese Kennzeichnungen keinesfalls entfernt oder manipuliert werden.
- (5) Ist über Anordnung der Marktgemeinde Scheifling ein Wasserzählerschacht erforderlich, ist er vom Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer auf seine Kosten nach Angaben der Marktgemeinde Scheifling zu errichten (Mindestausmaß 1 m Ø). Im Schacht sind Einstiegshilfen anzubringen. Wo Grundwasser auftreten könnte, ist der Wasserzählerschacht wasserdicht zu bauen (z. B. Fertigteilschacht). Der Marktgemeinde Scheifling ist vorbehalten, auf Kosten des Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümers den Wasserzählerschacht selbst beizustellen (Muster von Schachtausführungen in ÖNORM B 2538).  
Die Entfernung der Frostschutteinrichtung vor jeder Ablesung oder vor der Auswechslung des Zählers obliegt dem Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer, desgleichen das Öffnen zugefrorener Schachtdeckel.  
Befindet sich der Wasserzählerschacht in Hauseinfahrten oder in anderen privaten Verkehrsflächen, so hat der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer über Aufforderung der Marktgemeinde Scheifling dafür zu sorgen, dass während der Ablesung oder während der Montagearbeiten diese Verkehrsfläche nicht benützt oder sonst beeinträchtigt wird.

- (6) Wird vom Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer die Messgenauigkeit angezweifelt, so wird der Wasserzähler über Antrag von der Marktgemeinde Scheifling einer Nacheichung zugeführt. Ergibt die Nacheichung, dass die Messgenauigkeit innerhalb der im Maß- und Eichgesetz festgelegten zulässigen Fehlergrenze liegt, so trägt die dadurch entstandenen Kosten der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer. Zeigt der Wasserzähler falsch, so wird die Wassergebühr entsprechend dem gleichen Zeitraum des Vorjahres vorgeschrieben. Ist kein vergleichbarer Verbrauch feststellbar, erfolgt die Vorschreibung nach den Angaben des neuen Wasserzählers. Korrekturen werden nur über eine Ableseperiode durchgeführt. Die Kosten der Überprüfung gehen in diesem Fall zu Lasten der Marktgemeinde Scheifling
- (7) Wird Wasser unbefugt ohne Zählung entnommen, so ist die Marktgemeinde Scheifling berechtigt, eine Verbrauchsmenge zu schätzen und mit dem höchsten Tarifsatz vorzuschreiben.
- (8) Die Entfernung von Plomben ist verboten. Jede Beschädigung von Plomben ist der Marktgemeinde Scheifling unverzüglich mitzuteilen. Die Kosten für die Erneuerung der Plomben trägt der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer.
- (9) Der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer hat die Zähleranlage und die Zähleranzeige öfter zu kontrollieren, um gegebenenfalls Undichtheiten in der Verbrauchsanlage oder sonstige Beschädigungen zeitgerecht feststellen zu können.
- (10) Die Verwendung weiterer Wasserzähler (Subzähler) in den Verbrauchsanlagen ist zulässig, doch bleiben Beschaffung, Einbau, Instandhaltung und Ablesung ausschließlich dem Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer überlassen. Das Ergebnis einer solchen Zählung bildet keinerlei Grundlage für eine Verrechnung mit der Marktgemeinde Scheifling.

## § 7

### Wasserverbrauchsanlagen

- (1) Die Verbrauchsanlage des Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümers umfasst alle Rohrleitungen, Armaturen und Geräte nach der Absperrvorrichtung unmittelbar hinter dem Wasserzähler oder der Übergabestelle und alle sonstigen Einrichtungen, die der Wasserversorgung des Grundstückes dienen.
- (2) Für die fachgemäße Herstellung und Erhaltung der Verbrauchsanlage ab Absperrventil nach dem Wasserzähler oder Übergabestelle ist der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer verantwortlich, auch wenn er sie Dritten zur Benützung überlässt. Schäden an den Anlagen sind unverzüglich zu beheben. Die Verbrauchsanlage darf nur vom befugten Installateur unter Beachtung der ÖNORM B 2531 und der Vorschriften der Marktgemeinde Scheifling ausgeführt und erhalten werden. Soweit eine einschlägige Prüfmarke der ÖVGW für Rohrleitungen, Armaturen und Geräte zuerkannt ist, dürfen nur solche Erzeugnisse verwendet werden.
- (3) Vor Inangriffnahme der Installationsarbeiten sind der Marktgemeinde Scheifling mit der Anmeldung zum Wasserbezug bzw. mit dem Antrag auf Wasserbezug die von einem befugten Installateur verfasste technische Beschreibung und planliche Darstellung der Anlage samt Berechnung vorzulegen. Erst nach Vorliegen der Genehmigung der Marktgemeinde Scheifling kann mit der Installation begonnen werden. Nach Fertigstellung der Verbrauchsanlage ist eine Druckprobe nach Vorschreibung der Marktgemeinde Scheifling durchzuführen. Die Marktgemeinde Scheifling ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Ausführung zu überwachen und die Anlage vor Inbetriebnahme zu überprüfen. Änderungen an genehmigten Verbrauchsanlagen bedürfen der schriftlichen Zustimmung der Marktgemeinde Scheifling. Die Marktgemeinde Scheifling übernimmt durch den Anschluss der Verbrauchsanlage an das Versorgungsnetz sowie durch Vornahme oder Unterlassung der Überprüfung in keiner Hinsicht eine Haftung für Mängel oder Schäden.
- (4) Die Verbrauchsanlage darf erst in Betrieb genommen werden bzw. wird der Wasserzähler von der Marktgemeinde Scheifling erst dann eingebaut, wenn der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer der Marktgemeinde Scheifling eine auch vom Installateur mit unterzeichnete Fertigstellungsmeldung vorgelegt hat. Vom ausführenden konzessionierten Wasserleitungsinstallateur ist eine Druckprobe der Hausleitung von 12 bar auf die Dauer von wenigstens 20 Minuten durchzuführen, der dieser standhalten muss. Die diesbezügliche Bestätigung des Wasserleitungsinstallateurs ist der Marktgemeinde Scheifling vorzulegen.
- (5) Der Einbau von Wassernachbehandlungsanlagen, die geeignet sind, das Wasser in physikalischer, chemischer oder bakteriologischer Hinsicht zu verändern, bedarf unbeschadet anderer behördlicher Genehmigungen der Zustimmung der Marktgemeinde Scheifling. Sie müssen so eingerichtet sein, dass ein Rückströmen des Wassers in das Leitungsnetz sicher verhindert wird. (Dies kann durch Rohrtrenner oder freien Auslauf geschehen.)

Als Rohrtrenner dürfen nur solche Geräte verwendet werden, welche die Prüfmarke der ÖVGW tragen). Der Einbau von Wassernachbehandlungsanlagen (z. B. Phosphatanlagen) ist nur zulässig, wenn diese den Richtlinien der ÖVGW entsprechen.

- (6) Hydraulische Anlagen (Waschanlagen, Drucksteigerungsanlagen u. dgl.) dürfen nur mit Zustimmung der Marktgemeinde Scheifling an die Verbrauchsanlage angeschlossen werden. Sie müssen die von der Marktgemeinde Scheifling geforderten Sicherheitseinrichtungen (z. B. Rohrtrenner, freier Auslauf, Wassermangelsicherung) besitzen.
- (7) Geräte, deren ungestörter Betrieb von einem besonderen Wasserdruck, von einer besonderen Wasserqualität und von einer ununterbrochenen Wasserzufuhr abhängt, dürfen nur eingebaut werden, wenn sie mit einer automatischen Regelung versehen sind, die abschaltet, wenn die Voraussetzungen für den Betrieb dieser Geräte nicht mehr gegeben sind.
- (8) Brandbekämpfungseinrichtungen sind nach den Vorschriften der zuständigen Behörden im Einvernehmen mit der Marktgemeinde Scheifling und der Feuerwehr herzustellen (siehe ÖNORM B 2531 Teil 1, Abschnitt 5.6). Wird Löschwasser aus der Verbrauchsanlage entnommen, so hat dies aus hygienischen Gründen über einen Zwischenbehälter (siehe ÖNORM B 2531 Teil 1, Abschnitt 3.2) zu erfolgen oder es ist am Beginn der Löschwasserleitung ein ÖVGW-geprüfter Rohrtrenner einzubauen oder es sind am Ende der Löschwasserleitung Verbrauchseinrichtungen anzuschließen, die eine ständige, ausreichende Durchströmung der Löschwasserleitung gewährleisten. Diese Lösung ist jedoch nur dann zulässig, wenn der zu erwartende Wasserverbrauch durch die vorgenannten Verbrauchseinrichtungen im Messbereich des auf den Feuerlöschbedarf zu dimensionierenden Wasserzählers liegt.
- (9) Für das Füllen von Schwimmbecken ist die Zustimmung der Marktgemeinde Scheifling einzuholen, die den Wasserbezug auf bestimmte Tage oder bestimmte Tageszeiten einschränken oder mengenmäßig begrenzen kann. Bei Wasserknappheit kann ein solcher Wasserbezug ganz untersagt werden.
- (10) Bei Warmwasserbereitungsanlagen aller Art, ausgenommen drucklose Systeme, sind unmittelbar vor deren Anschluss an die Kaltwasserzuleitung eine Absperreinrichtung, eine Entleerungseinrichtung, ein Rückflussverhinderer oder Rohrtrenner und ein Sicherheitsventil einzubauen und laufend zu warten. Die Ablauffleitung des Sicherheitsventils muss so bemessen sein, dass bei voller Öffnung des Sicherheitsventils die ausströmende Wassermenge sicher abgeleitet wird. Rückflussverhinderer, Rohrtrenner und Sicherheitsventile müssen die Prüfmarke der ÖVGW besitzen.
- (11) Dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten der Marktgemeinde Scheifling ist das Betreten des Grundstückes und der Zutritt zu den Räumlichkeiten des Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümers zu gestatten, soweit dies für die Überprüfung der technischen Einrichtungen der Verbrauchsanlage oder der Einhaltung der Wasserleitungsordnung erforderlich ist.
- (12) Die Marktgemeinde Scheifling ist befugt, die Verbrauchsanlage jederzeit zu überprüfen. Mängel sind vom Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer innerhalb der von der Marktgemeinde Scheifling festgesetzten Frist beheben zu lassen.
- (13) Wird diese Frist nicht eingehalten, oder liegt nach Ansicht der Marktgemeinde Scheifling Gefahr im Verzug vor, so ist die Marktgemeinde Scheifling berechtigt, die Wasserlieferung einzuschränken oder einzustellen (siehe auch § 10).
- (14) Die vom Wasserzähler angezeigte Wassermenge gilt als verbraucht, auch wenn sie ungenützt bezogen wurde (z. B. Undichtheiten, Rohrgebrechen, offene Entnahmestellen).
- (15) Die Anlage des Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümers muss so beschaffen sein, dass Störungen anderer Abnehmer oder Störungen in den Versorgungseinrichtungen der Marktgemeinde Scheifling ausgeschlossen sind. Der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer haftet für alle Schäden.
- (16) Die an das Versorgungsnetz angeschlossenen Verbrauchsanlagen dürfen in keiner körperlichen und hydraulisch wirksamen Verbindung mit anderen Wasserversorgungsanlagen stehen, auch nicht bei Einbau von Absperrvorrichtungen (siehe ÖNORM B 2531 Teil 1).
- (17) Die Verwendung der Verbrauchsanlagen als Schutzzerder für elektrische Anlagen und Geräte ist unzulässig.

## **§ 8**

### **Technische Vorschriften**

- (1) Die Anlage ist in allen Teilen so herzustellen und instand zu halten, dass sie den Anforderungen der Sicherheit und Hygiene, der Beschaffenheit des Wassers und den örtlichen Boden- und Druckverhältnissen entspricht. Die Erfüllung dieser Voraussetzungen ist durch Nachweis der Anwendung der ÖNORMEN im Sinne des Normengesetzes zu erbringen.

- (2) Leitungsführung: Verbrauchsleitungen sind im Allgemeinen geradlinig und mit Steigung zu den Entnahmestellen anzuordnen. An Tiefpunkten sind Entleerungsvorrichtungen vorzusehen. Verteilungs- und Steigleitungen sind übersichtlich anzuordnen. Sie müssen einzeln absperrbar und entleerbar sein. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, dass jede Wohnung oder sonstige Einheit jeweils nur über eine Leitung versorgt wird, in die bei Bedarf ein eigener Wasserzähler eingebaut werden kann. Absperr-, Entleerungs- und Sicherheitseinrichtungen (Druckminderer, Sicherheitsventile, Rückflussverhinderer u. dgl.) sind so anzuordnen, dass sie zugänglich und leicht bedienbar sind. Leitungen sind nach Möglichkeit an frostfreien Wänden zu führen. In nicht frostfreien Räumen (offene Durchfahrten usw.) sind die Rohre entsprechend tief zu verlegen, falls für den Frostschutz nicht anderweitig gesorgt werden kann.
- (3) Druckminderung und Druckerhöhung: Grundsätzlich wird die Versorgung von Grundstücken unter Ausnutzung des vorhandenen Versorgungsdruckes vorgenommen. Sind jedoch Einrichtungen zur Druckminderung oder Druckerhöhung unvermeidlich, dann müssen sie auf Kosten der Liegenschaftsbesitzer nach der abnehmerseitigen Absperrung so eingebaut werden, dass sie den Betrieb der Wasserleitungsanlage nicht stören und die Versorgung anderer Abnehmer nicht beeinträchtigen.
- (4) Warmwasserversorgungsanlage: Der unmittelbare Anschluss von Warmwasserbereitungsanlagen (Boileranlagen etc.) ist nur dann gestattet, wenn in die versorgende Kaltwasserleitung nebst Durchlaufventil noch ein Rückschlag- und Sicherheitsventil (so genannte Speicheranschlussgarnitur) eingebaut wird. Bei Nichtvorhandensein dieser Sicherheitseinrichtung haftet der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer für etwaige Schäden am Wasserzähler durch Warmwassereinwirkung. Die Sicherheitseinrichtung ist periodisch auf ihre Funktionstüchtigkeit zu prüfen. Im Zweifelsfalle ist die Überprüfung von einem behördlich konzessionierten Unternehmen durchzuführen.
- (5) Rohre, Armaturen, Zubehörteile: Es dürfen nur solche Materialien Verwendung finden, die der jeweils gültigen ÖNORM entsprechen oder solche, für die Prüfzeugnisse von behördlich autorisierten Prüfanstalten über technische Eignung und gesundheitliche Unbedenklichkeit vorliegen.
- (6) Schutz des Wassers in den Versorgungseinrichtungen: Für Trinkwasserversorgungseinrichtungen dürfen keine Werkstoffe, Schutzanstriche oder Überzüge verwendet werden, die den Geruch oder Geschmack des Trinkwassers, das Wohlbefinden oder die Gesundheit des Menschen beeinträchtigen können. Sämtliche wasserführende Anlagen sind gegen Einfrieren zu schützen. Dieser Schutz hat sich besonders auf die Wasserzähleranlage sowie auf die im Gebäude befindlichen Teile der Anschlussleitung zu erstrecken. Auf Schutz gegen Erwärmung der Kaltwasserleitung, z. B. in Heizräumen, ist zu achten.

## § 9 Wasserbezug

- (1) Aus der Anschlussleitung darf Wasser nur zu dem in der Anmeldung angeführten Zwecke entnommen werden. Es ist untersagt, den nur für Haushalt angemeldeten Wasserbezug auch auf gewerbliche oder andere Zwecke auszudehnen. Die Weiterleitung von Wasser auf andere Grundstücke ist verboten.
- (2) Der Wasserbezug darf das zugelassene Ausmaß nicht überschreiten. Reicht diese Menge nicht mehr aus, so ist vom Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer der erhöhte Bedarf anzumelden. Die Marktgemeinde Scheifling entscheidet, ob eine Erhöhung der Lieferung mit den gegebenen Einrichtungen möglich ist, oder ob technische Änderungen (Verstärkung der Anschlussleitung) notwendig sind. Die Kosten gehen zu Lasten des Liegenschaftseigentümers oder Bauwerkseigentümers.
- (3) Änderungen in der Person des Liegenschaftseigentümers oder Bauwerkseigentümers sind der Marktgemeinde Scheifling binnen zwei Wochen schriftlich anzuzeigen. Der neue Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer tritt in sämtliche Rechte und Pflichten seines Vorgängers gegenüber der Marktgemeinde Scheifling ein und haftet neben diesem auch für Zahlungsrückstände.

## § 10 Einschränkung bzw. Unterbrechung der Wasserlieferung

- (1) Die Marktgemeinde Scheifling kann die Wasserlieferung einschränken oder unterbrechen, wenn

- a) wegen Wassermangel der Wasserbedarf für den menschlichen Genuss und Gebrauch sonst nicht befriedigt werden kann;
  - b) Schäden an den Wasserversorgungseinrichtungen auftreten, welche die erforderliche Wasserlieferung nicht zulassen;
  - c) Arbeiten an den Wasserversorgungsanlagen oder Arbeiten im Bereich dieser Anlagen vorgenommen werden müssen;
  - d) dies im Zuge einer Brandbekämpfung notwendig wird. Während einer Brandbekämpfung ist der Wasserbezug unbedingt auf ein Mindestmaß einzuschränken.
- (2) Darüber hinaus kann die Marktgemeinde Scheifling die Wasserlieferung auch einschränken oder unterbrechen, wenn
- a) die Verbrauchsanlagen nicht sachgemäß hergestellt oder erhalten oder Mängel in der vorgeschriebenen Frist nicht behoben wurden;
  - b) Wasser entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, entgegen dieser Wasserleitungsordnung oder über die genehmigte Menge hinaus entnommen wird;
  - c) der Liegenschaftseigentümer oder Bauwerkseigentümer seinen Zahlungen trotz schriftlicher Mahnung in der gesetzten Frist nicht nachkommt (eine gänzliche Unterbrechung ist nicht möglich bei lebensnotwendiger Trinkwasserversorgung).
- (3) Die Einschränkung oder Unterbrechung der Wasserlieferung nach (1) lit. a) bis c) ist von der Marktgemeinde Scheifling nach Möglichkeit zeitgerecht kundzumachen. Die Kundmachung erfolgt in der für die Verlautbarungen der Marktgemeinde Scheifling vorgesehenen Weise.
- (4) Für Schäden, die dem Abnehmer aus Unregelmäßigkeiten oder Unterbrechungen der Wasserlieferung entstehen, haftet die Marktgemeinde Scheifling nicht.
- (5) Die Einschränkung oder Unterbrechung der Wasserlieferung ist aufzuheben, wenn der Grund für diese Maßnahmen weggefallen ist.

## § 11

### Hydranten und öffentliche Auslaufbrunnen

- (1) Die an das öffentliche Versorgungsnetz angeschlossenen Hydranten dienen in erster Linie Feuerlöschzwecken. Die Feuerwehr darf nur geschulte Personen zur Bedienung der Hydranten einsetzen. Sie hat weiters für die im Rahmen von Übungen vorgesehene Wasserentnahme der Marktgemeinde Scheifling Entnahmestellen und Dauer der Entnahme zeitgerecht bekannt zu geben. In Brandfällen ist eine entsprechende Meldung an die Marktgemeinde Scheifling im Nachhinein vorzunehmen (siehe ÖVGW-Richtlinie W 78 „Wasserentnahme aus Hydranten“).
- (2) Bei sonstigen Entnahmen aus Hydranten für öffentliche Zwecke, z. B. Straßensprengungen, Kanalspülungen usw., wird von der Marktgemeinde Scheifling einvernehmlich mit der jeweiligen Dienststelle festgelegt, welche Hydranten benützt werden dürfen und wie die entnommene Wassermenge ermittelt und verrechnet wird. Für die Bedienung der Hydranten dürfen nur geschulte Personen eingesetzt werden (siehe ÖVGW-Richtlinie W 78 „Wasserentnahme aus Hydranten“).
- (3) Die Bewässerung von Grünanlagen aus Hydranten ist nicht zulässig. Bewässerungsanlagen für Grünanlagen sowie öffentliche Auslaufbrunnen und Springbrunnen sind über Wasserzähler anzuschließen.
- (4) Die Wasserabgabe für private Zwecke, z. B. Bauführungen, Veranstaltungen usw., erfolgt ausschließlich über Wasserzähler zu nachstehenden Bedingungen:
- a) Festlegung der Entnahmestelle und der Dauer der Entnahme durch die Marktgemeinde Scheifling
  - b) Die Entnahmeeinrichtung (z. B. Standrohr, Wasserzähler, Absperrventil) wird von der Marktgemeinde Scheifling gegen eine Benützungsgebühr zur Verfügung gestellt.
  - c) Der Einbau der Entnahmeeinrichtung, die Inbetriebsetzung und die Außerbetriebnahme erfolgt gegen Verrechnung ausschließlich durch Organe der Marktgemeinde Scheifling. Der Bewilligungsinhaber darf nur das Absperrventil der Entnahmeeinrichtung, nicht aber den Hydranten selbst betätigen.
  - d) Die Entnahmeeinrichtung und der Hydrant sind vom Bewilligungswerber gegen Frost zu schützen.
  - e) Für alle Schäden an der Entnahmeeinrichtung an Hydranten und an Dritten haftet der Bewilligungswerber. Schäden sind sofort der Marktgemeinde Scheifling zu melden.
  - f) Die Marktgemeinde Scheifling ist berechtigt, vor Beginn der Wasserabgabe eine Kautions für alle daraus entstehenden Forderungen zu verlangen.
  - g) Die Bewilligung zur Entnahme von Wasser aus Hydranten ist an der Entnahmestelle bereitzuhalten.

- (5) Grundstückseigene Hydranten und Feuerlöscheinrichtungen sind grundsätzlich mit Plomben zu versehen. Sie dürfen nur zu Feuerlöschzwecken verwendet werden. Die Eigentümer sind verpflichtet, jede Entfernung oder Beschädigung dieser Plomben sofort der Marktgemeinde Scheifling zu melden. Die Aufstellung der Hydranten ist mit der Feuerwehr abzusprechen, die Hydrantenleitung ist mindestens in DN 80 auszuführen.

## **§ 12** **Strafbestimmungen**

Zu widerhandlungen gegen diese Wasserleitungsordnung werden zur Anzeige gebracht und gemäß § 8 des Steiermärkischen Wasserleitungsgesetzes bestraft.

## **§ 13** **Schlussbestimmungen**

- (1) Diese Wasserleitungsordnung tritt mit 01.01.2016 in Kraft.  
(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Wasserleitungsordnung tritt die Wasserleitungsordnung vom 04.11.1982 außer Kraft.

## **§ 14** **Hinweise (Abgaben und Tarife)**

Die Abgaben und Tarife sind aus der Wassergebührenverordnung 2015 der Marktgemeinde Scheifling zu entnehmen.

wird angenommen.

**Beschlussergebnis:** einstimmig

### **d) Abfallabfuhrordnung**

Gemäß § 71 GemO haben Gemeinden öffentliche Einrichtungen, Anlagen, wirtschaftliche Unternehmungen und Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit, nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu führen.

Für die Benützung ihrer öffentlichen Einrichtungen und Anlagen sind Gemeinden ermächtigt, Gebühren zu erheben, die grundsätzlich kostendeckend festzusetzen sind. Diese Gebühren können bis zu einem Ausmaß beschlossen werden, bei dem der mutmaßliche Jahresertrag der Gebühren das doppelte Jahreserfordernis für die Erhaltung und den Betrieb der Einrichtung oder Anlage sowie für die Verzinsung und Tilgung der Errichtungskosten nicht übersteigt.

Derzeit gelten die Abfall-Abfuhrordnungen der ursprünglichen Gemeinden Scheifling vom 13.11.2014 und St. Lorenzen bei Scheifling vom 16.12.2014, für die neue Marktgemeinde Scheifling in Geltung gesetzt durch Überleitung des Regierungskommissärs vom 02.01.2015.

#### **Änderungen gegenüber der bisherigen Abfall-Abfuhrordnung**

- Keine Gebührenänderungen
- Abfuhrbereiche und Sammelstellen aus St. Lorenzen werden aufgenommen

Der von Bürgermeister Gottfried Reif gestellte Antrag, der Gemeinderat möge gemäß § 11 i. V. m. § 13 des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes 2004, LGBl. Nr. 65/2004 i.d.g.F., und auf Grund der Ermächtigung gemäß § 8 Abs. 5 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948, BGBl. Nr. 45/1948 i.d.g.F. in Verbindung mit § 15 Abs. 3 Z. 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl. I Nr. 103/2007 i.d.g.F., die nachstehende

### **Abfallabfuhrordnung 2015**

beschließen:

## **§ 1 Allgemeine Bestimmungen**

- (1) Die Marktgemeinde Scheifling erfüllt die von ihr zu besorgenden Aufgaben der Abfallwirtschaft nach den Grundsätzen des Vorsorgeprinzips sowie der Nachhaltigkeit. Dazu zählen insbesondere nachvollziehbare Maßnahmen zur Abfallvermeidung, Maßnahmen für die Sicherstellung einer nachhaltigen Abfall- und Umweltberatung sowie Maßnahmen und Projekte zur Förderung einer nachhaltigen Abfall- und Stoffflusswirtschaft. Für die Beschaffung von Arbeitsmaterial und Gebrauchsgütern sowie Maßnahmen der Wirtschaftsförderung durch die Gemeinde gelten die Grundsätze gemäß § 2 StAWG 2004.
- (2) Für die Sammlung und Abfuhr der im Gemeindegebiet Scheifling anfallenden Siedlungsabfälle gemäß § 4 Abs. 4 StAWG 2004 im Sinne einer nachhaltigen Abfall- und Stoffflusswirtschaft hat die Marktgemeinde Scheifling eine Abfallabfuhr eingerichtet.
- (3) Die Abfallabfuhr umfasst die Sammlung und Abfuhr der getrennt zu sammelnden verwertbaren Siedlungsabfälle (Altstoffe), der getrennt zu sammelnden biogenen Siedlungsabfälle (Bioabfälle), der sperrigen Siedlungsabfälle (Sperrmüll), des Straßenkehrichts sowie der gemischten Siedlungsabfälle (Restmüll), die auf den im Abfuhrbereich gelegenen Liegenschaften anfallen.
- (4) Zur Besorgung der öffentlichen Abfuhr bedient sich die Marktgemeinde Scheifling im Interesse der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit anderer öffentlicher Einrichtungen, und zwar dem Abfallwirtschaftsverband Murau, und hiezu berechtigter privater Entsorger.

## **§ 2 Begriffsbestimmungen**

- (1) Abfälle sind bewegliche Sachen,
  1. deren sich der Abfallbesitzer / die Abfallbesitzerin entledigen will oder entledigt hat oder
  2. deren Sammlung, Lagerung, Beförderung und Behandlung als Abfall erforderlich ist, um die öffentlichen Interessen gemäß § 1 Abs. 3 StAWG 2004 nicht zu beeinträchtigen.
- (2) Als Abfälle gelten Sachen, deren ordnungsgemäße Sammlung, Lagerung, Beförderung und Behandlung als Abfall im öffentlichen Interesse erforderlich ist, auch dann, wenn sie eine die Umwelt beeinträchtigende Verbindung mit dem Boden eingegangen sind. Die Sammlung, Lagerung, Beförderung und Behandlung als Abfall im öffentlichen Interesse kann auch dann erforderlich sein, wenn für eine bewegliche Sache ein Entgelt erzielt werden kann.
- (3) Als Siedlungsabfallarten im Sinne des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes 2004 gelten:
  1. getrennt zu sammelnde verwertbare Siedlungsabfälle (Altstoffe wie z. B. Textilien, Papier, Metalle, Glas – ausgenommen Verpackungsabfälle),
  2. getrennt zu sammelnde biogene Siedlungsabfälle (kompostierbare Siedlungsabfälle wie z. B. Küchen-, Garten-, Markt- oder Friedhofsabfälle),
  3. sperrige Siedlungsabfälle (Sperrmüll, der wegen seiner Beschaffenheit weder in bereitgestellten Behältnissen noch durch die Systemabfuhr übernommen werden kann),
  4. Siedlungsabfälle, die auf öffentlichen Straßen, Plätzen und Parkanlagen anfallen (Straßenkehricht, der auf Grund seiner Beschaffenheit der Restmüllbehandlung zuzuführen ist) sowie
  5. gemischte Siedlungsabfälle (Restmüll, das ist jener Teil der nicht gefährlichen Siedlungsabfälle, der nicht den Ziffern 1 bis 4 zuzuordnen ist).

## **§ 3 Abfuhrbereich**

- (1) Der Abfuhrbereich umfasst das in der Anlage zu dieser Verordnung gelb markierte Gebiet der Marktgemeinde Scheifling.
- (2) Für die nicht im Abfuhrbereich gelegenen Liegenschaften legt die Marktgemeinde Scheifling folgende öffentliche Sammelstellen fest, an welche die Siedlungsabfälle von den Liegenschaftseigentümern / Liegenschaftseigentümerinnen abzuliefern sind:
  1. Kreuzung Lindberg – Zufahrt vlg. „Hochedenbauer“
  2. Kreuzung Lindberg – Zufahrt vlg. „Schaffer“
  3. Kreuzung Lindberg – Zufahrt vlg. „Aigmann“
  4. Kreuzung Lindberg – Zufahrt vlg. „Roaner“
  5. Kreuzung Lindberg – Zufahrt vlg. „Edenbauer“

6. Kreuzung Lindberg – Zufahrt vlg. „Öffentler“
7. Kreuzung Lindberg – Zufahrt vlg. „Pirker“
8. Bereich Liegenschaft Schwarzkogelweg Nr. 9
9. Kreuzung Weites Moos – Sonnenweg
10. Kreuzung Panoramastraße – Haselwaldweg
11. Mühl Schlagbrücke (Feßnach)
12. Kreuzung Almbauernweg – Obere Feßnachstraße
13. Kreuzung Friedmannweg – B317
14. Puchfeldsiedlung (Wohnhaus Puchfeld 20)
15. Kreuzung „Hebermüller“ (B317, Straßenkilometer 4,6)
16. Unterführung Puchfeldsiedlung (B317, Straßenkilometer 3,7)

#### **§ 4**

#### **Anschlusspflicht**

- (1) Die Liegenschaftseigentümer / Liegenschaftseigentümerinnen der im Abfuhrbereich gelegenen Grundstücke sind berechtigt und verpflichtet, diese an die öffentliche Abfuhr anzuschließen und die auf ihren Grundstücken anfallenden Siedlungsabfälle durch die öffentliche Abfuhr sammeln und abführen zu lassen.
- (2) Die Anschlusspflicht entsteht für die innerhalb des Abfuhrbereiches gelegenen Grundstücke mit der Bereitstellung der Abfallsammelbehälter. Die Marktgemeinde Scheifling hat die Anschlusspflichtigen von der Beistellung der Abfallsammelbehälter nachweislich zu verständigen. Auf Antrag des Liegenschaftseigentümers / der Liegenschaftseigentümerin hat die Marktgemeinde Scheifling über die Anschlusspflicht mit Bescheid abzusprechen. In diesem Bescheid hat die Marktgemeinde Scheifling auch die Art, Größe und Anzahl der Abfallsammelbehälter sowie die Abfuhrintervalle festzulegen. Der Antrag ist vom Liegenschaftseigentümer / von der Liegenschaftseigentümerin binnen eines Monats ab Zustellung der Verständigung über die Beistellung der Abfallsammelbehälter einzubringen.
- (3) Die Liegenschaftseigentümer / Liegenschaftseigentümerinnen der außerhalb des Abfuhrbereiches gelegenen Grundstücke sind berechtigt und verpflichtet, den auf ihren Grundstücken anfallenden Siedlungsabfall an den im § 3 Abs. 2 festgelegten Sammelstellen abzugeben.
- (4) Die Anschlusspflicht entsteht für die außerhalb des Abfuhrbereiches gelegenen Grundstücke mit Inkrafttreten dieser Verordnung.
- (5) Eine bloß zeitweilige Benützung des Grundstückes (z. B. Zweitwohnung, Ferienhaus, Wochenendhaus oder Kleingartenanlage) begründet keine Ausnahme von der Anschlusspflicht.
- (6) Die Andienungspflichtigen, welche nicht private Haushalte sind, können unter Vorlage eines betrieblichen Abfallwirtschaftskonzeptes gemäß § 10 AWG 2002 von der Andienungspflicht entbunden werden, wenn von der Marktgemeinde Scheifling die besonderen Anforderungen hinsichtlich der Sammellogistik oder vom Abfallwirtschaftsverband die besonderen Anforderungen an die Abfallbehandlung nicht erfüllt werden können. Über einen diesbezüglichen Antrag hat die Marktgemeinde Scheifling mit Bescheid abzusprechen. Dem Abfallwirtschaftsverband Murau kommt in diesem Verfahren Parteistellung zu. Sollten sich nach Bescheiderlassung die Voraussetzungen für die Entbindung der Andienungspflicht ändern, hat die Marktgemeinde Scheifling von Amts wegen ein Bescheidverfahren einzuleiten. Änderungen des Abfallwirtschaftskonzeptes sind der Marktgemeinde Scheifling unaufgefordert zu übermitteln.

#### **§ 5**

#### **Sammlung und Abfuhr**

- (1) Verwertbare Siedlungsabfälle (Altstoffe) sind vom Besitzer / von der Besitzerin zu trennen und in die entsprechend gekennzeichneten Sammelbehälter bzw. bei den Sammelstellen gemäß § 7 einzubringen. Dabei ist im Hinblick auf die Wiederverwertung darauf zu achten, dass keine Verschmutzung und keine Vermischung der Altstoffe erfolgt.
- (2) Biogene Siedlungsabfälle (Bioabfälle) sind nach Möglichkeit am eigenen Grundstück selbst zu kompostieren (Einzel- und/oder Gemeinschaftskompostierung). Biogene Siedlungsabfälle, die nicht auf dem eigenen Grundstück kompostiert werden, sind zu trennen und in die dafür vorgesehenen Behälter (Biotonne) einzubringen. Die Marktgemeinde Scheifling hat die dafür notwendigen Behälter im erforderlichen Ausmaß bereitzustellen.
- (3) Gemischte Siedlungsabfälle (Restmüll) werden in den jeder Liegenschaft zur Verfügung stehenden Abfallsammelbehältern und / oder Abfallsammelsäcken gesammelt.

- (4) Sperrige Siedlungsabfälle (Sperrmüll) sind vom jeweiligen Besitzer / von der jeweiligen Besitzerin an den von der Marktgemeinde Scheifling festzusetzenden Zeiten und Orten der Marktgemeinde Scheifling abzugeben.
- (5) Problemstoffe gemäß § 2 Abs. 4 Z.4 AWG 2002, BGBl. I Nr. 102/2002 i. d. F. BGBl. I Nr. 181/2004, dürfen nicht in die Abfallsammelbehälter für nicht gefährliche Siedlungsabfälle eingebracht werden. Die Gemeinde hat gemäß § 28 AWG 2002 bei Bedarf, mindestens jedoch zweimal jährlich, eine getrennte Sammlung (Abgabemöglichkeit) von Problemstoffen durchzuführen. Problemstoffe sind vom jeweiligen Besitzer / von der jeweiligen Besitzerin an den von der Marktgemeinde Scheifling festzusetzenden Zeiten im Altstoffsammelzentrum beim Bauhof (Kläranlage) der Marktgemeinde Scheifling abzugeben.

## § 6

### **Abfallsammelbehälter für gemischte und biogene Siedlungsabfälle (Restmüll und Bioabfälle)**

- (1) Die Sammlung von Siedlungsabfällen erfolgt in geeigneten und je nach zu sammelnder Abfallart unterscheidbaren Abfallsammelbehältern oder Abfallsammelsäcken.
- (2) Die Sammlung der gemischten Siedlungsabfälle (Restmüll) erfolgt in geeigneten Behältern mit einem Inhalt von 120, 240, 360, 770 oder 1100 Litern bzw. Abfallsammelsäcken mit 60 Litern.
- (3) Für jede Liegenschaft ist mindestens ein 120 Liter-Behälter oder die beigestellte Anzahl von Abfallsammelsäcken für die Sammlung und Abfuhr der gemischten Siedlungsabfälle zu verwenden. Das Abfuhrvolumen darf 240 Liter pro Person und Jahr nicht unterschreiten und wird wie folgt festgesetzt:

1. Für Liegenschaften mit Wohnnutzung die Anzahl der Personen nach den melderechtlichen Bestimmungen, wobei deren Summe der Einwohner / Einwohnerinnen mit Hauptwohnsitz oder Nebenwohnsitz entspricht. Eine bloße Anmeldung als Nebenwohnsitz begründet keine Ausnahme oder Verringerung des Abfuhrvolumens.

[Wohnung]	[Abfuhrvolumen]	
bis 1 Person	360	Liter
2 Personen	600	Liter
3 Personen	840	Liter
4 Personen	1.080	Liter
ab 5 Personen	1.320	Liter

2. Für die im Entsorgungsbereich gelegenen Ferienhäuser, Wochenendhäuser, Zweitwohnungen und dergleichen, in denen keine Personen gemeldet sind und somit keine Zurechnung nach Ziffer 1 erfolgen kann, das Abfuhrvolumen für eine Person:

[Nutzungseinheiten]	[Abfuhrvolumen]	
je Ferienhaus	360	Liter
je Wochenendhaus	360	Liter
je Zweitwohnung	360	Liter
je Sonstige	360	Liter

3. Für Betriebe, Anstalten und sonstige Einrichtungen nach Beschäftigten (beschäftigungsäquivalente Berechnung)

[Vollbeschäftigte]	[Abfuhrvolumen]	
bis 10	360	Liter
11 bis 20	600	Liter
21 bis 30	840	Liter
31 bis 40	1.080	Liter
41 bis 50	1.320	Liter
ab 50	1.560	Liter

- (4) Bei Liegenschaften mit mehreren Gebäuden bzw. bei Liegenschaften mit einem Gebäude, in dem mehrere Haushalte bewohnt werden, kann ein gemeinsamer Abfallsammelbehälter oder die beigestellte Anzahl von Abfallsammelsäcken verwendet werden. Das Behältervolumen darf 240 Liter pro Person und Jahr nicht unterschreiten.

Befinden sich Betriebsgebäude (z. B. Geschäfte, Büros, Fabriken, sonstige Einrichtungen und Anlagen) auf einer Liegenschaft bzw. Betriebsgebäude und Wohngebäude auf ein- und derselben Liegenschaft, so kann die Marktgemeinde Scheifling diesen, nach Maßgabe der Größe und Art, eigene Abfallsammelbehälter oder eine entsprechende Anzahl von Abfallsammelsäcken beistellen. Dies gilt gleichermaßen für stationäre oder mobile Verkaufsstände sowie Baustellenhütten auf öffentlichem Gut oder privaten Liegenschaften.

- (5) Bei Liegenschaften, für die eine Abfuhr von biogenen Siedlungsabfällen durch die Gemeinde beantragt wurde, erfolgt die Sammlung und Abfuhr der biogenen Siedlungsabfälle in besonders gekennzeichneten Behältern („braune Tonne“) mit einem Inhalt von 120 bzw. 240 Litern.
- (6) Die Abfallsammelbehälter sind für die Nutzungsberechtigten an leicht zugänglicher Stelle aufzustellen. Die Liegenschaftseigentümer / Liegenschaftseigentümerinnen haben dafür zu sorgen, dass bei der Benützung der Abfallsammelbehälter keine unzumutbare Belästigung durch Staub, Geruch und Lärm erfolgt. Die Aufstellplätze der Sammelbehälter sind von den Liegenschaftseigentümer / Liegenschaftseigentümerinnen zu reinigen und von Schnee und Eis freizuhalten. Für die Abholung sind die Abfallsammelbehälter rechtzeitig an leicht zugänglicher Stelle bereit zu stellen. Die Marktgemeinde Scheifling kann mit Bescheid den Ort der Aufstellung und den Ort der Abholung festlegen. Dies gilt insbesondere für die Abholung der Abfallsammelsäcke.
- (7) Die Liegenschaftseigentümer / Liegenschaftseigentümerinnen haben dafür zu sorgen, dass nach Entleerung der Abfallsammelbehälter durch die Abfallabfuhr diese umgehend wieder an den Aufstellungsort zurück gebracht werden.
- (8) In die Abfallsammelbehälter darf nur der auf der zugehörigen Liegenschaft anfallende Siedlungsabfall eingebracht werden. Die Liegenschaftseigentümer / Liegenschaftseigentümerinnen haben dafür zu sorgen, dass die Abfallsammelbehälter oder die Abfallsammelsäcke nur soweit befüllt werden, als der Deckel geschlossen oder die Abfallsammelsäcke ordnungsgemäß verschlossen werden können. In die Abfallsammelbehälter oder Abfallsammelsäcke dürfen nur jene Abfälle eingebracht werden, für deren Aufnahme sie bestimmt sind.
- (9) Über begründeten Antrag des Liegenschaftseigentümers / der Liegenschaftseigentümerin kann das Behältervolumen und / oder die Häufigkeit der regelmäßigen Abfuhr, der Menge des tatsächlich anfallenden Siedlungsabfalls in Entsprechung zu den Vorgaben dieser Abfuhrordnung durch die Marktgemeinde Scheifling angepasst werden. Die Marktgemeinde Scheifling hat über solche Anträge mit Bescheid abzusprechen.
- (10) Sollten sich nach Bescheiderlassung gemäß Abs. 9 wesentliche Änderungen ergeben, hat die Marktgemeinde Scheifling von Amts wegen ein Bescheidverfahren einzuleiten.

## **§ 7 Sammelstellen**

- (1) Für die getrennte Sammlung und Abfuhr von verwertbaren Siedlungsabfällen (Altstoffe wie z.B. Textilien, Altpapier, Glas sowie Metalle – ausgenommen Verpackungsabfälle) werden in der Marktgemeinde Scheifling Sammelstellen eingerichtet. Die Aufstellung der Abfallsammelbehälter erfolgt durch die Marktgemeinde Scheifling (bzw. deren Beauftragten) und ist im Einvernehmen mit dem Liegenschaftseigentümer / der Liegenschaftseigentümerin durchzuführen.
- (2) In die auf den Sammelstellen bereitgestellten Abfallsammelbehälter dürfen nur die im Abfuhrbereich anfallenden verwertbaren Siedlungsabfälle (Altstoffe) eingebracht werden. Hierbei ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass der Aufstellungsort nicht verunreinigt wird.
- (3) In die Abfallsammelbehälter dürfen nur solche verwertbare Siedlungsabfälle eingebracht werden, wie sie der Beschriftung bzw. der Leitfarbe des jeweiligen Abfallsammelbehälters entsprechen.
- (4) Für die Marktgemeinde Scheifling werden folgende Standorte für die Einrichtung der Sammelstellen festgelegt:
  1. Bauhof (Kläranlage der Marktgemeinde Scheifling)
  2. Volksschule Scheifling (Zufahrt öffentlicher Kinderspielplatz)
  3. Kreuzung Römerstraße – Lindbergstraße
  4. Kreuzung Bahnhofstraße – Neumarkter Straße
  5. Kreuzung Oberdorferstraße – Urtlbachweg
  6. Königheimerstraße (Wohnhaus Königheimer Straße 11)
  7. Kreuzung Ziegelstadlstraße – Untere Feßnachstraße
  8. Springer-Parkplatz
  9. Puchfeldsiedlung (Wohnhaus Puchfeldsiedlung 20)

## **§ 8**

### **Durchführung der Abfallabfuhr**

- (1) Die Abfuhrtermine werden im Vorhinein in Form eines Abfuhrkalenders festgelegt und den Anschlusspflichtigen zur Kenntnis gebracht.
- (2) Die Abfuhr der gemischten Siedlungsabfälle (Restmüll) sowie der getrennt zu sammelnden biogenen Siedlungsabfälle (Bioabfälle) erfolgt im gesamten Abfuhrbereich durch die Abfallabfuhr.
- (3) Die Abfuhr der gemischten Siedlungsabfälle wird alle 4 Wochen durchgeführt. Die Abfuhrfrequenz wird dem Abfuhrvolumen angepasst (§ 6 Abs. 3 der Abfuhrordnung) und kann auf begründeten Antrag (§ 6 Abs. 9 der Abfuhrordnung i. V. m. § 9 Abs. 3 StAWG 2004) reduziert werden.
- (4) Die Abfuhr der getrennt zu sammelnden biogenen Siedlungsabfälle (Bioabfälle) wird in den Monaten Juni bis Oktober wöchentlich und in den Monaten November bis Mai alle 2 Wochen durchgeführt. Auf begründeten Antrag (§ 6 Abs. 9 Abfuhrordnung i. V. m. § 9 Abs. 3 StAWG 2004) kann die Abfuhrfrequenz reduziert werden.
- (5) Die Übernahme der getrennt zu sammelnden verwertbaren Siedlungsabfälle (Altstoffe) erfolgt im Altstoffsammelzentrum beim Bauhof (Kläranlage) der Marktgemeinde Scheifling wöchentlich am Freitag jeweils in der Zeit zwischen 7.00 und 10.00 Uhr.
- (6) Die Übernahme von sperrigen Siedlungsabfällen (Sperrmüll) erfolgt im Altstoffsammelzentrum beim Bauhof (Kläranlage) der Marktgemeinde Scheifling in den Monaten Februar, Mai, Juli, September und November jeweils am letzten Donnerstag in der Zeit zwischen 7.00 Uhr und 17.00 Uhr.
- (7) Eine allfällige Änderung der Abfuhr- sowie Übernahmetermine und -zeiten für Abfälle wird den Anschlusspflichtigen rechtzeitig zur Kenntnis gebracht.

## **§ 9**

### **Straßenkehrrecht**

Die Marktgemeinde Scheifling hat für die ordnungsgemäße Sammlung und Abfuhr von Siedlungsabfällen gemäß § 4 Abs. 4 Z. 4 StAWG 2004 (Straßenkehrrecht) zu sorgen.

## **§ 10**

### **Behandlungsanlagen**

In Übereinstimmung mit dem regionalen Abfallwirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsverbandes Murau vom 16.03.2007 wird für die Verwertung und Beseitigung der Siedlungsabfälle gemäß § 2 Abs. 3 folgende Abfallbehandlungsanlage in Anspruch genommen: „Müllhygienisierungsanlage Frojach-Katsch“.

## **§ 11**

### **Eigentumsübergang**

- (1) Mit dem Verladen auf ein Fahrzeug der öffentlichen Abfuhr geht das Eigentum am Abfall auf den Abfallwirtschaftsverband Murau über.
- (2) Abfall, der einer genehmigten Behandlungsanlage zugeführt wird, geht mit der Übergabe an diese in das Eigentum des Betreibers / der Betreiberin über.
- (3) Der Eigentumsübergang nach den Absätzen 1 und 2 erstreckt sich nicht auf Wertgegenstände.
- (4) Bei Eigentumsübergang nach Abs. 1 und 2 haftet der bisherige Eigentümer / die bisherige Eigentümerin bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit für Schäden, die dessen / deren eingebrachter Abfall verursacht.

## **§ 12**

### **Duldungsverpflichtungen**

- (1) Den Organen und Beauftragten der Marktgemeinde Scheifling und des Abfallwirtschaftsverbandes Murau ist zur Überwachung der Einhaltung dieser Verordnung und den hiezu erlassenen Bescheiden ungehinderter Zutritt zu allen Liegenschaftsteilen, auf denen Siedlungsabfall gemäß § 2 Abs. 3, gelagert oder behandelt wird, samt den dazu gehörigen Gebäuden und Anlagen einschließlich der Einsichtnahme der Unterlagen zu gewähren und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die dabei bekannt gewordenen persönlichen, betrieblichen oder geschäftlichen Verhältnisse unterliegen der Amtsverschwiegenheit (Art. 20 B-VG).
- (2) Die Liegenschaftseigentümer / Liegenschaftseigentümerinnen oder die sonst an Liegenschaften dinglich oder obligatorisch Berechtigten haben zu dulden, dass im Zuge von Erhebungen Grundstücke im erforderlichen Ausmaß durch Organe oder Beauftragte der Marktgemeinde Scheifling und des Abfallwirtschaftsverbandes betreten und die notwendigen Überprüfungen vorgenommen werden. Verursachte Schäden sind zu ersetzen.

### § 13 Grundzüge der Gebührengestaltung

- (1) Für die Benützung der Einrichtungen und Anlagen der Abfallabfuhr und –behandlung hebt die Marktgemeinde Scheifling an den Zielen und Grundsätzen des § 1 StAWG 2004 orientierte Gebühren ein.
- (2) Die Verpflichtung zur Entrichtung der Benützungsgebühren entsteht mit dem Zeitpunkt, an dem die Abfallsammelbehälter beigestellt werden.
- (3) Zur Entrichtung der Benützungsgebühren sind die anschlusspflichtigen Liegenschaftseigentümer / Liegenschaftseigentümerinnen verpflichtet. Miteigentümer / Miteigentümerinnen schulden die Gebühr zur ungeteilten Hand. Die für die Liegenschaftseigentümer / Liegenschaftseigentümerinnen geltenden Bestimmungen finden sinngemäß auch auf Personen Anwendung, die zur Nutzung des Grundstückes berechtigt sind oder es verwalten. Bei Bauwerken auf fremdem Grund gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes auch für die Bauwerkseigentümer / Bauwerkseigentümerinnen.

### § 14 Gebühren und Kostenersätze

- (1) Die Benützungsgebühr setzt sich zusammen aus einer verbrauchsunabhängigen Grundgebühr und einer variablen Gebühr.
- (2) Für zusätzliche Leistungen bei der Abholung des Siedlungsabfalls kann ein gesonderter Kostenersatz verrechnet werden.

### § 15 Grundgebühr

- (1) In die verbrauchsunabhängige Grundgebühr werden insbesondere die für den Betrieb, die Erhaltung und die Verwaltung der maßgeblichen Einrichtungen und Anlagen entstandenen Kosten hineingerechnet.
- (2) Als Grundlage der Berechnung dient die Anzahl der Personen, die auf einer Liegenschaft gemäß den melderechtlichen Bestimmungen gemeldet sind. Die Zurechnung der Personenzahl bei Wohnungen erfolgt nach Einwohnergleichwerten (EGW), wobei folgende Ansätze einem EGW bzw. anteiligem EGW (2 Nachkommastellen) entsprechen:

[Wohnung]	[Einwohnergleichwerte]	
bis 1 Person	1,00	EGW
2 Personen	1,16	EGW
3 Personen	1,33	EGW
4 Personen	1,50	EGW
ab 5 Personen	1,66	EGW

Die Grundgebühr pro EGW und Jahr beträgt € 60,00.

- (3) Die Zurechnung der Personenanzahl einer Liegenschaft mit Wohnnutzung erfolgt nach den melderechtlichen Bestimmungen und entspricht der Summe der Einwohner/Einwohnerinnen mit Hauptwohnsitz oder Nebenwohnsitz. Eine bloße Anmeldung als Nebenwohnsitz begründet keine Ausnahme oder Verringerung der Grundgebühr.

- (4) Für die im Entsorgungsbereich gelegenen Ferienhäuser, Wochenendhäuser, Zweitwohnungen und dergleichen, in denen keine Personen gemeldet sind und somit keine Zurechnung nach Abs. 3 erfolgen kann, wird die Pauschalgebühr für eine Person bzw. ein EGW zur Verrechnung gebracht:

[Nutzungseinheiten]	[Einwohnergleichwerte]	
je Ferienhaus	1,00	EGW
je Wochenendhaus	1,00	EGW
je Zweitwohnung	1,00	EGW
je Sonstige	1,00	EGW

Die Pauschalgebühr pro EGW und Jahr beträgt € 60,00.

- (5) Die Zurechnung der Personenzahl bei Gebäuden bzw. Nutzungseinheiten von Betrieben erfolgt nach Einwohnergleichwerten (EGW), wobei folgende Ansätze einem EGW bzw. anteiligem EGW (2 Nachkommastellen) entsprechen (beschäftigungsäquivalente Berechnung):

[Vollbeschäftigte]	[Einwohnergleichwerte]	
bis 10	1,00	EGW
11 bis 20	1,06	EGW
21 bis 30	1,12	EGW
31 bis 40	1,18	EGW
41 bis 50	1,25	EGW
ab 50	1,31	EGW

Die Grundgebühr pro EGW und Jahr beträgt € 80,00.

- (6) Stichtag für die Ermittlung der Personenanzahl bzw. EGW-Anzahl ist der Erste jenes Quartals, das dem Quartal folgt, in dem die Person melderechtlich oder arbeitsrechtlich angemeldet wird bzw. der Letzte jenes Quartals, in dem die Person melderechtlich oder arbeitsrechtlich abgemeldet wird bzw. in dem die räumlichen Voraussetzungen in Benützung gehen. Der Gebührenanspruch je Person bzw. EGW endet mit dem Letzten jenes Quartals, in dem die Person melderechtlich oder arbeitsrechtlich abgemeldet wird bzw. in dem die räumlichen Voraussetzungen wegfallen.

## § 16 Variable Gebühr

- (1) Die Berechnung der variablen Gebühr erfolgt auf Basis des beigestellten Behältervolumens und der Anzahl der Entleerungen. Als Berechnungsgrundlage werden die Kosten herangezogen, welche durch die tatsächliche Inanspruchnahme der Entsorgungseinrichtung anfallen. Diese betragen pro Entleerung:

1. Für getrennt zu sammelnde biogene Siedlungsabfälle (kompostierbare Siedlungsabfälle wie z. B. Küchen-, Garten-, Markt- oder Friedhofsabfälle):

[Sammelart]			[je Entleerung]
120	Liter	Kunststoffgefäß	€ 10,00
240	Liter	Kunststoffgefäß	€ 20,00
60	Liter	Abfallsammelsack	€ 5,00

2. Für gemischte Siedlungsabfälle (Restmüll, das ist jener Teil der nicht gefährlichen Siedlungsabfälle, der nicht den vorigen Kategorien zuzurechnen ist), bis zum Abfuhrvolumen gemäß § 6 Abs. 3 Abfuhrordnung:

[Sammelart]			[je Entleerung]
120	Liter	Kunststoffgefäß	€ 2,40
240	Liter	Kunststoffgefäß	€ 4,80
360	Liter	Kunststoffgefäß	€ 7,20
770	Liter	Abfallcontainer	€ 15,40
1100	Liter	Abfallcontainer	€ 22,00
60	Liter	Abfallsammelsack	€ 1,20

Für zusätzliche Entleerungen bei Überschreitung des Abfuhrvolumens (§ 6 Abs. 3 Abfuhrordnung):

[Sammelart]			[je Entleerung]
120	Liter	Kunststoffgefäß	€ 6,00
240	Liter	Kunststoffgefäß	€ 12,00
360	Liter	Kunststoffgefäß	€ 18,00
770	Liter	Abfallcontainer	€ 38,50
1100	Liter	Abfallcontainer	€ 55,00
60	Liter	Abfallsammelsack	€ 3,00

Zusätzliche Entleerungen werden mittels Jahresabrechnung am 15. Februar des Folgejahres fällig.

- (2) Bei Erhöhung oder Reduzierung des bereitgestellten Behältervolumens wird die variable Gebühr angepasst, wobei die Änderung im nächsten Quartal wirksam wird.
- (3) Der Stichtag für die Ermittlung des Behältervolumens ist der Erste jenes Quartals, das dem Quartal folgt, in dem der Abfallsammelbehälter bereitgestellt wird bzw. endet mit dem Letzten jenes Quartals, in dem die Anschlussverpflichtung nicht mehr gegeben ist.

## **§ 17**

### **Kostenersätze für zusätzliche Leistungen**

Für zusätzliche Leistungen bei der Abholung des Siedlungsabfalls (wie z. B. das Abholen von sperrigen Siedlungsabfällen, Häckseldienst oder Christbaumabholaktionen) wird ein gesonderter Kostenersatz verrechnet. Die Höhe der einzelnen Kostenersätze für alle von der Marktgemeinde Scheifling zusätzlich angebotenen Leistungen wird auf ortsübliche Weise bekannt gemacht.

## **§ 18**

### **Mehrwertsteuer**

Allen vorgenannten Beiträgen und Gebühren ist die gesetzliche Umsatzsteuer hinzuzurechnen.

## **§ 19**

### **Vorschreibung und Stichtag**

Die in dieser Verordnung angeführten Gebühren werden vierteljährlich am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Stichtag für die Berechnung der jeweiligen Vorschreibung ist der 1. eines Kalendervierteljahres.

## **§ 20**

### **Veränderungsanzeige**

Treten in Bezug auf § 15 nach Zustellung des Abgabenbescheides derartige Veränderungen ein, dass die demselben zugrunde gelegenen Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, so hat der Abgabepflichtige diese Veränderungen binnen 4 Wochen nach ihrem Eintritt oder Bekannt werden der Marktgemeinde Scheifling schriftlich anzuzeigen.

## **§ 21**

### **Strafbestimmungen**

Die Strafbestimmungen richten sich nach § 18 des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes 2004.

## **§ 22**

### **Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

- (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2016 in Kraft.

- (2) Gleichzeitig treten die Abfallabfuhrordnungen der ursprünglichen Gemeinden Scheifling vom 13.11.2014 und St. Lorenzen bei Scheifling vom 16.12.2014, für die neue Marktgemeinde Scheifling in Geltung gesetzt durch Überleitung des Regierungskommissärs vom 02.01.2015, außer Kraft.

wird angenommen.

**Beschlussergebnis:** einstimmig

**e) Friedhofsgebührenordnung**

Gemäß § 71 GemO haben Gemeinden öffentliche Einrichtungen, Anlagen, wirtschaftliche Unternehmungen und Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit, nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu führen.

Für die Benützung ihrer öffentlichen Einrichtungen und Anlagen sind Gemeinden ermächtigt, Gebühren zu erheben, die grundsätzlich kostendeckend festzusetzen sind. Diese Gebühren können bis zu einem Ausmaß beschlossen werden, bei dem der mutmaßliche Jahresertrag der Gebühren das doppelte Jahreserfordernis für die Erhaltung und den Betrieb der Einrichtung oder Anlage sowie für die Verzinsung und Tilgung der Errichtungskosten nicht übersteigt.

Derzeit gilt für den Friedhof im Ortsteil Scheifling die Friedhofsgebührenordnung der ursprünglichen Gemeinde Scheifling vom 13.11.1986, für die neue Marktgemeinde Scheifling in Geltung gesetzt durch Überleitung des Regierungskommissärs vom 02.01.2015 (die Friedhofsgebührenordnung für den Friedhof im Ortsteil St. Lorenzen wird in einer gesonderten Sitzung behandelt).

**Änderungen gegenüber der bisherigen Friedhofsgebührenordnung**

- Für Urnengräber gibt es nur mehr eine Erwerbsgebühr
- Die Beerdigungsgebühren werden mit € 700,-- festgesetzt
- Die Benützungsgebühr für die Aufbahrungshalle beträgt generell € 100,--
- Für Ehrenbürger wird keine Friedhofbenützungsgebühr eingehoben

Der von Bürgermeister Gottfried Reif gestellte Antrag, der Gemeinderat möge gemäß § 9 Abs. 1) der Friedhofsordnung nachstehende

**Friedhofsgebührenordnung 2015**

beschließen

**§ 1**

**Arten der Friedhofsgebühren**

Für die Benützung des Friedhofes werden folgende Gebühren eingehoben:

- (1) Erwerbsgebühren für einstellige Familiengräber,
- (2) Erwerbsgebühren für zweistellige Familiengräber,
- (3) Erwerbsgebühren für Urnennischen in der Urnenhalle im Friedhof,
- (4) Verlängerungsgebühren für oben aufgezählte Gräber,
- (5) Beilegegebühren,
- (6) Beerdigungsgebühren (Schaufelgebühren),
- (7) Friedhofsbenützungsgebühr pro Jahr und
- (8) Benützungsgebühr für die Aufbahrungshalle.

**§ 2**

**Erwerbsgebühren**

Die Erwerbsgebühren für 10 Jahre betragen:

- |  |          |
|--|----------|
| (1) für ein einstelliges Familiengrab                  | € 100,00 |
| (2) für ein zweistelliges Familiengrab                 | € 200,00 |
| (3) für eine Urnennische in der Urnenhalle im Friedhof | € 200,00 |

### **§ 3 Verlängerungsgebühren**

Die Verlängerungsgebühr beträgt für sämtliche Grabarten 100 v. H. der vollen Erwerbsgebühr und ist in dem Jahr zu entrichten, in dem die laufende Benützungsberechtigung ausläuft.

### **§ 4 Beilegegebühren**

- |     |  |         |
|-----|--|---------|
| (1) | Für sämtliche Gräberarten beträgt die Beilegegebühr  | € 80,00 |
| (2) | Für die Beilegung einer Urne (wenn dies von Arbeitern der Marktgemeinde Scheifling durchgeführt wird), einer Totgeburt oder eines Kindes unter 1 Jahr beträgt die Gebühr | € 40,00 |

### **§ 5 Beerdigungsgebühr (Schaufelgebühr)**

- |     |   |          |
|-----|---|----------|
| (1) | Die Gebühr für das Öffnen und Schließen eines Grabes (für die Beisetzung einer Person) beträgt  | € 700,00 |
| (2) | Für die Beisetzung einer Urne (wenn dies von Arbeitern der Marktgemeinde Scheifling durchgeführt wird), einer Totgeburt oder eines Kindes unter 1 Jahr beträgt die Gebühr | € 200,00 |

### **§ 6 Friedhofbenützungsgebühr**

Zur Abdeckung der Kosten, die sich aus dem laufenden Betrieb des Friedhofes ergeben (Müllabfuhr- und Wassergebühren, Annuitätendienste, Personalkosten, Weginstandhaltungskosten usw.) ist eine jährliche Friedhofsbenützungsgebühr zu entrichten. Diese beträgt pro Grabstelle

	€ 25,00
--	---------

### **§ 7 Benützungsgebühr für die Aufbahrungshalle**

Die Benützungsgebühr für die Aufbahrungshalle beträgt je Aufbahrung:

	€ 100,00
--	----------

### **§ 8 Gebührenbefreiung und Ermäßigung**

- (1) Sind die Angehörigen eines Verstorbenen finanziell nicht in der Lage, die Gebühr für die Benützung der Aufbahrungshalle oder die Erwerbsgebühr und Schaufelgebühr zu entrichten, so können diese schriftlich um Ermäßigung dieser Gebühren bzw. um Befreiung derselben ansuchen. Über diese Ansuchen entscheidet der Gemeindevorstand endgültig.
- (2) Bei Bestattung von Mittellosen nach den Bestimmungen des Fürsorgegesetzes entfällt die Einhebung der Friedhofsbenützungsgebühr.
- (3) Bei Bestattung von Ehrenbürgern entfällt die Einhebung der Friedhofsbenützungsgebühr.

### **§ 9 Gebarung**

Sämtliche Gebühren fließen der Marktgemeinde Scheifling zu, der auch die Reinigung und Pflege, sowie die Erhaltung des Friedhofes obliegt.

### **§ 10 Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

- (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2016 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Friedhofsgebührenordnung der ursprünglichen Gemeinde Scheifling vom 13.11.1986 i.d.g.F. vom 28.09.2006, für die neue Marktgemeinde Scheifling in Geltung gesetzt durch Überleitung des Regierungskommissärs vom 02.01.2015, außer Kraft.

**und gleichzeitig auch mit folgenden wesentlichen Änderungen gegenüber der bisherigen Friedhofsordnung:**

- Die Vorlage von Zeichnungen für die Errichtung von Grabstellen entfällt
- Kränze sind binnen 2 Monate nach dem Begräbnis zu entfernen
- Die Abdeckplatte bei den Urnennischen müssen nicht dunkel sein
- Es dürfen keine Bäume und Sträucher mehr gepflanzt werden
- Bestehende Bäume und Sträucher dürfen nicht höher als 1,6 m sein
- Grabauffassungen sind schriftlich bekanntzugeben und der Urzustand auf Kosten des Grabstelleninhabers wieder herzustellen
- In den Friedhof dürfen keine Hunde mitgenommen werden

gemäß § 36 Steiermärkisches Leichenbestattungsgesetz 2010, LGBl. Nr. 78, in der letzten Fassung LGBl. Nr. 87/2013 die nachstehende

## **Friedhofsordnung 2015**

beschließen:

### **§ 1 Besitzverhältnis und Verwaltung**

Der Friedhof der Marktgemeinde Scheifling ist ein öffentlicher Friedhof. Er besteht aus den Grundstücken Nr. 116/4 der KG Scheifling, EZ 155. Das Gesamtausmaß beträgt 5.877 m<sup>2</sup>.

- (1) Die Verwaltung obliegt der Marktgemeinde Scheifling.
- (2) Für die Totenbeschau, Obduktion, Leichenbestattung, Überführung und Enterdigung von Leichen sowie Errichtung und Erweiterung des Friedhofes und aller sonstigen sanitäts- polizeilichen Belange gelten die Bestimmungen des Steiermärkischen Leichenbestattungsgesetzes 2010, Landesgesetzblatt Nr. 78/2010 i.d.g.F.

### **§ 2 Friedhofszweck**

Der Friedhof dient der Körper- und Aschenbestattung aller Personen, die im Zeitpunkt ihres Todes im Gemeindegebiet von Scheifling ihren ordentlichen Wohnsitz oder Aufenthalt hatten. Die Bestattung auswärts wohnhaft gewesener und auswärts verstorbener Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

- (1) Inhaber einer Familiengrabstätte steht die Beerdigung ihrer Angehörigen unabhängig vom Wohnsitz zu.
- (2) Besteht auf dem Friedhof bereits ein Grab, das für die Leiche in Anspruch genommen werden könnte, so ist die Friedhofsverwaltung nicht verpflichtet, ein neues Grab beizustellen.

### **§ 3 Arten der Grabstellen**

- (1) Die Grabstellen werden eingeteilt in:
  - a) Familiengräber (einstellige und zweistellige, Urnengräber);
  - b) Gräfte (einstellige und zweistellige);
  - c) Urnennischen in der Urnenhalle im Friedhof.
- (2) Neuangelegte Gräber im Erweiterungsfall des Friedhofes werden fortlaufend entsprechend der Friedhofseinteilung belegt. Eine Auswahl durch die Angehörigen kann stattfinden. Ebenso ist der Kauf einer Grabstelle ohne Todesfall möglich.

- (3) Familiengräber sind Grabstätten, die zur Bestattung des Erwerbers und seiner Angehörigen dienen. Als Angehörige gelten die Abkömmlinge und die Vorfahren in gerader Linie, einschließlich der Geschwister der Vorfahren und der zugehörigen Ehegatten, soweit diese Personen nicht in einem anderen Familienverband gelebt haben.
- (4) Gräfte sind in der Erde vorbereitete Bauwerke zur Aufnahme von Särgen. Länge und Breite des überlassenen Gruftplatzes und die Aufnahmefähigkeit sind bei der Zustimmung zur Errichtung schriftlich festzusetzen. Die Errichtung einer Gruft bedarf der Genehmigung durch die Friedhofsverwaltung, sowie der Baubehörde unter Mitwirkung des Amtsarztes. Um die Genehmigung ist schriftlich anzusuchen. Soweit nicht besondere Bestimmungen bestehen, werden Gräfte und Familiengräber gleich behandelt.
- (5) Urnengrabstätten sind Grabstellen, in denen Aschenurnen entweder oberirdisch oder unterirdisch beigesetzt werden können. Die Erdbeisetzung von Urnen erfolgt in einstelligen Familiengräbern bei 0,90 m Breite und 2,00 m Länge bzw. in zweistelligen Familiengräbern bei 2,40 m Breite und 2,00 m Länge. In einem Urnengrab können bis zu 8 Urnen je Grabstelle beigesetzt werden. Die Bestimmungen des § 10, Abs. 6 (Verwesungszeit) gelten nicht. Oberirdisch beigesetzte Urnen müssen eine ausreichende Sicherheit gegen Zugriffe Unbefugter bieten. Die Beigabe von Wertgegenständen ist untersagt. Aschen dürfen auch in Grabstätten für Körperbeisetzungen bestattet werden, wenn die Urne von einem entsprechenden Schutzbehälter umgeben ist. Hierbei sind jedoch die Bestimmungen für die Verwesungszeit zu beachten.
- (6) In der Urnenhalle im Friedhof gibt es insgesamt 75 Urnennischen.

#### **§ 4**

##### **Ausmaß der Grabstellen**

- (1) Einstellige Familiengräber sind 0,90 m breit und 2,00 m lang. Zweistellige Familiengräber sind 2,40 m breit und 2,00 m lang. Die Größe der Gräfte hängt von der gewünschten Aufnahmefähigkeit ab.
- (2) Die Grabtiefe beträgt 2,20 m. Bei Beisetzung von Urnen ist das Einvernehmen mit der Friedhofsverwaltung herzustellen.

#### **§ 5**

##### **Gräberverzeichnis**

- (1) Zur Evidenz der Gräber ist ein Friedhofsplan anzulegen und laufend zu ergänzen. Aus diesem müssen mindestens die Nummer, die Lage und die Benützungsdauer jedes Grabes ersichtlich sein.
- (2) Außerdem ist ein Gräberbuch oder eine Gräberkartei von der Friedhofsverwaltung zu führen. Daraus müssen der Name, der Tag des Begräbnisses und Alter aller Beerdigten ersichtlich sein.

#### **§ 6**

##### **Rechte am Grab**

- (1) Durch die Bezahlung der in der Gebührenordnung vorgesehenen Gebühr erhält der Berechtigte lediglich ein Benützungsrecht nach Maßgabe dieser Friedhofsordnung. Das Verfügungsrecht des Friedhofseigentümers wird durch den Erwerb eines Grabes beschränkt, aber nicht aufgehoben.
- (2) Der Erwerb eines Familiengrabes oder einer Gruft berechtigt zur Bestattung von Angehörigen, soweit die von der jeweiligen Friedhofsordnung oder den besonderen sanitätspolizeilichen Anordnungen festgelegte Aufnahmefähigkeit reicht und die von der Friedhofsordnung geforderten Bedingungen wegen Instandhaltung und Nachlöse erfüllt sind.
- (3) Die Berechtigung aus den Grabrechten kommt dem Erwerber, nach seinem Tode den Angehörigen zu. Der Kreis der Berechtigten kann durch Parteienvereinbarung gegenüber der Friedhofsverwaltung nicht geändert werden. Intern abgesprochene Vereinbarungen zwischen den Berechtigten können keine Erweiterung der Anspruchsberechtigung gegenüber den Bestimmungen der Friedhofsordnung bewirken.

#### **§ 7**

##### **Grabdenkmäler, Genehmigung und Instandhaltung der Gräber**

- (1) Der Friedhof ist entsprechend seinem Charakter als geweihte und dem Andenken der Toten gewidmete Stätte zu pflegen und zu schmücken. Dies gilt für den Friedhof als Ganzes wie für jedes einzelne Grab. Der Friedhof ist der sichtbare Ausdruck der Gesinnung der Bewohner einer Gemeinde.
- (2) Für die Errichtung von Grabstätten ist die Genehmigung der Friedhofsverwaltung erforderlich.
- (3) Jedes Grab muss wenigstens einen Grabhügel mit Blumen oder gepflegten Rasen oder eine Grabplatte erhalten. Nach einem Begräbnis sind die Kränze binnen 2 Monaten von der Grabstelle zu entfernen. Die Ausgestaltung der Grabstätte ist längstens innerhalb von 9 Monaten nach der Beisetzung herzustellen. Bestehende Grabdenkmäler, Gruftbauten usw. dürfen nicht verwahrlosen.
- (4) Für die Gestaltung der Urnennischen in der Urnenhalle im Friedhof sind folgende Richtlinien einzuhalten:
  - a) Die Urnennischen müssen mit einer Stein- bzw. Marmorplatte abgedeckt werden, die 4 cm über den Nischenrand hinausragt und mit je einer entsprechenden Schraube in jeder Ecke zu befestigen ist.
  - b) Die Ablegeplatte für Vasen und Laternen darf 14 cm Tiefe und die Breite der Urnennischen-Abdeckplatte nicht überschreiten.
  - c) Die unter Punkt 1. und 2. angeführten Arbeiten sind nach Herstellung des diesbezüglichen Einverständnisses mit der Marktgemeinde Scheifling (Friedhofsverwaltung) unverzüglich nach der Urnenbestattung vom Urnennischeninhaber zu veranlassen.
  - d) Blumen- bzw. Grabschmuck darf nicht in andere Urnennischen hineinragen.
  - e) Nach einer Urnenbestattung darf Grabschmuck außerhalb der Urnennische nur kurzfristig (ca. 14 Tage) in der Urnenhalle angebracht werden.
- (5) Grabdenkmäler, Umfassungen und Anpflanzungen bleiben Eigentum der Grabberechtigten, solange nicht der Verfall nach den Bestimmungen dieser Friedhofsordnung eintritt.
- (6) Die Grabberechtigten sind verpflichtet, die Grabdenkmäler und Umfassungen auf ihre Kosten dauernd so zu erhalten, dass die Nachbargräber und die Sicherheit nicht gefährdet werden und der Bauordnung entsprechen. Sie haften der Friedhofsverwaltung gegenüber für alle Ansprüche aus Vernachlässigung dieser Pflichten. Mit der Genehmigung eines Grabdenkmales übernimmt die Friedhofsverwaltung keine Haftung für irgendwelche Gefährdung dieser Denkmäler. Bei Gefahr in Verzug ist die Friedhofsverwaltung zur kostenpflichtigen Ersatzvornahme ohne weiteres berechtigt, aber nicht verpflichtet.
- (7) Eine Bepflanzung der Grabstelle mit Bäumen und Sträuchern ist nicht erlaubt. Bestehende Bäume und Sträucher, die eine Höhe von 1,60 m überschreiten oder über die Grabeinfassung bzw. Grabstelle hinausragen, sind vom Grabberechtigten entsprechend zu kürzen. Ebenso sind Wurzeln von Bäumen und Sträuchern, die andere Gräber oder die Grundflächen außerhalb der Grabstelle in Mitleidenschaft ziehen, zu entfernen.  
Werden die von der Friedhofsverwaltung den Grabberechtigten diesbezüglich aufgetragenen Arbeiten nicht innerhalb einer angemessenen Frist von 1 Monat erledigt, so ist die Friedhofsverwaltung zur Ersatzvornahme auf Kosten der Verpflichteten berechtigt.
- (8) Außerhalb der Grabstätte obliegt die Gestaltung und Pflege der Friedhofsverwaltung.
- (9) Der Friedhofseigentümer haftet nicht für Beschädigungen, Verlust, Diebstahl oder Zerstörung der von wem auch immer in den Friedhof eingebrachten Gegenstände.
- (10) Die Auffassung von Grabstellen ist der Friedhofsverwaltung schriftlich bekannt zu geben und der Urzustand vor Errichtung der Grabstelle wieder herzustellen.

## § 8

### Erlöschen der Grabrechte

- (1) Werden die in der Friedhofsordnung vorgesehenen Gebühren nicht mit Fristablauf entrichtet, so kann die Friedhofsverwaltung über die betreffenden Grabstellen frei, jedoch unter Bedachtnahme auf die sanitätspolizeilichen Vorschriften, verfügen. Es ist Sache der Grabberechtigten, die Fristen rechtzeitig wahrzunehmen, eine Mahnung vor Fristablauf erfolgt nicht.
- (2) Die Friedhofsverwaltung hat Gräber, die in sicherheitsgefährdendem Zustand sind oder nicht gepflegt werden, einzuziehen. Vorher sind die Parteien schriftlich oder durch Anschlag auf der Gemeindeanschlagtafel vom drohenden Verfall ihrer Grabrechte zu verständigen.  
Zur Wirksamkeit der Verständigung genügt die Angabe der Grabnummer und des Letztbestatteten. Über Begehren ist den vorsprechenden Parteien im Marktgemeindeamt oder auf dem Friedhof der Mangel und die Art der Behebung genau zu bezeichnen. Eine schriftliche Auskunfterteilung findet nicht statt.

Die Parteien können statt einer Mängelbehebung innerhalb der Frist bei der Friedhofsverwaltung schriftlich erklären, dass sie eine mangelhafte Umfassung entfernen und statt dessen eine einfache, den Vorschriften entsprechende Ausstattung anlegen, was innerhalb weiterer sechs Monate bei sonst endgültigen Verfall geschehen muss.

- (3) Das Benutzungsrecht erlischt, wenn nicht innerhalb eines Jahres ein Grabzeichen aufgestellt wird; diese Frist kann über begründetes Ansuchen durch die Friedhofsverwaltung verlängert werden.
- (4) Die Einziehung der Gräber erfolgt sechs Monate nach fruchtloser Aufforderung gemäß Abs. 2). Die Berechtigten können innerhalb von sechs Monaten nach Einziehung die Grabdenkmäler, Umfassungen und Anpflanzungen auf ihre Kosten entfernen. Nach Ablauf dieser Frist verlieren die Grabberechtigten alle Ansprüche an Grabdenkmälern, Umfassungen und sonstigen Grabausstattungen.  
Die Friedhofsverwaltung ist dann berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Abtragung auf Kosten der Parteien vornehmen zu lassen. Die Friedhofsverwaltung ist außerdem berechtigt, ein eingezogenes Grab, das wegen der noch nicht abgelaufenen Verwesungszeit nicht weitervergeben werden darf, einzuebnen und wieder zu benützen.
- (5) Die Friedhofsverwaltung kann Grabdenkmäler und Umfassungen, die nach dem vorhergehenden Absatz verfallen sind, nach Belieben veräußern. Bei der Abräumung von Gräbern gefundene Wertgegenstände gehen in das Eigentum der Marktgemeinde Scheifling über. Erlöse aus solchen Veräußerungen sind der Marktgemeinde Scheifling zuzuführen.
- (6) Die Einziehung eines Grabes begründet keinen Anspruch auf Ersatz von Aufwendungen oder Rückerstattung von Gebühren.
- (7) Mit der behördlich genehmigten Auflösung des Friedhofes erlöschen alle Grabrechte ohne Anspruch auf Erstattung der Gebühren oder Ersatz von Aufwendungen. Die Bestimmungen des § 8 Abs. 4) sind sinngemäß anzuwenden.

## **§ 9**

### **Gebahrung**

- (1) Für die Einhebung der Gebühren ist die im Anhang I verlautbarte Gebührenordnung maßgebend, die ein integrierender Bestandteil dieser Friedhofsordnung ist.
- (2) Sämtliche Gebühren fließen der Marktgemeinde Scheifling zu.

## **§ 10**

### **Bestattungs- und sanitätspolizeiliche Vorschriften:**

- (1) Die Bestattung darf nur dann stattfinden, wenn der Friedhofsverwaltung bzw. der beauftragten Bestattungsanstalt der Totenbeschauschein vorgelegt wird. Der Totenbeschauschein ist vor Einbringung in die Leichenkammer vorzulegen. In Ausnahmefällen wird der Totenbeschauschein durch die schriftliche Anweisung des Amtsarztes ersetzt.
- (2) Für die Bestattungszeiten werden die Wünsche der Hinterbliebenen nach Möglichkeit berücksichtigt, jedoch finden an Sonn- und Feiertagen keine Bestattungen statt.
- (3) In Gräften sind Metallsärge oder Holzsärge mit Metalleinlage zu verwenden, in allen übrigen Gräbern Särge aus Material, das innerhalb der Verwesungszeit (Abs. 6) verrottet, im Allgemeinen also Holzsärge. Die Fugen der Holzsärge müssen flüssigkeitsdicht verschlossen sein. Die Verwendung von Särgen aus Materialien, die nicht verrotten, ist in Erdgräbern unzulässig.
- (4) Die Särge müssen mindestens 1,10 m hoch mit Erde überdeckt sein. Darüber soll ein 20 cm hoher Grabhügel aufgeworfen werden. Ist ein Grabhügel nicht vorgesehen, so sind die Gräber um 30 cm tiefer als gewöhnlich auszuheben. Werden zwei Särge übereinander beigesetzt, so ist eine Zwischenschicht Erde von mindestens 10 cm Stärke einzubringen. Urnen müssen in 60 cm Tiefe beigesetzt werden.
- (5) Die Verwesungszeit beträgt 15 Jahre.

## **§ 11**

### **Ordnung am Friedhof**

- (1) Am Friedhof ist alles zu unterlassen, was der Würde des Ortes nicht entspricht. Es ist daher insbesondere Spielen, Herumlaufen, Rauchen, Lärmen, Radfahren und die Mitnahme von Hunden in den Friedhof verboten.

- (2) Die Ablagerungsstätte für Gräberabfall befindet sich im Westen des Friedhofes. Abfälle sind nur an diesem Platz abzulegen.
- (3) Professionisten, die im Friedhof Arbeiten ausführen, sind verpflichtet, überflüssige Schmutz- und Lärmentwicklung zu vermeiden und nach Beendigung ihrer Arbeiten unverzüglich Abfälle und Rückstände zu entfernen.
- (4) Professionisten, die im Friedhof Arbeiten ausführen, sind verpflichtet, die Marktgemeinde Scheifling davon in Kenntnis zu setzen.

## § 12 Inkrafttreten

- (1) Diese Friedhofsordnung tritt mit 1. Jänner 2016 in Kraft.
- (2) Mit dem Inkrafttreten dieser Friedhofsordnung tritt die Friedhofsordnung der ursprünglichen Gemeinde Scheifling vom 13.11.1986 i.d.g.F. außer Kraft.

wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

### f) **Hundeabgabenordnung**

Der Antrag von Bürgermeister Gottfried Reif, der Gemeinderat möge – ohne Änderung der bisherigen Hundeabgaben – aufgrund des § 15 Abs. 3 Z 2 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl I Nr. 103/2007, und des Landesgesetzes vom 3. Juli 2012, LGBl. 89/2012, idF LGBl. 147/2013, über die Einhebung einer Abgabe für das Halten von Hunden (Steiermärkisches Hundeabgabegesetz 2013) folgende

## **Hundeabgabenordnung 2015**

beschließen

## § 1 Gegenstand der Abgabe

- (1) Das Halten eines über drei Monate alten Hundes im Gemeindegebiet unterliegt einer Abgabe nach Maßgabe dieser Abgabeordnung.
- (2) Von der Abgabepflicht nicht umfasst sind die gemäß § 4 Hundeabgabegesetz befreiten Hunde. Das sind:
  - Diensthunde öffentlicher Wachen sowie Hunde, welche zur Erfüllung sonstiger öffentlicher Aufgaben notwendig sind;
  - Diensthunde des beedeten Forst- und Jagdschutzpersonals in der für die Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Anzahl;
  - speziell ausgebildete Hunde, die zur Führung blinder oder zum Schutz hilfloser Personen notwendig sind oder die nachweislich zur Kompensierung einer Behinderung der Halterin/des Halters dienen oder auf deren Hilfe diese Personen zu therapeutischen Zwecken angewiesen sind;
  - Hunde eines konzessionierten Bewachungsunternehmens;
  - Hunde in behördlich bewilligten Tierheimen;
- (3) Der Nachweis, ob ein Hund das abgabepflichtige Alter noch nicht erreicht hat, obliegt dem Halter des Hundes. Vermag dieser den Nachweis nicht zu erbringen, so ist er zur Abgabe heranzuziehen.

## § 2 Abgabepflichtiger

- (1) Abgabepflichtig ist die Halterin/der Halter eines über drei Monate alten Hundes.

- (2) Wer einen Hund in Pflege oder auf Probe hält, hat die Abgabe zu entrichten, wenn er nicht nachweisen kann, dass der Hund in einer anderen österreichischen Gemeinde bereits zur Hundeabgabe herangezogen wird.
- (3) Halten mehrere Personen gemeinschaftlich einen Hund, so haften sie als Gesamtschuldner.

### **§ 3**

#### **Allgemeine Abgabensätze**

- (1) Die Abgabe wird für das Kalenderjahr erhoben und beträgt jährlich € 60,00.
- (2) Werden im Gemeindegebiet mehrere Hunde gehalten, so beträgt die Abgabe für den zweiten Hund und für jeden weiteren Hund € 60,00.
- (3) Werden von einer Halterin/einem Halter neben Hunden, für die die Abgabe nach den §§ 4 und 5 dieser Abgabenordnung ermäßigt ist, auch Hunde gehalten, für die die volle Abgabe zu entrichten ist, so gelten diese für die Bemessung der Abgabe je nach der Zahl der Hunde, für die die Ermäßigung gewährt ist, als zweiter und weitere Hunde. Dagegen sind Hunde, für die nach § 4 Hundeabgabegesetz, (§ 1 Z 2 dieser Verordnung) eine Abgabe nicht erhoben wird, bei der Berechnung des Abgabesatzes für die voll zur Abgabe heranzuziehenden Hunde nicht in Ansatz zu bringen.

### **§ 4**

#### **Abgabensätze für Wach-, Berufs- und Jagdhunde**

Für Hunde, die ständig zur Bewachung von

- a) land- und forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieben,
  - b) Gebäuden, die vom nächstbewohnten Gebäude mehr als 50 Meter entfernt liegen erforderlich sind,
  - c) für Hunde, die nach ihrer Art und Ausbildung von ihrem Besitzer zur Ausübung seines Berufs oder Erwerbs benötigt werden und
  - d) für Jagdhunde,
- beträgt die Abgabe jährlich € 30,00.

### **§ 5**

#### **Abgabebegünstigung**

- (1) Zuverlässigen Hundezüchtern, die nachweislich ausschließlich rassereine Hunde, und zwar mindestens je zwei von derselben Rasse, darunter eine Hündin, zu Zuchtzwecken halten, wird auf ihren Antrag die Begünstigung einer Ermäßigung um € 30,00 der nach § 3 festzusetzenden Abgabe gewährt, wenn sie ihren Zwinger sowie ihre Zuchttiere und die von ihnen gezüchteten Hunde in ein Österreichisches Hundezuchtbuch (ÖHZB) beim Österreichischen Kynologenverband eintragen lassen und sich schriftlich verpflichten, noch hinzukommende Tiere zur Eintragung zu bringen.
- (2) Die Begünstigung ist an die Bedingung geknüpft, dass
  - a) für die Hunde geeignete, den Forderungen der jeweils geltenden Tierschutzbestimmungen entsprechend einwandfreie Unterkunftsräume vorhanden sind;
  - b) ordnungsmäßige, den Aufsichtsbeamtinnen/Aufsichtsbeamten jederzeit zur Einsicht vorzulegende Bücher geführt werden, aus denen der jeweilige Bestand und der Verbleib der veräußerten Hunde zu ersehen ist;
  - c) Ab- und Zugang von Hunden innerhalb einer Woche unter Angabe des Tages und bei Veräußerung unter Angabe des Namens und der Wohnung der Erwerberin/des Erwerbers beim Gemeindeamt angemeldet wird;
  - d) alljährlich vor Beginn des neuen Verwaltungsjahres Bescheinigungen des österreichischen Kynologenverbandes über die in Abs. 1 gestellten Bedingungen vorgelegt werden.
- (3) Für das Halten von Hunden, mit denen eine Begleithundeprüfung, eine gleichwertige oder übergeordnete Prüfung bei einer Hundeschule, die sich eines tierschutzqualifizierten Hundetrainers/einer tierschutzqualifizierten Hundetrainerin bei der Ausbildung bedient oder bei einer von der Steirischen Jägerschaft anerkannten Hundeschule oder Ausbildungsstätte, erfolgreich absolviert wurde, ist eine Ermäßigung in Höhe von 50 % der nach § 3 festzusetzenden Abgabe zu gewähren, wenn der Gemeinde ein entsprechender Nachweis vorgelegt wird.

### **§ 6**

#### **Abgabenerhöhung**

- (1) Ist ein Hundekundenachweis nach § 3b Abs. 8 des Stmk. Landes- Sicherheitsgesetzes erforderlich und kann dieser bei einer Meldung nach § 10 nicht vorgelegt werden, so erhöhen sich die im § 3 festzusetzenden Abgaben auf das Zweifache.
- (2) Wird der Hundekundenachweis zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt, ist die Abgabe auf das ursprüngliche Ausmaß gemäß § 3 herabzusetzen. Die Herabsetzung wird mit dem der Vorlage folgenden Monatsersten wirksam.

## **§ 7 Antragstellung**

- (1) Wer die Anerkennung eines Hundes als Wach-, Jagd-, oder Berufshund oder eine Begünstigung nach § 5 dieser Verordnung oder die Anerkennung eines Befreiungsanspruches nach § 4 des Hundeabgabegesetzes (§ 1 Z. 2 dieser Verordnung) anstrebt, hat spätestens bis zum 28. Februar beim Gemeindeamt den diesbezüglichen Antrag zu stellen.
- (2) Bei verspäteten Anträgen ist die Abgabe für das laufende Kalenderjahr auch dann zu entrichten, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung eines Hundes als Wach-, Jagd-, oder Berufshund oder die Voraussetzung für eine Begünstigung nach § 5 oder die Voraussetzungen für die Gewährung der Befreiung nach § 4 des Hundeabgabegesetzes vorliegen.

## **§ 8 Fälligkeit der Abgabe**

- (1) Die Hundeabgabe ist von der/vom Abgabepflichtigen selbst zu berechnen und bis zum 15. April ohne weitere Aufforderung zu entrichten. Die Selbstberechnung gilt als Festsetzung der Abgabe auch für die folgenden Jahre soweit nicht infolge einer Änderung der Voraussetzungen für das Vorliegen eines Befreiungs- oder Begünstigungsgrundes nach § 1 Z. 2 und § 5 eine neue Festsetzung zu erfolgen hat. Wird bis zu diesem Zeitpunkt das Ableben, das Abhandenkommen oder die Weitergabe des Hundes nachgewiesen, entfällt die Abgabepflicht für diesen Hund.
- (2) Wird der Hund innerhalb des Jahres erworben, ist die Abgabe binnen sechs Wochen nach dem Erwerb des Hundes anteilmäßig für den Rest des Jahres zu berechnen und zu entrichten. Wird bei der Anmeldung des Hundes nachgewiesen, dass der Hund erst nach dem 30. September erworben wurde, so ist für das laufende Jahr keine Abgabe zu entrichten.
- (3) Ist ein Verfahren nach § 7 Punkt 1 anhängig, so ist die Abgabe innerhalb von 4 Wochen nach Zustellung der den Parteienantrag behandelnden Erledigung, frühestens jedoch am 15. April, fällig.

## **§ 9 Einrechnung der Abgabe**

Wer einen bereits in einer anderen österreichischen Gemeinde zu dieser Abgabe herangezogenen Hund erwirbt oder mit einem solchen Hund zuzieht, oder wer an Stelle eines zur Abgabe bereits herangezogenen Hundes einen neuen anschafft, kann gegen Ablieferung der Abgabequittung die Einrechnung der bereits für den gleichen Zeitraum entrichteten Abgabe erlangen.

## **§ 10 An- und Abmeldepflicht**

- (1) Eine Person, die einen über 3 Monate alten Hund hält (Hundehalterin/Hundehalter), hat dies der Gemeinde, in der sie ihren Hauptwohnsitz hat, binnen 4 Wochen zu melden.
- (2) Die Meldung hat zu enthalten:
  - Name, Hauptwohnsitz und Geburtsdatum der Halterin/des Halters;
  - Rasse, Geschlecht, Geburtsdatum (zumindest Geburtsjahr) des Hundes;
  - Kennzeichnungsnummer gem. § 24a Tierschutzgesetz (Microchipnummer).
- (3) Der Meldung sind anzuschließen:
  - die Registernummer des Stammdatensatzes gem. § 24a Abs. 5 Tierschutzgesetz;
  - der für das Halten des Tieres notwendige Hundekundenachweis (sofern nach § 3b Abs. 8 des Stmk. Landes-Sicherheitsgesetzes erforderlich);
  - der Nachweis einer Haftpflichtversicherung gem. § 3b Abs. 7 Stmk. Landes-Sicherheitsgesetz.

- (4) Die Hundehalterin/der Hundehalter hat die Beendigung des Haltens eines Hundes unter Angabe des Endigungsgrundes und unter Bekanntgabe einer allfälligen neuen Hundehalterin/eines allfälligen neuen Hundehalters innerhalb von 4 Wochen der Gemeinde zu melden. Diese Meldepflicht gilt auch, wenn die Hundehalterin/der Hundehalter den Hauptwohnsitz in eine andere Gemeinde verlegt.

## **§ 11**

### **Auskunftspflicht und Kontrolle**

Die Grundstückseigentümerin/der Grundstückseigentümer, Betriebsleiterinnen/Betriebsleiter sowie die Hundehalterinnen/Hundehalter oder deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter sind zur wahrheitsgemäßen Auskunftserteilung und Ausfüllung der ihnen von der Gemeinde übersandten Unterlagen bei der Durchführung von Hundebestandsaufnahmen verpflichtet. Die Pflicht, Hunde gemäß § 10 zu melden, wird hiedurch nicht berührt.

## **§ 12**

### **Strafen**

Eine Verwaltungsübertretung begeht, wer

- (1) der Meldepflicht gemäß § 11 Abs. 1 oder 3 Stmk. Hundeabgabegesetz 2013 nicht zeitgerecht oder nicht nachkommt;
- (2) einen Nachweis gemäß § 11 Abs. 2 Z 1 und 3 leg. cit. nicht erbringt;
- (3) unter Verletzung einer abgabenrechtlichen Anzeige-, Offenlegungs- oder Wahrheitspflicht die Hundeabgabe verkürzt.

## **§ 13**

### **Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

- (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2016 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten die Hundeabgabenordnungen der ursprünglichen Gemeinden Scheifling vom 13.12.2012 und St. Lorenzen bei Scheifling vom 29.11.2012, für die neue Marktgemeinde Scheifling in Geltung gesetzt durch Überleitung des Regierungskommissärs vom 02.01.2015, außer Kraft.

wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

#### **g) Lustbarkeitsabgabenordnung**

Der Antrag von Bürgermeister Gottfried Reif, der Gemeinderat möge auf Grundlage der Ermächtigungen des § 1 Abs 1 Lustbarkeitsabgabegesetz 2003 – LAG, LGBl 50/2003 in der gültigen Fassung und des § 15 Abs 3 Z 1 Finanzausgleichsgesetz 2008 – FAG 2008, BGBl I 103/2007 in der Fassung BGBl I 118/2015, nachstehende

### **Lustbarkeitsabgabeverordnung 2015**

beschließen:

## **§ 1**

### **Abgabenausschreibung, Steuergegenstand, Abgabe- und Haftungspflichtiger, Anmeldepflicht**

- (1) Im Bereich der verordnungsgebenden Gemeinde wird nach Maßgabe der Bestimmungen des LAG und dieser Verordnung eine Lustbarkeitsabgabe für die Durchführung von Veranstaltungen eingehoben.

- (2) Veranstaltung im Sinne dieser Verordnung ist das Halten (Aufstellung und Betrieb) von sonstigen Spielapparaten gemäß § 1 Abs 1 Z 2 Steiermärkisches Glücksspielautomaten- und Spielapparategesetz 2014 – StGSG, LGBl 100/2014. Derartige Spielapparate gelten durch Meldung gemäß § 29 Abs 1 StGSG als gehalten, wobei eine solche Meldung vom Spielapparatbetreiber zusätzlich auch unverzüglich der Gemeinde mitzuteilen ist.
- (3) Veranstaltungen unterliegen der Lustbarkeitsabgabe auch dann, wenn sie im Rahmen eines Gewerbes betrieben werden, wie Tischtennis, Billard, mechanische Spielapparate und Spielautomaten, Musikautomaten, Kegelbahnen.
- (4) Abgabepflicht, Anmeldepflichten für Veranstaltungen und abgabenrechtliche Haftung bestimmen sich nach den §§ 2 und 3 LAG.

## **§ 2**

### **Höhe der Lustbarkeitsabgabe**

- (1) Für das Halten von
  1. sonstigen Spielapparaten gemäß § 1 Abs 1 Z 2 StGSG, insbesondere von Schau-, Scherz-, Spiel- und Geschicklichkeitsapparaten sowie von sonstigen mechanischen Spielapparaten und Spielautomaten wie Flipper, Schießapparaten, Kegelautomaten, TV- und Videospielapparaten, Fußball- und Hockeyautomaten und Guckkästen mit Darbietungen beträgt der Pauschalbetrag je Apparat (Automat) und begonnenem Kalendermonat 20,00 Euro, sofern es sich nicht um Automaten, Apparate, Einrichtungen oder Vorrichtungen im Sinne der Z 2 und 3 handelt. Sind mehrere Apparate oder Automaten zu kombinierten Spielapparaten (Automaten) wie etwa zu einer Schießgalerie zusammengefasst, so ist der Pauschalbetrag für jeden Apparat (Automaten) zu entrichten;
  2. Musikautomaten, von Fußballtischen, Fußball- und Hockeyspielapparaten ohne elektromechanische Bauteile sowie von Kinderreitapparaten und Kinderschaukelapparaten oder anderen für vorschulpflichtige Kinder bestimmten Apparaten beträgt der Pauschalbetrag je Apparat und begonnenem Kalendermonat 10,00 Euro;
  3. Spielapparaten und Spielautomaten, die optisch oder akustisch aggressive Handlungen, wie insbesondere Verletzungen oder Tötung oder Kampfhandlungen gegen Ziele darstellen, beträgt der Pauschalbetrag je Apparat (Automat) und begonnenem Kalendermonat 700,00 Euro.
- (2) Wenn die Aufstellung eines Apparates (eines Automaten, einer Vorrichtung) nach dem 15. eines Monats erfolgt oder dessen Aufstellung vor dem 16. eines Monats beendet wird, so ist für diesen Monat die Hälfte der in Abs 1 genannten Abgabenhöhe zu entrichten. Eine rückwirkende Abmeldung von in Abs 1 beschriebenen Apparaten (Automaten, Vorrichtungen) ist im Sinne des § 6 Abs 3 erster Satz LAG abgabenrechtlich nicht wirksam. Im Falle eines Austausches angemeldeter Apparate (Automaten) richtet sich die Abgabepflicht nach § 6 Abs 3 letzter Satz LAG.

## **§ 3**

### **Festsetzung und Entrichtung der Lustbarkeitsabgabe**

Die Lustbarkeitsabgabe im Sinne dieser Verordnung ist eine Selbstberechnungsabgabe; sie ist spätestens am Fälligkeitstag im Sinne des § 6 Abs 1 und 2 LAG in Verbindung mit § 7 LAG unaufgefordert zu erklären und zu entrichten.

## **§ 4**

### **Verfahrensvorschriften und Strafbestimmungen**

- (1) Das Abgabenverfahren richtet sich nach der Bundesabgabenordnung (BAO), BGBl 194/1961 in der jeweils geltenden Fassung sowie nach den Bestimmungen des Lustbarkeitsabgabengesetzes 2003.
- (2) Die abgabenrechtlichen Strafbestimmungen richten sich nach § 9 LAG.

## **§ 5**

### **Verweise**

- (1) In dieser Verordnung angeführte Verweise auf Bundes- und Landesrecht sind – soweit nicht ausdrücklich durch statische Verweise auf Bundes- und Landesrecht anders festgelegt – jeweils als Verweise auf jene Fassung von Bundes- und Landesrecht zu verstehen, welche zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der vorliegenden Lustbarkeitsabgabeverordnung in Geltung steht.
- (2) Mit jeder Novellierung der Lustbarkeitsabgabeverordnung sind Verweise auf Bundes- und Landesrecht – soweit nicht ausdrücklich durch statische Verweise auf Bundes- und Landesrecht anders festgelegt – als Verweise auf jene Fassung von Bundes- und Landesrecht zu verstehen, welche zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der jeweiligen Novellierung im Lustbarkeitsabgabegesetz 2003 in Geltung steht.

## § 6

### Geschlechtsspezifische Bezeichnungen

Alle Personenbezeichnungen, die in dieser Verordnung sprachlich in männlicher Form verwendet werden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

## § 7

### Inkrafttreten und Außerkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2016 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten die Lustbarkeitsabgabeordnungen der ursprünglichen Gemeinden Scheifling vom 16.12.2010 und St. Lorenzen bei Scheifling vom 08.03.2006, für die neue Marktgemeinde Scheifling in Geltung gesetzt durch Überleitung des Regierungskommissärs vom 02.01.2015, außer Kraft.

wird angenommen.

**Beschlussergebnis:** einstimmig

### Tagesordnungspunkt 9.

Die Abgrenzung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Leistungsbereich kann innerhalb des Gemeindehaushaltes, im Rahmen eines Betriebes mit marktbestimmter Tätigkeit sowie im Rahmen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der wirtschaftlichen Unternehmungen erfolgen. Ausgliederungen oder Gesellschaftsgründungen sind daher aus diesem Grunde nicht erforderlich. Die Errichtung von Betrieben mit marktbestimmter Tätigkeit hat einen wesentlichen Einfluss auf die Ermittlung der Höhe des Maastricht-Ergebnisses. Denn bei der Berechnung der Maastricht-Schulden sowie des Maastricht-Ergebnisses werden nur die Schulden und Finanztransaktionen des öffentlichen Sektors herangezogen. Für die Anerkennung eines Betriebes mit marktbestimmter Tätigkeit und der Möglichkeit der Zuordnung zum Abschnitt 85 sind folgende Voraussetzungen pro Unterabschnitt zu erfüllen.

- Kostendeckung mindestens 50 %
- Weitgehende Entscheidungsfreiheit in der Ausübung ihrer Hauptfunktion (Statut erforderlich)
- Vollständige Rechnungsführung (eigener Rechnungskreis im Rahmen der Gemeindebuchhaltung)

Kostendeckung und vollständige Rechnungsführung sind im Abschnitt 85 der Marktgemeinde Scheifling gegeben, Statuten sind erforderlich.

**a) Wasserversorgung:**

Der Antrag von Bürgermeister Gottfried Reif, der Gemeinderat möge beschließen, zur Führung der Wasserversorgung als Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit, mit Wirksamkeit ab 01.01.2015 die nachstehenden Satzungen zu beschließen:

## § 1

### Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit

- (1) Die Wasserversorgung wird als Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit im Sinne des ESVG 1995 (Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Punkt 2.12 Quasi-Kapitalgesellschaft) eingerichtet und nach den Bestimmungen der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 sowie der Gemeindehaushaltsordnung 1977 und nach dieser Satzung geführt.
- (2) Der Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit ist nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Kundenorientierung und der operativen Selbständigkeit sowie nach den sonstigen jeweils für diesen Betrieb geltenden gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen zu führen. Der Betrieb stellt Gemeindevermögen dar und gehört zum Gemeindееigentum. Das Gemeindevermögen ist in seinem Gesamtwert tunlichst ungeschmälert zu erhalten.
- (3) Mehrere Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit können organisatorisch zu einem (einheitlichen) Betrieb zusammengefasst werden, der jedoch in Kostenstellen (-gruppen) zu gliedern ist.
- (4) Die einzelnen Betriebe sind aber im Voranschlag und Rechnungsabschluss in den entsprechenden Unterabschnitten des Ansatzverzeichnisses der VRV darzustellen.

## **§ 2**

### **Aufgaben, Zweck**

Aufgaben und Zweck dieses Betriebes sind die zu erbringenden Leistungen mit dem Ziel, durch die in dieser Satzung festgelegten organisatorischen Maßnahmen eine auf Wirtschaftlichkeit und Kostendeckung ausgerichtete Betriebsführung im Rahmen der Haushalts- und Finanzierungsvorgaben anzustreben.

## **§ 3**

### **Organe**

Die Verwaltung des Betriebes obliegt folgenden Organen:

1. dem Gemeinderat;
2. dem Gemeindevorstand (allenfalls Verwaltungsausschuss);
3. dem Bürgermeister;
4. dem Betriebsleiter;

## **§ 4**

### **Der Gemeinderat**

Dem Gemeinderat obliegen nach § 43 Abs. 1 der Steiermärkischen Gemeindeordnung alle in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde fallende Angelegenheiten, soweit sie nicht ausdrücklich anderen Organen der Gemeinde vorbehalten sind. Die Bestimmung des § 43 Abs. 2 leg. cit. zur verordnungsmäßigen Übertragung bestimmter Aufgaben an den Gemeindevorstand wird hiedurch nicht berührt. Bezüglich der Verwaltung des Betriebes obliegt dem Gemeinderat insbesondere:

1. der Beschluss über die Einrichtung des Betriebes mit marktbestimmter Tätigkeit oder dessen Auflösung;
2. die Erlassung der Satzung und Änderungen der Satzung;
3. der Erwerb und die Veräußerung von Anlagegütern, sofern nicht die Zuständigkeit eines anderen Organes der Gemeinde gegeben ist;
4. die Beschlussfassung über die den marktbestimmten Betrieb betreffenden Voranschlagsansätze;
5. die Erlassung der Gebührenordnung(en);
6. die Beschlussfassung über die im Rechnungsabschluss nachzuweisenden Einnahmen und Ausgaben sowie über den Vermögens- und Schuldennachweis des marktbestimmten Betriebes;
7. die Bestellung sowie die Abberufung des Betriebsleiters.

## **§ 5**

### **Der Gemeindevorstand (allenfalls Verwaltungsausschuss)**

Dem Gemeindevorstand obliegen die nach § 44 leg. cit. sowie jene mittels Übertragungsverordnung gemäß § 43 Abs. 2 leg. cit. allenfalls zugewiesenen Aufgaben. Sinngemäße Aufgaben können einem allenfalls gemäß § 28 Gemeindeordnung 1967 bestellten Verwaltungsausschuss zufallen.

## **§ 6**

### **Der Bürgermeister**

1. Dem Bürgermeister obliegen die nach § 45 leg. cit. zugewiesenen Aufgaben.
2. Da der Bürgermeister die Funktionen des Betriebsleiters (siehe § 7 dieser Satzung) auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses über diese Satzung nicht selbst ausübt, gehen die sich auf den Betrieb und die Leitung des marktbestimmten Betriebes beziehenden Befugnisse des § 45 auf den Betriebsleiter über.
3. Lediglich die Bestimmungen über die Fertigung von Urkunden (§ 63 der Gemeindeordnung) und die Vertretung des Betriebes nach außen werden von diesen Regelungen nicht berührt.

## **§ 7**

### **Der Betriebsleiter**

Der Betriebsleiter hat weitgehende Entscheidungsfreiheit im operativen Bereich (laufende Verwaltung). Insbesondere obliegen ihm:

1. die selbständige und verantwortliche Leitung des Betriebes im Rahmen der laufenden Verwaltung, wobei die Zuständigkeit des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und des Bürgermeisters zu beachten ist;
2. die Planung und Durchführung aller Maßnahmen, die zur Erreichung der in der Satzung festgelegten Ziele hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Kostendeckung erforderlich sind, im Rahmen der Beschlüsse der zuständigen Gemeindeorgane;
3. die regelmäßige sowie im Anlassfall erforderliche Berichterstattung an den Bürgermeister in Angelegenheiten des Betriebes;
4. die Vertretung des Betriebes nach außen, wenn er vom Bürgermeister hiezu bevollmächtigt wird;
5. die Erstellung der für den Voranschlag und Rechnungsabschluss erforderlichen Unterlagen des Betriebes (allenfalls Untervoranschlag), weiters der Gebührenkalkulation, des Vermögens- und Schuldennachweises und allenfalls der Kosten- und Leistungsrechnung sowie deren rechtzeitige Vorlage an den Bürgermeister und in weiterer Folge an die zur Beschlussfassung vorgesehenen Organe;
6. die Erstellung von Berichten über die wirtschaftliche und technische Entwicklung (zum Beispiel Qualitätsindikatoren) des Betriebes an den Bürgermeister.

Da dem marktbestimmten Betrieb in dieser Angelegenheit kein sonstiges zur fachlichen Unterstützung des Betriebsleiters geeignetes Personal zur Verfügung steht, hat sich dieser der allgemeinen Verwaltung der Marktgemeinde Scheifling zu bedienen.

## **§ 8**

### **Wirtschaftsführung, Kostendeckung**

1. Der Betrieb ist Bestandteil von Voranschlag und Rechnungsabschluss der Gemeinde, auch wenn die Einnahmen und Ausgaben über einen Untervoranschlag abgewickelt werden.
2. § 71 Gemeindeordnung 1967 schreibt Kostendeckung für die einzuhebenden Gebühren vor. Wird die anzustrebende Kostendeckung etwa in der Gründungs- und Anlaufphase oder fallweise während des Betriebes selbst nicht erreicht, so muss der Grad der Kostendeckung durch entsprechende Maßnahmen im Bereich der Auslastung, der Gebühren- bzw. (Miet-) Entgeltsgestaltung und durch Einflussnahme auf die entstehenden Kosten schrittweise bis zur Erreichung des vorgegebenen Kostendeckungszieles gesteigert werden.

## **§ 9**

### **Rechnungswesen**

1. Für das Rechnungswesen (Voranschlag bzw. Untervoranschlag, Nachtragsvoranschläge, Rechnungsabschluss, Vermögens- und Schuldennachweis, Kalkulation, allenfalls Kosten- und Leistungsrechnung) gelten die Bestimmungen der VRV bzw. der Gemeindehaushaltsordnung 1967.
2. Das Rechnungswesen umfasst die einjährige und mehrjährige Planung, die Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben einschließlich Rechnungsabschluss, die Kosten- und Leistungsrechnung, eine Kalkulation nach betriebswirtschaftlichen Kriterien sowie eine Berichtslegung (Geschäftsbericht).

3. Der Voranschlag über die voraussichtlich fällig werdenden Einnahmen und Ausgaben einschließlich der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung (Vergütungsverrechnung) ist nach der VRV zu erstellen und als Untervoranschlag zu führen.

wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

**b) Abwasserbeseitigung:**

Der Antrag von Bürgermeister Gottfried Reif, der Gemeinderat möge beschließen, zur Führung der Abwasserbeseitigung als Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit, mit Wirksamkeit ab 01.01.2015 die nachstehenden Satzungen zu beschließen:

**§ 1**

**Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit**

- (1) Die Abwasserbeseitigung wird als Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit im Sinne des ESVG 1995 (Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Punkt 2.12 Quasi-Kapitalgesellschaft) eingerichtet und nach den Bestimmungen der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 sowie der Gemeindehaushaltsordnung 1977 und nach dieser Satzung geführt.
- (2) Der Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit ist nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Kundenorientierung und der operativen Selbständigkeit sowie nach den sonstigen jeweils für diesen Betrieb geltenden gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen zu führen. Der Betrieb stellt Gemeindevermögen dar und gehört zum Gemeindeeigentum. Das Gemeindevermögen ist in seinem Gesamtwert tunlichst ungeschmälert zu erhalten.
- (3) Mehrere Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit können organisatorisch zu einem (einheitlichen) Betrieb zusammengefasst werden, der jedoch in Kostenstellen (-gruppen) zu gliedern ist.
- (4) Die einzelnen Betriebe sind aber im Voranschlag und Rechnungsabschluss in den entsprechenden Unterabschnitten des Ansatzverzeichnisses der VRV darzustellen.

**§ 2**

**Aufgaben, Zweck**

Aufgaben und Zweck dieses Betriebes sind die zu erbringenden Leistungen mit dem Ziel, durch die in dieser Satzung festgelegten organisatorischen Maßnahmen eine auf Wirtschaftlichkeit und Kostendeckung ausgerichtete Betriebsführung im Rahmen der Haushalts- und Finanzierungsvorgaben anzustreben.

**§ 3**

**Organe**

Die Verwaltung des Betriebes obliegt folgenden Organen:

1. dem Gemeinderat;
2. dem Gemeindevorstand (allenfalls Verwaltungsausschuss);
3. dem Bürgermeister;
4. dem Betriebsleiter;

**§ 4**

**Der Gemeinderat**

Dem Gemeinderat obliegen nach § 43 Abs. 1 der Steiermärkischen Gemeindeordnung alle in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde fallende Angelegenheiten, soweit sie nicht ausdrücklich anderen Organen der Gemeinde vorbehalten sind. Die Bestimmung des § 43 Abs. 2 leg. cit. zur verordnungsmäßigen Übertragung bestimmter Aufgaben an den Gemeindevorstand wird hiedurch nicht berührt. Bezüglich der Verwaltung des Betriebes obliegt dem Gemeinderat insbesondere:

1. der Beschluss über die Einrichtung des Betriebes mit marktbestimmter Tätigkeit oder dessen Auflassung;
2. die Erlassung der Satzung und Änderungen der Satzung;
3. der Erwerb und die Veräußerung von Anlagegütern, sofern nicht die Zuständigkeit eines anderen Organes der Gemeinde gegeben ist;
4. die Beschlussfassung über die den marktbestimmten Betrieb betreffenden Voranschlagsansätze;
5. die Erlassung der Gebührenordnung(en);
6. die Beschlussfassung über die im Rechnungsabschluss nachzuweisenden Einnahmen und Ausgaben sowie über den Vermögens- und Schuldennachweis des marktbestimmten Betriebes;
7. die Bestellung sowie die Abberufung des Betriebsleiters.

## **§ 5**

### **Der Gemeindevorstand (allenfalls Verwaltungsausschuss)**

Dem Gemeindevorstand obliegen die nach § 44 leg. cit. sowie jene mittels Übertragungsverordnung gemäß § 43 Abs. 2 leg. cit. allenfalls zugewiesenen Aufgaben. Sinngemäße Aufgaben können einem allenfalls gemäß § 28 Gemeindeordnung 1967 bestellten Verwaltungsausschuss zufallen.

## **§ 6**

### **Der Bürgermeister**

1. Dem Bürgermeister obliegen die nach § 45 leg. cit. zugewiesenen Aufgaben.
2. Da der Bürgermeister die Funktionen des Betriebsleiters (siehe § 7 dieser Satzung) auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses über diese Satzung nicht selbst ausübt, gehen die sich auf den Betrieb und die Leitung des marktbestimmten Betriebes beziehenden Befugnisse des § 45 auf den Betriebsleiter über.
3. Lediglich die Bestimmungen über die Fertigung von Urkunden (§ 63 der Gemeindeordnung) und die Vertretung des Betriebes nach außen werden von diesen Regelungen nicht berührt.

## **§ 7**

### **Der Betriebsleiter**

Der Betriebsleiter hat weitgehende Entscheidungsfreiheit im operativen Bereich (laufende Verwaltung). Insbesondere obliegen ihm:

1. die selbständige und verantwortliche Leitung des Betriebes im Rahmen der laufenden Verwaltung, wobei die Zuständigkeit des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und des Bürgermeisters zu beachten ist;
2. die Planung und Durchführung aller Maßnahmen, die zur Erreichung der in der Satzung festgelegten Ziele hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Kostendeckung erforderlich sind, im Rahmen der Beschlüsse der zuständigen Gemeindeorgane;
3. die regelmäßige sowie im Anlassfall erforderliche Berichterstattung an den Bürgermeister in Angelegenheiten des Betriebes;
4. die Vertretung des Betriebes nach außen, wenn er vom Bürgermeister hiezu bevollmächtigt wird;
5. die Erstellung der für den Voranschlag und Rechnungsabschluss erforderlichen Unterlagen des Betriebes (allenfalls Untervoranschlag), weiters der Gebührenkalkulation, des Vermögens- und Schuldennachweises und allenfalls der Kosten- und Leistungsrechnung sowie deren rechtzeitige Vorlage an den Bürgermeister und in weiterer Folge an die zur Beschlussfassung vorgesehenen Organe;
6. die Erstellung von Berichten über die wirtschaftliche und technische Entwicklung (zum Beispiel Qualitätsindikatoren) des Betriebes an den Bürgermeister.

Da dem marktbestimmten Betrieb in dieser Angelegenheit kein sonstiges zur fachlichen Unterstützung des Betriebsleiters geeignetes Personal zur Verfügung steht, hat sich dieser der allgemeinen Verwaltung der Marktgemeinde Scheifling zu bedienen.

## **§ 8**

### **Wirtschaftsführung, Kostendeckung**

1. Der Betrieb ist Bestandteil von Voranschlag und Rechnungsabschluss der Gemeinde, auch wenn die Einnahmen und Ausgaben über einen Untervoranschlag abgewickelt werden.
2. § 71 Gemeindeordnung 1967 schreibt Kostendeckung für die einzuhebenden Gebühren vor. Wird die anzustrebende Kostendeckung etwa in der Gründungs- und Anlaufphase oder fallweise während des Betriebes selbst nicht erreicht, so muss der Grad der Kostendeckung durch entsprechende Maßnahmen im Bereich der Auslastung, der Gebühren- bzw. (Miet-) Entgeltsgestaltung und durch Einflussnahme auf die entstehenden Kosten schrittweise bis zur Erreichung des vorgegebenen Kostendeckungszieles gesteigert werden.

## § 9

### Rechnungswesen

1. Für das Rechnungswesen (Voranschlag bzw. Untervoranschlag, Nachtragsvoranschläge, Rechnungsabschluss, Vermögens- und Schuldennachweis, Kalkulation, allenfalls Kosten- und Leistungsrechnung) gelten die Bestimmungen der VRV bzw. der Gemeindehaushaltsordnung 1967.
2. Das Rechnungswesen umfasst die einjährige und mehrjährige Planung, die Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben einschließlich Rechnungsabschluss, die Kosten- und Leistungsrechnung, eine Kalkulation nach betriebswirtschaftlichen Kriterien sowie eine Berichtslegung (Geschäftsbericht).
3. Der Voranschlag über die voraussichtlich fällig werdenden Einnahmen und Ausgaben einschließlich der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung (Vergütungsverrechnung) ist nach der VRV zu erstellen und als Untervoranschlag zu führen.

wird angenommen.

**Beschlussergebnis:** einstimmig

#### c) Müllbeseitigung:

Der Antrag von Bürgermeister Gottfried Reif, der Gemeinderat möge beschließen, zur Führung der Müllbeseitigung als Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit, mit Wirksamkeit ab 01.01.2015 die nachstehenden Satzungen zu beschließen:

## § 1

### Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit

- (1) Die Müllbeseitigung wird als Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit im Sinne des ESVG 1995 (Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Punkt 2.12 Quasi-Kapitalgesellschaft) eingerichtet und nach den Bestimmungen der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 sowie der Gemeindehaushaltsordnung 1977 und nach dieser Satzung geführt.
- (2) Der Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit ist nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Kundenorientierung und der operativen Selbständigkeit sowie nach den sonstigen jeweils für diesen Betrieb geltenden gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen zu führen. Der Betrieb stellt Gemeindevermögen dar und gehört zum Gemeindeeigentum. Das Gemeindevermögen ist in seinem Gesamtwert tunlichst ungeschmälert zu erhalten.
- (3) Mehrere Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit können organisatorisch zu einem (einheitlichen) Betrieb zusammengefasst werden, der jedoch in Kostenstellen (-gruppen) zu gliedern ist.
- (4) Die einzelnen Betriebe sind aber im Voranschlag und Rechnungsabschluss in den entsprechenden Unterabschnitten des Ansatzverzeichnis der VRV darzustellen.

## § 2

### Aufgaben, Zweck

Aufgaben und Zweck dieses Betriebes sind die zu erbringenden Leistungen mit dem Ziel, durch die in dieser Satzung festgelegten organisatorischen Maßnahmen eine auf Wirtschaftlichkeit und Kostendeckung ausgerichtete Betriebsführung im Rahmen der Haushalts- und Finanzierungsvorgaben anzustreben.

### **§ 3 Organe**

Die Verwaltung des Betriebes obliegt folgenden Organen:

1. dem Gemeinderat;
2. dem Gemeindevorstand (allenfalls Verwaltungsausschuss);
3. dem Bürgermeister;
4. dem Betriebsleiter;

### **§ 4 Der Gemeinderat**

Dem Gemeinderat obliegen nach § 43 Abs. 1 der Steiermärkischen Gemeindeordnung alle in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde fallende Angelegenheiten, soweit sie nicht ausdrücklich anderen Organen der Gemeinde vorbehalten sind. Die Bestimmung des § 43 Abs. 2 leg. cit. zur verordnungsmäßigen Übertragung bestimmter Aufgaben an den Gemeindevorstand wird hiedurch nicht berührt. Bezüglich der Verwaltung des Betriebes obliegt dem Gemeinderat insbesondere:

1. der Beschluss über die Einrichtung des Betriebes mit marktbestimmter Tätigkeit oder dessen Auflösung;
2. die Erlassung der Satzung und Änderungen der Satzung;
3. der Erwerb und die Veräußerung von Anlagegütern, sofern nicht die Zuständigkeit eines anderen Organes der Gemeinde gegeben ist;
4. die Beschlussfassung über die den marktbestimmten Betrieb betreffenden Voranschlagsansätze;
5. die Erlassung der Gebührenordnung(en);
6. die Beschlussfassung über die im Rechnungsabschluss nachzuweisenden Einnahmen und Ausgaben sowie über den Vermögens- und Schuldennachweis des marktbestimmten Betriebes;
7. die Bestellung sowie die Abberufung des Betriebsleiters.

### **§ 5 Der Gemeindevorstand (allenfalls Verwaltungsausschuss)**

Dem Gemeindevorstand obliegen die nach § 44 leg. cit. sowie jene mittels Übertragungsverordnung gemäß § 43 Abs. 2 leg. cit. allenfalls zugewiesenen Aufgaben. Sinngemäße Aufgaben können einem allenfalls gemäß § 28 Gemeindeordnung 1967 bestellten Verwaltungsausschuss zufallen.

### **§ 6 Der Bürgermeister**

1. Dem Bürgermeister obliegen die nach § 45 leg. cit. zugewiesenen Aufgaben.
2. Da der Bürgermeister die Funktionen des Betriebsleiters (siehe § 7 dieser Satzung) auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses über diese Satzung nicht selbst ausübt, gehen die sich auf den Betrieb und die Leitung des marktbestimmten Betriebes beziehenden Befugnisse des § 45 auf den Betriebsleiter über.
3. Lediglich die Bestimmungen über die Fertigung von Urkunden (§ 63 der Gemeindeordnung) und die Vertretung des Betriebes nach außen werden von diesen Regelungen nicht berührt.

### **§ 7 Der Betriebsleiter**

Der Betriebsleiter hat weitgehende Entscheidungsfreiheit im operativen Bereich (laufende Verwaltung). Insbesondere obliegen ihm:

1. die selbständige und verantwortliche Leitung des Betriebes im Rahmen der laufenden Verwaltung, wobei die Zuständigkeit des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und des Bürgermeisters zu beachten ist;
2. die Planung und Durchführung aller Maßnahmen, die zur Erreichung der in der Satzung festgelegten Ziele hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Kostendeckung erforderlich sind, im Rahmen der Beschlüsse der zuständigen Gemeindeorgane;

3. die regelmäßige sowie im Anlassfall erforderliche Berichterstattung an den Bürgermeister in Angelegenheiten des Betriebes;
4. die Vertretung des Betriebes nach außen, wenn er vom Bürgermeister hiezu bevollmächtigt wird;
5. die Erstellung der für den Voranschlag und Rechnungsabschluss erforderlichen Unterlagen des Betriebes (allenfalls Untervoranschlag), weiters der Gebührenkalkulation, des Vermögens- und Schuldennachweises und allenfalls der Kosten- und Leistungsrechnung sowie deren rechtzeitige Vorlage an den Bürgermeister und in weiterer Folge an die zur Beschlussfassung vorgesehenen Organe;
6. die Erstellung von Berichten über die wirtschaftliche und technische Entwicklung (zum Beispiel Qualitätsindikatoren) des Betriebes an den Bürgermeister.

Da dem marktbestimmten Betrieb in dieser Angelegenheit kein sonstiges zur fachlichen Unterstützung des Betriebsleiters geeignetes Personal zur Verfügung steht, hat sich dieser der allgemeinen Verwaltung der Marktgemeinde Scheifling zu bedienen.

## § 8

### Wirtschaftsführung, Kostendeckung

1. Der Betrieb ist Bestandteil von Voranschlag und Rechnungsabschluss der Gemeinde, auch wenn die Einnahmen und Ausgaben über einen Untervoranschlag abgewickelt werden.
2. § 71 Gemeindeordnung 1967 schreibt Kostendeckung für die einzuhebenden Gebühren vor. Wird die anzustrebende Kostendeckung etwa in der Gründungs- und Anlaufphase oder fallweise während des Betriebes selbst nicht erreicht, so muss der Grad der Kostendeckung durch entsprechende Maßnahmen im Bereich der Auslastung, der Gebühren- bzw. (Miet-) Entgeltsgestaltung und durch Einflussnahme auf die entstehenden Kosten schrittweise bis zur Erreichung des vorgegebenen Kostendeckungszieles gesteigert werden.

## § 9

### Rechnungswesen

1. Für das Rechnungswesen (Voranschlag bzw. Untervoranschlag, Nachtragsvoranschläge, Rechnungsabschluss, Vermögens- und Schuldennachweis, Kalkulation, allenfalls Kosten- und Leistungsrechnung) gelten die Bestimmungen der VRV bzw. der Gemeindehaushaltsordnung 1967.
2. Das Rechnungswesen umfasst die einjährige und mehrjährige Planung, die Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben einschließlich Rechnungsabschluss, die Kosten- und Leistungsrechnung, eine Kalkulation nach betriebswirtschaftlichen Kriterien sowie eine Berichtslegung (Geschäftsbericht).
3. Der Voranschlag über die voraussichtlich fällig werdenden Einnahmen und Ausgaben einschließlich der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung (Vergütungsverrechnung) ist nach der VRV zu erstellen und als Untervoranschlag zu führen.

wird angenommen.

**Beschlussergebnis:** einstimmig

#### d) **Wohn- und Geschäftsgebäude:**

Der Antrag von Bürgermeister Gottfried Reif, der Gemeinderat möge beschließen, zur Führung der Wohn- und Geschäftsgebäude als Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit, mit Wirksamkeit ab 01.01.2015 die nachstehenden Satzungen zu beschließen:

## § 1

### Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit

- (1) Die Wohn- und Geschäftsgebäude werden als Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit im Sinne des ESVG 1995 (Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Punkt 2.12 Quasi-Kapitalgesellschaft) eingerichtet und nach den Bestimmungen der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 sowie der Gemeindehaushaltsordnung 1977 und nach dieser Satzung geführt.

- (2) Der Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit ist nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Kundenorientierung und der operativen Selbständigkeit sowie nach den sonstigen jeweils für diesen Betrieb geltenden gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen zu führen. Der Betrieb stellt Gemeindevermögen dar und gehört zum Gemeindeeigentum. Das Gemeindevermögen ist in seinem Gesamtwert tunlichst ungeschmälert zu erhalten.
- (3) Mehrere Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit können organisatorisch zu einem (einheitlichen) Betrieb zusammengefasst werden, der jedoch in Kostenstellen (-gruppen) zu gliedern ist.
- (4) Die einzelnen Betriebe sind aber im Voranschlag und Rechnungsabschluss in den entsprechenden Unterabschnitten des Ansatzverzeichnisses der VRV darzustellen.

## **§ 2**

### **Aufgaben, Zweck**

Aufgaben und Zweck dieses Betriebes sind die zu erbringenden Leistungen mit dem Ziel, durch die in dieser Satzung festgelegten organisatorischen Maßnahmen eine auf Wirtschaftlichkeit und Kostendeckung ausgerichtete Betriebsführung im Rahmen der Haushalts- und Finanzierungsvorgaben anzustreben.

## **§ 3**

### **Organe**

Die Verwaltung des Betriebes obliegt folgenden Organen:

1. dem Gemeinderat;
2. dem Gemeindevorstand (allenfalls Verwaltungsausschuss);
3. dem Bürgermeister;
4. dem Betriebsleiter;

## **§ 4**

### **Der Gemeinderat**

Dem Gemeinderat obliegen nach § 43 Abs. 1 der Steiermärkischen Gemeindeordnung alle in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde fallende Angelegenheiten, soweit sie nicht ausdrücklich anderen Organen der Gemeinde vorbehalten sind. Die Bestimmung des § 43 Abs. 2 leg. cit. zur verordnungsmäßigen Übertragung bestimmter Aufgaben an den Gemeindevorstand wird hiedurch nicht berührt. Bezüglich der Verwaltung des Betriebes obliegt dem Gemeinderat insbesondere:

1. der Beschluss über die Einrichtung des Betriebes mit marktbestimmter Tätigkeit oder dessen Auflösung;
2. die Erlassung der Satzung und Änderungen der Satzung;
3. der Erwerb und die Veräußerung von Anlagegütern, sofern nicht die Zuständigkeit eines anderen Organes der Gemeinde gegeben ist;
4. die Beschlussfassung über die den marktbestimmten Betrieb betreffenden Voranschlagsansätze;
5. die Erlassung der Gebührenordnung(en);
6. die Beschlussfassung über die im Rechnungsabschluss nachzuweisenden Einnahmen und Ausgaben sowie über den Vermögens- und Schuldennachweis des marktbestimmten Betriebes;
7. die Bestellung sowie die Abberufung des Betriebsleiters.

## **§ 5**

### **Der Gemeindevorstand (allenfalls Verwaltungsausschuss)**

Dem Gemeindevorstand obliegen die nach § 44 leg. cit. sowie jene mittels Übertragungsverordnung gemäß § 43 Abs. 2 leg. cit. allenfalls zugewiesenen Aufgaben. Sinngemäße Aufgaben können einem allenfalls gemäß § 28 Gemeindeordnung 1967 bestellten Verwaltungsausschuss zufallen.

## **§ 6**

### **Der Bürgermeister**

1. Dem Bürgermeister obliegen die nach § 45 leg. cit. zugewiesenen Aufgaben.
2. Da der Bürgermeister die Funktionen des Betriebsleiters (siehe § 7 dieser Satzung) auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses über diese Satzung nicht selbst ausübt, gehen die sich auf den Betrieb und die Leitung des marktbestimmten Betriebes beziehenden Befugnisse des § 45 auf den Betriebsleiter über.
3. Lediglich die Bestimmungen über die Fertigung von Urkunden (§ 63 der Gemeindeordnung) und die Vertretung des Betriebes nach außen werden von diesen Regelungen nicht berührt.

## **§ 7**

### **Der Betriebsleiter**

Der Betriebsleiter hat weitgehende Entscheidungsfreiheit im operativen Bereich (laufende Verwaltung). Insbesondere obliegen ihm:

1. die selbständige und verantwortliche Leitung des Betriebes im Rahmen der laufenden Verwaltung, wobei die Zuständigkeit des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und des Bürgermeisters zu beachten ist;
2. die Planung und Durchführung aller Maßnahmen, die zur Erreichung der in der Satzung festgelegten Ziele hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Kostendeckung erforderlich sind, im Rahmen der Beschlüsse der zuständigen Gemeindeorgane;
3. die regelmäßige sowie im Anlassfall erforderliche Berichterstattung an den Bürgermeister in Angelegenheiten des Betriebes;
4. die Vertretung des Betriebes nach außen, wenn er vom Bürgermeister hiezu bevollmächtigt wird;
5. die Erstellung der für den Voranschlag und Rechnungsabschluss erforderlichen Unterlagen des Betriebes (allenfalls Untervoranschlag), weiters der Gebührenkalkulation, des Vermögens- und Schuldennachweises und allenfalls der Kosten- und Leistungsrechnung sowie deren rechtzeitige Vorlage an den Bürgermeister und in weiterer Folge an die zur Beschlussfassung vorgesehenen Organe;
6. die Erstellung von Berichten über die wirtschaftliche und technische Entwicklung (zum Beispiel Qualitätsindikatoren) des Betriebes an den Bürgermeister.

Da dem marktbestimmten Betrieb in dieser Angelegenheit kein sonstiges zur fachlichen Unterstützung des Betriebsleiters geeignetes Personal zur Verfügung steht, hat sich dieser der allgemeinen Verwaltung der Marktgemeinde Scheifling zu bedienen.

## **§ 8**

### **Wirtschaftsführung, Kostendeckung**

1. Der Betrieb ist Bestandteil von Voranschlag und Rechnungsabschluss der Gemeinde, auch wenn die Einnahmen und Ausgaben über einen Untervoranschlag abgewickelt werden.
2. § 71 Gemeindeordnung 1967 schreibt Kostendeckung für die einzuhebenden Gebühren vor. Wird die anzustrebende Kostendeckung etwa in der Gründungs- und Anlaufphase oder fallweise während des Betriebes selbst nicht erreicht, so muss der Grad der Kostendeckung durch entsprechende Maßnahmen im Bereich der Auslastung, der Gebühren- bzw. (Miet-) Entgeltsgestaltung und durch Einflussnahme auf die entstehenden Kosten schrittweise bis zur Erreichung des vorgegebenen Kostendeckungszieles gesteigert werden.

## **§ 9**

### **Rechnungswesen**

1. Für das Rechnungswesen (Voranschlag bzw. Untervoranschlag, Nachtragsvoranschläge, Rechnungsabschluss, Vermögens- und Schuldennachweis, Kalkulation, allenfalls Kosten- und Leistungsrechnung) gelten die Bestimmungen der VRV bzw. der Gemeindehaushaltsordnung 1967.
2. Das Rechnungswesen umfasst die einjährige und mehrjährige Planung, die Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben einschließlich Rechnungsabschluss, die Kosten- und Leistungsrechnung, eine Kalkulation nach betriebswirtschaftlichen Kriterien sowie eine Berichtslegung (Geschäftsbericht).
3. Der Voranschlag über die voraussichtlich fällig werdenden Einnahmen und Ausgaben einschließlich der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung (Vergütungsverrechnung) ist nach der VRV zu erstellen und als Untervoranschlag zu führen.

wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 10.**

Der Antrag von Bürgermeister Gottfried Reif, der Gemeinderat möge die Übertragungsverordnung an den Gemeindevorstand und Bürgermeister vom 13. Mai 2015 bezüglich des ihm zustehenden Beschlussrechtes an den Bürgermeister wie folgt ändern:

**§ 2 lautet (Neufassung):**

a) die Bewilligung von Arbeiten (§ 90 der StVO) einschließlich der Erlassung der durch diese Arbeiten erforderlichen Verkehrsverbote und Verkehrsbeschränkungen.

b) die Erlassung von Verordnungen und Bescheiden nach § 93 Abs. 4 (Pflichten der Anrainer).  
wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 11.**

Die Anträge von Bürgermeister Gottfried Reif, der Gemeinderat möge folgende Subventionen bzw. Zuschüsse für Privathaushalte (Voraussetzung für alle Subventionen ist die ordnungsgemäß Bezahlung sämtlicher Gemeindeabgaben und –steuern) mit Wirksamkeitsdatum ab 01.01.2016 beschließen:

Subvention / Zuschuss		Auszahlungsbedingungen bzw. –richtlinien
a) Solaranlagen	€ 100,--	je m², max. € 1.000,-- – nur für thermische Solaranlagen
b) Photovoltaikanlagen	€ 90,--	je 0,5 KWp, max. € 900,-- (für 5 KWp)
c) Heizkostenzuschuss für Mindestpensionisten Neu: Weihnachtszuwendung	€ 120,--	jährlich, Auszahlung 1. Dezember bis 31. Jänner, wenn – Hauptwohnsitz am 1. Oktober vor Antragstellung in Scheifling – eigener Haushalt – Anspruch Heizkostenzuschuss Land Steiermark – keine Wohnbeihilfe vom Land Steiermark
d) Gemeindeabgaben-zuschuss für Mindestpensionisten	€ 80,--	jährlich, Auszahlung 1. Dezember bis 31. Jänner, wenn – Hauptwohnsitz am 1. Oktober vor Antragstellung in Scheifling – eigener Haushalt – Anspruch Heizkostenzuschuss Land Steiermark – keine Wohnbeihilfe vom Land Steiermark
e) Gemeindeabgaben-zuschuss für Jungfamilien	€ 120,--	jährlich, wenn – mindestens ein Kind unter 15 Jahren im Haushalt – Hauptwohnsitz am 1. Oktober vor Antragstellung in Scheifling sozial gestaffelt lt. Familieneinkommen des Vorjahres (Sozialstaffelrechner Kindergartenbesuch) [€] – bis 1.500,-- 120,-- – von 1.500,-- bis 1.600,-- 96,-- – von 1.600,-- bis 1.700,-- 84,-- – von 1.700,-- bis 1.800,-- 72,-- – von 1.800,-- bis 1.900,-- 60,-- – von 1.900,-- bis 2.000,-- 48,-- – von 2.000,-- bis 2.100,-- 36,-- – von 2.100,-- bis 2.300,-- 24,-- – von 2.300,-- bis 2.500,-- 12,-- – über 2.500,-- 0,--

Subvention / Zuschuss			Auszahlungsbedingungen bzw. –richtlinien
f)	Biomasse- und Kleinf Feuerungsanlagen	€ 365,--	je Anlage – Vorlage einer positiven Förderungszusage vom Land Steiermark
g)	Fernwärmeanschluss	€ 365,--	je Objekt – Anschlusskosten mindestens € 250,-- je kW
h)	Hofzufahrten	Materialkosten	bei Gräderungsaktion alle 3 bis 5 Jahre
i)	Besamungszuschüsse	€ 19,--	je Besamung – Vorlage Besamungsscheine
j)	Geburt eines Kindes	€ 100,-- € 150,-- € 200,-- € 250,--	für das 1. Kind für das 2. Kind für das 3. Kind ab dem 4. Kind – in Form eines Sparbuches oder mit Gutscheinen – zusätzlich 16 Stück Restmüllsäcke zu je 60 Liter für Windeln
k)	Neubau und Zubau Eigenheim	€ 800,-- € 200,-- € 5,--	bei Neubau zusätzlich je Kind (unter 15 Jahre) je m² max. € 800,-- für Zubauten – nach Rohbaubeschau, Benützungsbewilligung oder Fertigstellungsanzeige
l)	Studienbeihilfe <u>Neu:</u> Schul- und Lehrabschlussszuschuss	€ 30,--	in Form von Gutscheinen – Vorlage Schul- oder Lehrabschlusszeugnis
m)	Babyschwimmkurs	keine Förderung	
n)	Schulfahrtbeihilfe	€ 185,--	jährlich – wenn kein öffentliches Verkehrsmittel – einfache Fahrtstrecke über 2 km – Vorlage eines Nachweises über den Anspruch auf Schulfahrtbeihilfe des Finanzamtes
o)	Fahrtkostenbeihilfe Studierende	€ 100,--	je Semester, wenn Hauptwohnsitz am 1. Oktober vor Antragstellung in der Marktgemeinde Scheifling, Vorlage einer Inskriptionsbestätigung als ordentlicher Hörer an einer – öffentlichen Universität – Privatuniversität – Fachhochschule – Pädagogische Hochschule
p)	Fahrtkostenbeihilfe Kindergartenkinder	neue Regelung	ab dem Kindergartenjahr 2016 / 2017
q)	Fahrsicherheitstraining	€ 50,--	für Mehrphasenausbildung Führerschein – bis zum 25. Lebensjahr
r)	Restmüllsäcke Inkontinenz	kostenlos	Rezeptgebührenbefreiung
s)	Musikschüler	€ 50,-- € 100,-- € 150,-- € 75,--	für Hauptfach 1. Kind für Hauptfach 2. Kind für Hauptfach ab 3. Kind zusätzlich je Halbjahr, wenn – das Hauptfach als aktives Mitglied im Musikverein Scheifling-St. Lorenzen ausgeübt wird

wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

## Tagesordnungspunkt 12.

Die Anträge von Bürgermeister Gottfried Reif, der Gemeinderat möge nachstehende Wirtschaftsförderungen beschließen

**a) Betriebsansiedelungen**

Von den an die Marktgemeinde Scheifling bezahlten Kommunalsteuerbeträgen (ab dem 1. vollen Monat ohne Kommunalsteuer für Lehrlinge, die zur Gänze gefördert wird) werden ab Betriebsaufnahme, und zwar nach dem

- |         |          |
|---------|----------|
| 1. Jahr | 50 %,    |
| 2. Jahr | 40 % und |
| 3. Jahr | 30 %,    |

überwiesen.

Gewerbetreibende, die keine oder eine sehr geringe Kommunalsteuer bezahlen, erhalten eine Basisförderung von € 800,--,

nur dann, wenn aufgrund der Betriebsgründung an die Marktgemeinde Scheifling zusätzlich laufende Gemeindeabgaben (Wasser-, Kanal- oder Müllgebühren) zu bezahlen sind.

**b) Lehrlingsförderungen**

Die für Lehrlinge an die Marktgemeinde Scheifling bezahlte Kommunalsteuer wird aufgrund eines Antrages in voller Höhe zurückbezahlt.

werden angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

## Tagesordnungspunkt 13.

Bürgermeister Gottfried Reif gibt bekannt, dass Gemeinden gemäß § 6 des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes für die Sammlung der Siedlungsabfälle zuständig sind. Sein Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dass

- die Sammlung und Behandlung des Bioabfalls an den Abfallwirtschaftsverband Murau übergeben wird,
  - auf Grundlage des Beschlusses der Verbandsversammlung des Abfallwirtschaftsverbandes Murau vom 03.12.2015 die Dienstleistung und Behandlung von Bioabfall ab 01.01.2017 an den Bestbieter gemäß dem Ergebnis der Ausschreibung des Abfallwirtschaftsverbandes Murau vergeben wird und
  - das Ergebnis der Ausschreibung für die Marktgemeinde Scheifling bindend ist,
- wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

## Tagesordnungspunkt 14.

Bürgermeister Gottfried Reif gibt bekannt, dass

- im Sommer dieses Jahres die Miteinander leben – Organisation für betreutes Wohnen GmbH, den Generalmietvertrag mit der ÖWGES für die Wohnhausanlage bzw. die 11 Wohneinheiten in 8811 Scheifling, Pfarrgasse 2, gekündigt hat,
- daraufhin Verhandlungen bezüglich der Übernahme von Ausfallhaftungen für leerstehende Wohnungen stattgefunden haben und
- eine Vereinbarung vorliegt, wonach die Marktgemeinde Scheifling ein Drittel der anfallenden Leerstellungskosten übernehmen müsste und die diesbezüglichen Kosten nicht absehbar sind.

Der daraufhin von Bürgermeister Gottfried Reif gestellte Antrag, der Gemeinderat möge die derzeit vorliegende Vereinbarung über die Ausfallhaftung für das Betreute Wohnen in Scheifling ablehnen, wird angenommen.

**Beschlussergebnis: einstimmig**

## Tagesordnungspunkt 15.

Bürgermeister Gottfried Reif berichtet über nachstehende Verbände, in denen die Marktgemeinde Scheifling vertreten ist, wie folgt:

**a) Sozialhilfeverband Murau**

Der Voranschlag 2016, mit einer Erhöhung der Sozialhilfeverbandsumlage für die Marktgemeinde Scheifling von € 523.100,-- im Jahre 2015 auf € 604.400,-- (+€ 81.300,-- oder +15,54 %), wurde in der letzten Sitzung des Sozialhilfeverbandes am 30.11.2015 abgelehnt. Die größten Kostentreiber sind private (Heim)Betreiber (z. B. Teufenbach), Kosten und Leistungen sollen nochmals genau angesehen werden.

**b) Abfallwirtschaftsverband Murau**

In der Mitgliederversammlung des Abfallwirtschaftsverbandes Murau am 03.12.2015 wurde beschlossen, dass ab 01.01.2016 Bürger aus dem Bezirk Murau z. B. auch Sperrmüll (ohne Restmüll), Altholz, Elektroaltgeräte, Baum- und Grasschnitt usw.) aus dem Haushaltsbereich kostenfrei anliefern können. Abfälle aus dem Gewerbebereich, Agrarfolien und Altreifen sind wie her kostenpflichtig.

Öffnungszeiten:

Montag – Donnerstag	7:30 Uhr – 11:30 Uhr	13:00 – 16:00 Uhr
Freitag	7:30 Uhr – 14:00 Uhr	

Der Voranschlag für das Haushaltsjahr 2016 wurde von der Verbandsversammlung am 03.12.2015 einstimmig angenommen und ist im OH mit € 1.597.000,-- sowie im AOH mit € 553.500,-- ausgeglichen. Damit sind auch die Kosten für Baumaßnahmen abgedeckt (ASZ-Einrichtung, Neuerrichtung Verwaltungsgebäude und Wiegeeinrichtung).

Aufgrund der Gemeindestrukturreform sollten mobile Sammelaktionen, die 2 bis 3mal jährlich auf öffentlichen Plätzen durchgeführt werden, als Übergangslösung angesehen werden. Ziel muss die Einrichtung eines zentralen Altstoffsammelzentrums sein, das den Anforderungen in Ausstattung und Größe entspricht.

**c) Tourismusverband Scheifling**

Am 9. Dezember 2015 fand die 2. Sitzung der Tourismuskommission statt, in der die Erstellung der Wanderrouten für die Wanderkarte und die mobile Zugänglichkeit der Homepage an Kurt Schlager aus Scheifling vergeben wurden.

Im Jahre 2016 ist die Gestaltung der Einfahrt in Lind (Herz) und anderer Einfahrten mit Blumenschmuck geplant, historische Gebäude sollen entsprechend beschildert werden.

Im Jahre 2015 wurden im Ortsgebiet 20 Sitzbänke mit je 1 Mistkübel und 2 Tische und auch wieder neue Hinweisschilder (z. B. in der Bahnhofstraße) aufgestellt.

## Tagesordnungspunkt 16.

Bürgermeister Gottfried Reif gibt bekannt, dass der Voranschlags-Entwurf 2016

- den Gemeinderatsfraktionen rechtzeitig zur Beratung zugestellt wurde, am 12.12.2015 mit Gemeinderäten besprochen wurde und
- im Außerordentlichen Haushalt aufgrund der zweiten Bedarfszuweisungsmittel-Verhandlung im Jahre 2015 am 30.11.2015 noch folgende Mittel aufgenommen werden konnten:

Projekt	BZ 2016 [€]
Sanierung Gemeindeamt	20.000,00
Pfeifenmuseum, Kulturhaus Lind	10.000,00
Buswartehaus	8.000,00
Sanierung Schießstand Schützenverein	10.000,00
Ziegelstadlweg	25.000,00
Oberfeld, Freisamweg, Lorenzer Kreuzung	50.000,00
<b>Gesamt</b>	<b>123.000,00</b>

Daraufhin wird aufgrund der Anträge von Bürgermeister Gottfried Reif der Voranschlag für das Haushaltsjahr 2016 nachstehend einstimmig beschlossen:

**a)**  
**Festsetzung des Voranschlags**

<b>A. Ordentlicher Haushalt:</b>	
Summe der Einnahmen	€ 5.703.800,--
Summe der Ausgaben	€ 5.703.800,--
	€ 0,--
<b>B. Außerordentlicher Haushalt:</b>	
Summe der Einnahmen	€ 2.188.800,--
Summe der Ausgaben	€ 2.188.800,--
	€ 0,--

**b)**  
**Festsetzung der Steuerhebesätze**

**Grundsteuer:**

A) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (v. H. der Messbeträge):	500,00
B) für sonstige Grundstücke (v. H. der Messbeträge):	500,00

**Lustbarkeitsabgabe:**

Diese wird in der gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 17.12.2015 festgesetzten Höhe im Haushaltsjahr 2016 weiter erhoben.

**Hundeabgabe:**

Diese wird in der gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 17.12.2015 festgesetzten Höhe im Haushaltsjahr 2016 weiter erhoben.

**c)**  
**Der Höchstbetrag der Kontoüberziehung**

Der Höchstbetrag der Kontoüberziehung, der im Haushaltsjahr 2016 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben und der dazu erforderlichen Überziehung der Gemeindekonten in Anspruch genommen werden darf, wird mit € 950.000,-- (1/6 der ordentlichen Einnahmen) festgesetzt. In diesem Höchstbetrag sind keine Kontoüberziehungen enthalten, die aufgrund früherer Ermächtigungen aufgenommen und noch nicht zurückgezahlt worden sind.

**d)**  
**Der Gesamtbetrag der aufzunehmenden Darlehen**

Der Gesamtbetrag der aufzunehmenden Darlehen, die zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts bestimmt sind, wird auf € 1.273.400,-- festgesetzt. Dieser Gesamtbetrag ist nach dem außerordentlichen Voranschlag für folgende Zwecke zu verwenden:

Nr.	Ansatz	Zweck	Betrag [€]
1.	010000	Sanierung und Umbau Amtshaus	50.000,00
2.	212000	Sanierung Neue Mittelschule	150.000,00
3.	612000	Sanierung Gemeindewege	200.000,00
4.	633000	Bachverbau	25.100,00
5.	634000	Steinschlagschutz	68.300,00
6.	821000	Anschaffung Kommunalfahrzeug	80.000,00
7.	850000	Sanierung und Ausbau Wasserversorgungsanlage	100.000,00
8.	853010	Sanierung Gemeindewohnhaus Kirchgasse 2	240.000,00
9.	853040	Sanierung Gemeindewohnhaus Untere Bachgasse 11	120.000,00
10.	853050	Sanierung Gemeindewohnhaus Untere Bachgasse 13	120.000,00
11.	853060	Sanierung Gemeindewohnhaus Untere Bachgasse 15	120.000,00
<b>Gesamt</b>			<b>1.273.400,00</b>

e)  
**Der Dienstpostenplan**

f)  
**Der mittelfristige Finanzplan**

**Tagesordnungspunkt 17.**

- a) **ORF-Doku „Geheimnisvolle Welt der Bäume“**  
Gemeinderat Mag. Erich Fritz macht darauf aufmerksam, dass am Samstag, dem 26. Mai 2016 im 3Sat die TV-Dokumentation von Alfred Ninaus „Geheimnisvolle Welt der Bäume“ gezeigt wird, bei der auch besondere Lärchen und Zirben von der Holzwelt Murau präsentiert werden.
- b) **Energiecamp Holzwelt Murau**  
Gemeinderat Mag. Erich Fritz macht darauf aufmerksam, dass vom 17. bis 18. März 2016 eine zweite Ausgabe des „Energiecamp Holzwelt Murau“ im Hotel Brauhaus in Murau mit spannenden Vorträgen, Workshops und Diskussionen unter dem Titel „Alarmstufe Rot“ stattfindet.
- c) **Registrierkassenpflicht ab 2016**  
Gemeinderat Dipl.-Ing. Thomas Setznagel gibt bekannt, dass der Sportverein Scheifling-St. Lorenzen ab dem Jahre 2016 aufgrund seiner Umsätze auch in die Registrierkassenpflicht fallen wird.

**Tagesordnungspunkte  
18. und 19.**

Die Abhandlung dieser Tagesordnungspunkte wird in das vertrauliche Sitzungsprotokoll Nr. 4 aufgenommen.

Im Anschluss daran bedankt sich der Vorsitzende, Bürgermeister Gottfried Reif, für die Mitarbeit und schließt um 22.20 Uhr die Sitzung.

Unterzeichnet aufgrund der Genehmigung des Gemeinderates  
in der Sitzung vom 25. Februar 2016, TOP 4)

**Gesehen und gelesen:**

der Schriftführer der ÖVP-Fraktion:  
Gemeinderat Ing. Harald **RATHSCHÜLLER** eh.

die Schriftführerin der SPÖ-Fraktion:  
Gemeinderätin Kornelia **HANSMANN** eh.

der Schriftführer der FPÖ-Fraktion:  
Gemeinderat Thomas **AUER** eh.

der Schriftführer der WIR-Fraktion:  
Gemeinderat DI Thomas **SETZNAGEL** eh.

der Schriftführer der LWP-Fraktion:  
Gemeinderat Werner **PRIELER** eh.

der Vorsitzende:  
Bürgermeister Gottfried **REIF** eh.